

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie
der Philipps-Universität Marburg

Bachelorarbeit im Fach Soziologie

Der Zusammenhang von politischer Partizipation und sozialer Ungleichheit – eine quantitative Studie

vorgelegt von

Mareike Heitmüller

aus

Mülheim an der Ruhr

Marburg, den 09.08.2022

Erstgutachter: Prof. Dr. Martin Schröder
Zweitgutachterin: Prof. Dr. Andrea Breitenbach

Inhaltsverzeichnis

<i>Abbildungsverzeichnis</i>	III
<i>Tabellenverzeichnis</i>	III
<i>Abkürzungen</i>	IV
<i>Einleitung</i>	1
1. Zentrale Begriffe und Definitionen	2
1.1 Politische Partizipation	2
1.2 Soziale Ungleichheit	5
2. Der Forschungsstand	7
3. Erklärungsmodelle von politischer Partizipation	11
3.1 Das sozioökonomische Standardmodell	12
3.2 Das Civic-Voluntarism Modell	12
4. Hypothesenbildung und Hypothesenbegründung	15
5. Methode	17
5.1 Beschreibung und Begründung der Methodenwahl	17
5.2 Beschreibung des Untersuchungsgebiets	18
5.3 Beschreibung der Stichprobe	20
5.3 Beschreibung des Datenerhebungsinstruments	21
5.4 Vorbereitung der Feldphase	23
5.5 Durchführung der Befragung	23
5.6 Methode der Datenauswertung	24
6. Resultate	26
6.1 Deskriptive Analyse	26
6.2 Korrelationen	34
6.3 Multiple Regression	39
6.3.1 Voraussetzungen	39

6.3.2 Durchführung multiple Regression	41
7. <i>Diskussion</i>	43
8. <i>Fazit und Schlussbetrachtung</i>	47
9. <i>Literaturverzeichnis</i>	50
<i>Anhang</i>	53
<i>Eidesstattlichen Erklärung</i>	83

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen (Bundeswahlleiter Statista 2022)	4
Abbildung 2: Mitwirkungsmöglichkeiten (Bürgerrat 2019)	5
Abbildung 3: Gini-Koeffizient in Deutschland (Statista Research Department, 24.01.2022)	6
Abbildung 4: Erklärungsmodell (vgl. Verba/Nie 1972: 126)	
Abbildung 5: Civic-Voluntarism-Modell (vgl. Verba et al. 1995: 269ff); Eigene Darstellung	14
Abbildung 6: Untersuchungsmodell (eigene Darstellung)	16
Abbildung 7: Statistische Stadtbezirke Marburgs (Wikipedia 2022)	18
Abbildung 8: Von der Grundgesamtheit zur Stichprobe; Eigene Darstellung	21
Abbildung 9: Verteilung des Geschlechts	27
Abbildung 10: Balkendiagramm kategoriales Alter	28
Abbildung 11: Häufigkeitstabelle Bildungsabschluss	29
Abbildung 12: Verteilung Migrationshintergrund	30
Abbildung 13: Lebensqualität in der Nachbarschaft	30
Abbildung 14: Diagramm zu fremdenfeindlichen Einstellungen	31
Abbildung 15: Diagramm von politischem Interesse	32
Abbildung 16: Politische Partizipation im Jahr 2021	33
Abbildung 17: Histogramm politische Partizipation insgesamt	33
Abbildung 18: Politisches Kompetenzgefühl, Interesse und Partizipation	34
Abbildung 19: Bildungsstand und politische Partizipation	35
Abbildung 20: Berufsabschluss und politische Partizipation	36
Abbildung 21: Bildung, Beruf und Partizipation	36
Abbildung 22: Migration und Partizipation	38
Abbildung 23: Lebensqualität und Engagement	
Abbildung 24: Fremdenfeindlichkeit und Partizipation	39
Abbildung 25: Homoskedastizität der Varianzen	40
Abbildung 26: Normalverteilung der Residuen	41
Abbildung 27: ANOVA der multiplen Regression	
Abbildung 28: Aussage zu politischem Kompetenzgefühl	45
Abbildung 29: Aussage zu politischem Kompetenzgefühl	45

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Dimensionen politischer Partizipation nach Hoecker (vgl. Hoecker 2006: 11)	3
Tabelle 2 Skala zu fremdenfeindlichen Einstellungen	25
Tabelle 3: Skala zum politischen Kompetenzgefühl	26
Tabelle 4: Skala zu politischer Partizipation	26
Tabelle 5: Multiple Regression (eigene Darstellung)	42

Abkürzungen

CVM= Civic-Voluntarism-Model

SES = Sozioökonomischer Status

Einleitung

In dieser Arbeit werde ich zeigen, welchen Zusammenhang es zwischen verschiedenen Dimensionen sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation am Beispiel des Marburger Stadtteils Richtsberg gibt.

„Wer besser gebildet ist und ein besseres Einkommen hat, beteiligt sich stärker am politischen Prozess.“ (Bödeker, S. 2012: 1). Das politische Partizipation durch Ungleichheit gekennzeichnet ist, haben viele Forschungen dargestellt (vgl. Schäfer 2010; Schäfer/Schoen 2013; Bödeker 2012). Politische Beteiligungsformen werden insbesondere von besser gestellten Bevölkerungsgruppen genutzt (vgl. Verba et al. 1995: 2). Vor allem im Kontext von Wahlen wurde über das Thema in der Vergangenheit häufig diskutiert. Zuletzt wurde nach der niedrigen Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen über die Gründe der fehlenden politischen Teilhabe diskutiert (vgl. Jacobsen 2022). Hier zeigte sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, Höhe des Einkommens und Bildungsstandes in einer Region und der Wahlbeteiligung (vgl. Jacobsen 2022). Problematisch an dem Zusammenhang ist, dass dadurch die Legitimität der Demokratie gefährdet wird (vgl. ebd.). Denn politische Beteiligung ist eine Voraussetzung für Demokratien (vgl. Hoecker 2006: 3). Wenn ganze Bevölkerungsgruppen sich nicht mehr politisch beteiligen, dann werden auch nicht mehr die Interessen des gesamten Volkes vertreten. Da sich insbesondere Personen mit einem höheren Bildungsstand und Einkommen beteiligen, werden auch diese Menschen besser durch die Politik repräsentiert (vgl. Voigtländer 2015: 25; vgl. Verba et al. 1995: 2).

Der Einfluss von einzelnen Dimensionen sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation wurde in verschiedenen Arbeiten belegt. In dieser Studie sollen die bestehenden Theorien am Beispiel des Marburger Stadtteils Richtsberg untersucht werden. Das Stadtviertel zeichnet sich durch verschiedene Faktoren aus, die für die Auswahl des Untersuchungsgebiets entscheidend waren. Zum einen handelt es sich um ein Mischwohngebiet, in dem es sowohl Mehrfamilienhäuser und Sozialwohnungen als auch Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser gibt (vgl. Meier/Kaiser 2018: 48f.). Am Richtsberg ist zudem der Anteil der ausländischen Bevölkerung besonders hoch und auch der Anteil an arbeitslos gemeldeten Personen ist im Vergleich zum gesamten Marburger Stadtgebiet höher (vgl. ebd.: 25). Des Weiteren zeichnet sich der Stadtteil durch ein aktives Vereinsleben und viele, durch die Stadtverwaltung initiierte soziale Projekte aus, die das gesellschaftliche Leben im Stadtteil aufwerten sollten. Auf Basis dieser Kenntnisse wurde der Stadtteil als Untersuchungsgebiet ausgewählt, um die bestehenden Theorien zum Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation in einem speziellen Wohngebiet zu überprüfen. Um die Forschungsfrage „Welchen Zusammenhang gibt es zwischen verschiedenen Dimensionen sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation am Beispiel des Stadtteils Richtsberg?“ zu beantworten, sollen durch quantitative

Methoden Zusammenhänge aufgedeckt und statistisch messbar gemacht werden.

Im ersten Kapitel werden die zentralen Begriffe und Definitionen vorgestellt. Zunächst wird der Begriff „Politische Partizipation“ erläutert und im Anschluss wird auf den Begriff „soziale Ungleichheit“ eingegangen. Im zweiten Kapitel wird der bisherige Forschungsstand skizziert. Hierbei werden insbesondere Studien genannt, die für die Bildung der Hypothesen von Bedeutung sind. Im dritten Kapitel werden zwei wichtige Erklärungsmodelle von politischer Partizipation beschrieben. Diese Erklärungsmodelle spielen ebenfalls für die Hypothesenbildung und die Entwicklung des Fragebogens eine zentrale Rolle. Im vierten Kapitel werden die Hypothesen vorgestellt und begründet. Danach steht die Methodik der Bachelorarbeit im Vordergrund. In dem Zusammenhang wird die Methodenwahl beschrieben und begründet. Darüber hinaus wird das Untersuchungsgebiet dargestellt und die Stichprobe beschrieben. Im Anschluss wird das Datenerhebungsinstrument vorgestellt und die wichtigsten Schritte für die Vorbereitung der Feldphase erläutert. Zuletzt wird auf die Methode der Datenauswertung eingegangen. Im sechsten Kapitel werden die Resultate der Studie geschildert. Zunächst wird eine deskriptive Analyse vorgenommen und im Anschluss werden inferenzstatistische Ergebnisse präsentiert. Nach der Darstellung der Ergebnisse wird in der Diskussion ein Bezug zu dem Forschungsstand hergestellt und die wichtigsten Erkenntnisse mit Rückblick auf die Fragestellung reflektiert. In diesem Kapitel werden auch die Limitationen der Studie aufgearbeitet. Im letzten Kapitel erfolgt eine Schlussbetrachtung auf Basis der gesamten Studie.

1. Zentrale Begriffe und Definitionen

1.1 Politische Partizipation

Politische Partizipation ist eine Voraussetzung für Demokratie und stellt somit einen Schlüsselbegriff in Theorie und Praxis dar (vgl. Hoecker 2006: 3). „Jede Demokratie lebt von der Beteiligung ihrer Bürger und Bürgerinnen“ (Hoecker 2006: 3). Versucht man politische Partizipation zu definieren, zeigt sich wie komplex eine begriffliche Eingrenzung ist. In der Literatur existiert nicht eine einzige Theorie oder Definition, die politische Partizipation erklärt (vgl. Jakobs 2021: 45). Stattdessen gibt es verschiedene Definitionen, die sich auf unterschiedliche Partizipationsformen beziehen.

Max Kaase definiert Politische Partizipation als die aktive, freiwillige Beteiligung von Bürger*innen an der Politik, mit dem Ziel Einfluss zu nehmen (vgl. Kaase 1997: 160). Nach dieser Definition bezieht sich politische Partizipation nur auf Handlungen, die auf die politische Einflussnahme ausgerichtet sind (vgl. Hoecker 2006: 4). Hierbei handelt es sich laut Hoecker (2006) um das **instrumentelle Partizipationsverständnis**, das aus der empirischen Demokratietheorie stammt. Die Theorie entstand in den 1940er Jahren in den USA und wurde danach in Europa übernommen und weiterentwickelt. Die Frage, „wie und unter welchen Bedingungen

das Überleben und die Stabilität einer demokratischen Ordnung gewährleistet werden können” (Hoecker 2006: 5) bildet das Erkenntnisinteresse der Theorie ab. Die Partizipationsmöglichkeiten beziehen sich hier hauptsächlich auf die Ausübung des Wahlrechts und die Mitgliedschaft in Parteien. Mit dem **normativen Partizipationsverständnis** wurde eine alternative Definition aufgestellt, in der Partizipation gleichzeitig ein Ziel und Wert abbildet (vgl. Hoecker 2006: 6). Politische Partizipation stellt den Schlüssel zur Selbstverwirklichung des Menschen dar und zielt, im Gegensatz zum instrumentellen Partizipationsverständnis, auf Teilhabe in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft ab (vgl. ebd.). “Wo nur wenige an Entscheidung teilhaben, da ist wenig Demokratie; je mehr Partizipation in Entscheidungen gegeben ist, desto mehr ist Demokratie zugegen” (Hoecker 2006: 6f.). Nach diesem Verständnis geht es darum, den Menschen möglichst viel Beteiligung zu ermöglichen (vgl. ebd.).

Lange wurde, dem instrumentellen Partizipationsverständnis folgend, insbesondere Wahlbeteiligung als legitime Form politischer Partizipation gesehen. Mit der Zeit hat sich das Feld politischer Partizipation jedoch weiter ausdifferenziert (vgl. Schöttle 2019: 27). Mit Blick auf empirische Studien wird deutlich, wie mit der Zeit immer mehr Formen politischer Partizipation in Studien mitaufgenommen wurden (vgl. Hoecker 2006: 11). Bei politischer Partizipation geht es heute meistens nicht nur um direktdemokratische Prozesse, wie Wahlen, sondern auch um Partizipationsformen, die gesetzlich nicht geregelt sind (vgl. Bätge et al. 2022: 4). Dazu zählen zum Beispiel internetgestützte Beteiligungsformate, Mitarbeit in Bürgerinitiativen oder die Teilnahme an Petitionen, Protesten und Demonstrationen (vgl. ebd.). Um die vielen Partizipationsformen einordnen zu können wurde unter anderem von Hoecker (2006) in der Partizipationsforschung eine Taxonomie entwickelt (vgl. Hoecker 2006: 9f.). Durch die Taxonomie können verschiedene Partizipationsformen nach ihrer institutionellen Verankerung, nach dem Rechtsstatus und dem Grad der öffentlichen Anerkennung differenziert werden (vgl. ebd.)

Dimension politischer Partizipation	Formen politischer Partizipation
Konventionell / Verfasst	Wahlbeteiligung Partei Mitarbeit
Unkonventionell / Nicht-verfasst A. Legal	Mitarbeit Bürgerinitiative Teilnahme an genehmigten Demonstrationen Petitionen Diskussionsveranstaltungen
B. Illegal • gewaltlos	Teilnahme an verbotenen Demonstrationen Hausbesetzungen
• gewaltsam	Politische Gewalt

Tabelle 1: Dimensionen politischer Partizipation nach Hoecker (vgl. Hoecker 2006: 11)

Allerdings ist anzumerken, dass die Einordnung der Partizipationsformen von der gesellschaftlichen Entwicklung abhängig ist und in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten anders vorgenommen wird (vgl. Jakobs 2021: 44).

„(...) eine Erfassung politischer Partizipationsformen (muss) sich immer an gesellschaftlichen Gegebenheiten orientieren (...), die eine Verschiebung der empirischen Ausprägungen politischer Partizipation in der Typologie zur Folge haben“ (Jakobs 2021: 44).

In der Bundesrepublik Deutschland ist seit den 1970er Jahren ein Anstieg unkonventioneller und direktdemokratischer Partizipation erkennbar, wobei die institutionelle Partizipation seit den 1980er Jahren Verluste aufzeichnet (vgl. Hoecker 2006: 13). Sinkende Wahlbeteiligung, fehlende Parteiidentifikation und Mitgliederschwund bei den Parteien verdeutlichen diese Entwicklung (vgl. ebd.).



Abbildung 1: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen (Bundeswahlleiter Statista 2022)

Zuletzt lag auch bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die Wahlbeteiligung auf dem niedrigsten Niveau seit 1947 (vgl. Jacobsen 2022).

Mehrere Autor*innen weisen aber darauf hin, dass sich der Verlust an konventioneller politischer Partizipation zum Teil durch den Zuwachs an unkonventionellen Partizipationsformen ausgleichen lässt (vgl. Stolle/Hooghe 2009: 7; Bürgerrat 2019; Schäfer 2010: 137). Es zeigt sich, dass Bürger*innen wachsendes Interesse an direktdemokratischen und unkonventionellen Beteiligungsformen haben (vgl. Bürgerrat 2019).

Das „Engagement verlagert sich von hierarchischen Großorganisationen auf flexible, individuelle Formen politischer Teilhabe wie etwa Bürgerinitiativen oder direkte Politikerkontakte, die in den letzten Jahrzehnten ‚dramatisch‘ zugenommen haben“ (Schäfer 2010: 137)

Denken Sie, dass die parlamentarische Demokratie in Deutschland durch mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger ergänzt werden sollte?

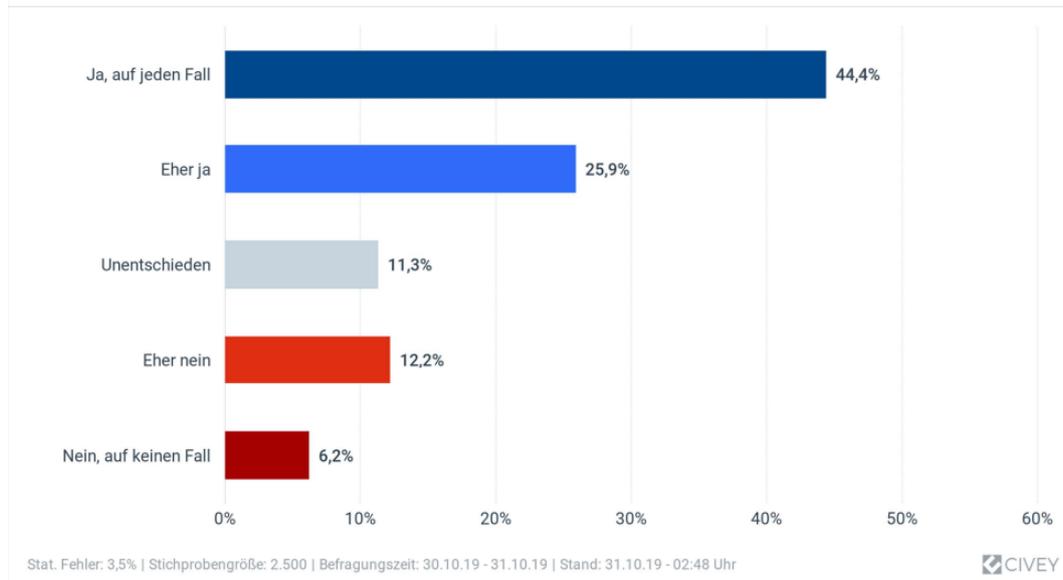


Abbildung 2: Mitwirkungsmöglichkeiten (Bürgerrat2019)

Zu bedenken ist allerdings, dass Wahlbeteiligung noch immer die am meisten genutzte Partizipationsform ist, wenngleich das Niveau nicht mehr so hoch ist (vgl. Schäfer 2010: 137).

In die vorliegende Studie werden sowohl konventionelle als auch unkonventionelle Dimensionen politischer Partizipation miteinbezogen, die von Bürger*innen freiwillig ausgeübt werden, um politisch Einfluss zu nehmen (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017: 59; vgl. Hoecker 2006: 11). Es werden allerdings illegale Partizipationsformen, wie Hausbesetzungen, Straßenblockaden oder Formen politischer Gewalt ausgeklammert. Soziale Formen politischer Beteiligung, wie ehrenamtliches Engagement in Vereinen oder Initiativen werden miteinbezogen. Seit einigen Jahren sind auch diese Formen in weiten Definitionen zu politischer Partizipation zu finden (vgl. Jan van Deth 2014: 361). Die politische Partizipation wird in dieser Studie als abhängige Variable betrachtet.

1.2 Soziale Ungleichheit

Mit sozialer Ungleichheit sind ungleich verteilte Chancen gemeint, die in verschiedenen Kontexten auftreten können. Es gibt verschiedene Dimensionen, wie zum Beispiel Einkommen, Bildung, Geschlecht, Hautfarbe und Alter, die soziale Ungleichheit produzieren können. Die Ursachen und Merkmale von sozialer Ungleichheit variieren in verschiedenen Gesellschaften und zu verschiedenen Zeitpunkten (vgl. Burzan 2011: 7). Mit sozialer Ungleichheit ist die ungleiche Verfügung über gesellschaftlich relevante Ressourcen gemeint (vgl. Burzan 2011: 7).

„Soziale Ungleichheitsverhältnisse sind dann gegeben, wenn der Erwerb und die Nutzung von über Lebenschancen entscheidende knappe Güter Menschen je nach Einkommen und Geld, Bildung, Berufsstatus, sozialer Geltung und Macht unterschiedlich zugänglich sind.“ (Wiesendahl 2017: 4)

Es handelt sich um eine gesellschaftliche Konstruktion, die nie objektiv sein kann und zeitlich gebunden ist (vgl. ebd.). Soziale Ungleichheit wurde nicht immer als formbar und veränderbar angesehen, was sich mit Blick auf die Vergangenheit zeigt. In der Antike oder der feudalistischen Gesellschaft wurden Ungleichheiten zwischen Herren und Sklaven, Bürgern und Bauern oder Männern und Frauen beispielsweise als natürlich angesehen (vgl. ebd.: 8). In modernen Gesellschaften wird diese Ansicht nicht mehr vertreten. Stattdessen können mit angeborenen Merkmalen soziale Ungleichheiten nicht mehr legitimiert werden. Es gibt verschiedene Ansätze, in denen die Ursachen und Merkmale von sozialer Ungleichheit erforscht wurden (vgl. Burzan 2011: 12). Bekannte Modelle und Theorien, die in dem Kontext entwickelt wurden, sind Klassenmodelle, das Modell der Schichten, Modelle zu Lebensstilen und Milieus, Modelle der sozialen Lage und die Individualisierungstheorie (vgl. ebd.).

In Deutschland hat soziale Ungleichheit, wie auch in Großbritannien und den USA, seit den 1970er Jahren zugenommen (vgl. Bödeker 2012: 2). Im Jahr 2020 lag der Gini-Koeffizient, ein statistisches Maß zur Messung von Ungleichheit, bei 34,3 Punkten (Wertebereich 0 – 100: Wobei 0 absolute Gleichheit und 100 absolute Ungleichheit bedeutet). In Deutschland verfügt ein Prozent der Bevölkerung beispielsweise in etwa über ein Viertel des gesamten Vermögens (vgl. Bödeker 2012: 2).

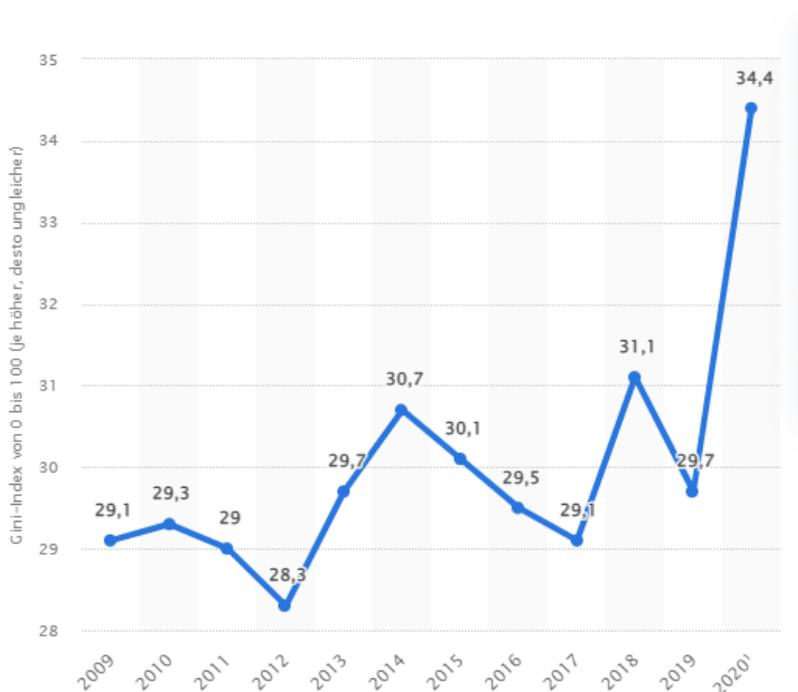


Abbildung 3: Gini-Koeffizient in Deutschland (Statista Research Department, 24.01.2022)

Soziale Ungleichheit kann in verschiedenen Formen erscheinen. Mit vertikaler sozialer Ungleichheit werden Kategorien, wie soziale Schichtung, Bildung und Qualifikation, soziale Herkunft, sozialer Status, Beruf und Einkommen erfasst (vgl. Wiesendahl 2017: 4). Horizontale

soziale Ungleichheit verweist auf soziokulturelle Unterschiede in der Geschlechts- und Altersstruktur, der Lebensstile, Milieus und der Wertehaltungen (vgl. ebd.).

Insbesondere Bildungsungleichheit ist häufig ein wichtiges Thema und geriet nicht zuletzt durch die PISA Studie in den Fokus der Öffentlichkeit. In Deutschland ist zum Beispiel die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus bessergestellten Familien ein Hochschulstudium beginnen, mehr als doppelt so hoch, wie bei Kindern aus bildungsfernen Familien (vgl. Bödeker 2012: 2). Kinder aus unteren sozialen Schichten besuchen in Deutschland häufiger Haupt- und Förderschulen als Kinder aus höheren sozialen Schichten (vgl. Solga; Dombrowski 2009: 13). Deutschland liegt im OECD-Vergleich in Bezug auf Bildungsungleichheit am unteren Ende der Skala (vgl. Bödeker 2012: 2).

Auch Macht und Herrschaft spielen im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit eine wichtige Rolle. Durch Herrschaft werden die Bestimmungsgrößen sozialer Ungleichheit kontrolliert und soziale Ungleichheitsverhältnisse geschaffen (vgl. Wiesendahl 2017: 5). Herrschaft zeigt sich auch, wenn privilegierte Bevölkerungskreise ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage absichern und sozial Benachteiligte daran gehindert werden, gesellschaftlich aufzusteigen (vgl. ebd.). Beim Zusammenspiel von Macht, Herrschaft und Ungleichheit wird auch Parteien eine wichtige Rolle zu geschrieben, weil Sie in der Gesellschaft die politische Herrschaft innehaben (vgl. Wiesendahl 2017: 5). Durch politische Parteien kann soziale Ungleichheit reproduziert werden, da sie nur einen bestimmten Teil der Gesellschaft repräsentieren und diese Bevölkerungsgruppen auch bevorzugen (vgl. ebd.). Insbesondere Personen mit einem höheren sozialen Status beteiligen sich politisch und werden folglich durch die Politik besser repräsentiert. In Bezug auf den, im Kapitel 1.1 beschriebenen Rückgang der Wahlbeteiligung, zeigt sich, dass insbesondere Personen mit einem niedrigeren sozialen Status unter den Nichtwähler*innen vertreten sind (vgl. Voigtländer 2015: 25). Aber nicht nur bei konventionellen Partizipationsformen, wie Wahlbeteiligung spielt soziale Ungleichheit eine Rolle. Es gibt viele Hinweise darauf, dass die soziale Verzerrung bei unkonventionellen Partizipationsformen noch höher ist (vgl. ebd.: 26, vgl. Bödeker 2012; vgl. Schäfer 2010).

In der vorliegenden Studie wird der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation untersucht. Hierbei werden Ungleichheiten in Bezug auf Bildung, Beruf, Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund betrachtet. Diese Faktoren bilden die unabhängigen Variablen ab.

2. Der Forschungsstand

Es gibt eine Vielzahl an Literatur zu Politischer Partizipation und auch zu dem Zusammenhang von politischer Partizipation und sozialer Ungleichheit. Im Folgenden werden zunächst zwei

der ersten Studien zu dem Themenbereich vorgestellt. Im Anschluss werden aktuellere Studien herangezogen, die sich auf unterschiedliche Dimensionen von Ungleichheiten beziehen. Es werden Studien vorgestellt, die den Einfluss von den Faktoren Einkommen, Bildungsstand, Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund auf politische Partizipation untersuchen. In dem Kontext werden auch Forschungslücken aufgezeigt. Es wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.

Seit den 1930er Jahren wird politische Partizipation empirisch erforscht, wobei der Fokus zunächst ausschließlich auf Wahlen lag (vgl. Vetter; Remer-Bollow 2017: 56). Untersucht wurde in den Studien, warum Wahlbeteiligung in verschiedenen Ländern unterschiedlich ausfällt und welche Gründe es dafür gibt (vgl. ebd.). Erst ab den 1940er Jahren galt das Forschungsinteresse dem Individuum, wobei Zusammenhänge zwischen der Wahlbeteiligung und sozialstrukturellen Merkmalen entdeckt wurden (vgl. ebd.).

In einer Studie aus den 1970er Jahren von Verba und Nie (1972) rückten erstmals verschiedene Beteiligungsformen in den Vordergrund. Die Autor*innen fanden heraus, dass Menschen mit einem höheren sozialen Status eher politisch partizipierten (vgl. Verba/Nie 1972: 133). „Upper-status citizens have the time, the money and the knowledge to be effective in politics.“ (Verba/Nie 1972: 133). Verba und Nie entwickelten das sozioökonomische Standardmodell (Kapitel 3.1) als Erklärungsmodell für politische Partizipation (vgl. ebd.). Sie fanden zudem in ihrer Studie heraus, dass reichere, besser gebildete Männer und ältere Generationen eher an konventionellen Formen politisch partizipierten (vgl. Stolle; Hooghe 2009: 12).

Nachdem es in den 1960er Jahren in den USA und Europa zu Protesten und sozialen Bewegungen kam, erweiterte sich der Blick in den 1970er Jahren auch auf Protest als Form politischer Partizipation (vgl. Barnes/Kaase 1979). In der Political-Action Studie wurden unkonventionelle Formen, insbesondere der Protest erstmals systematisch untersucht (vgl. Barnes/Kaase 1979). Es wurden Daten von den USA, Großbritannien, Deutschland, Österreich und die Niederlande miteinander verglichen (vgl. Barnes/Kaase 1979: 503). Barnes und Kaase stellten fest, dass sich insbesondere junge Menschen und Frauen an Protesten beteiligen (vgl. ebd.: 533). Im Gegensatz dazu werden konventionelle Partizipationsformen eher von Männern und älteren Generationen genutzt (vgl. ebd.).

Der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation stellt auch ein Forschungsinteresse von dem Politikwissenschaftler Armin Schäfer dar. Er beschäftigte sich in seiner Forschung mit den Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa und wertete Daten aus dem European Social Survey aus (vgl. Schäfer 2010: 131). Hier stellt er fest, dass unkonventionelle Partizipationsformen im höheren Maße als konventionelle Partizipationsformen, das Ideal politischer Gleichheit gefährden (vgl. ebd.). Durch unkonventionelle

Partizipationsformen haben die höher gebildeten und einkommensstarken Personen nach Schäfer eine zusätzliche Möglichkeit bekommen, sich zu beteiligen (vgl. ebd.: 150). Zudem entdeckte er einen Zusammenhang zwischen einem höheren sozioökonomischen Status und Demokratiezufriedenheit und Vertrauen in die Politik (vgl. Schäfer 2010: 149). Ausgehend von seinen Studienergebnissen beschäftigen sich Schäfer und Schoen (2013) in einem Aufsatz insbesondere mit der sozialen Selektivität von unkonventionellen politischen Beteiligungsmöglichkeiten (vgl. Schäfer/Schoen 2013: 95).

Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch Sebastian Bödeker, der in einer empirischen Analyse anhand von Daten aus dem ALLBUS und dem International Social Survey Programme, den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Bildungs- und Einkommensunterschieden, erforschte (vgl. Bödeker 2012a). Dass politische Partizipation mit einem höheren Einkommen und Bildungsstand steigt, ist ein zentrales Ergebnis seiner Studie (vgl. Bödeker 2012a). Politisches Interesse und die Überzeugung politisch Einfluss nehmen zu können sieht er als Voraussetzung für politische Partizipation (vgl. Bödeker 2012b: 2). Die Faktoren Einkommen und Bildung haben wiederum einen hohen Einfluss auf politisches Interesse (vgl. ebd.). „Personen mit (Fach-)Abitur zeigen ein überproportional hohes Interesse an Politik, während die Gruppe der Hauptschulabsolventen und Menschen ohne Schulabschluss unter dem Durchschnittswert liegt.“ (Bödeker 2012b: 2). Die Überzeugung politisch Einfluss zu nehmen ist ebenfalls bei Personen mit einem niedrigeren sozialen Status bzw. einer niedrigeren Ressourcenausstattung gering ausgeprägt (vgl. ebd.). Das mit Demokratien verbundene Ideal politischer Gleichheit, wobei Interessen der gesamten Bevölkerung berücksichtigt werden sollen, wird durch ungleiche politische Partizipation verhindert (vgl. Bödeker 2012b: 6). Im politischen System sind nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen repräsentiert, weshalb soziale Ungleichheit „zu einem Problem für die Legitimität demokratischen Regierens [wird]“ (Bödeker 2012b: 6). Bödeker sieht, wie auch Armin Schäfer, insbesondere bei nicht-institutionalisierten Partizipationsformen die größte soziale Selektivität (vgl. Bödeker 2012b: 36). Institutionalisierte Partizipationsformen, wie Wahlbeteiligung und Mitgliedschaften sind geringer von Bildungsgrad und Einkommen abhängig (vgl. ebd.).

Marien et al. (2010) widmeten ihre Studie der Erforschung des Zusammenhangs von Ungleichheiten und nicht-institutionalisierten Formen politischer Partizipation in westeuropäischen Demokratien. Mit Daten aus dem ISSP Survey wurde erforscht, ob nicht-institutionalisierte Formen von Partizipation zu mehr Gleichheit führen und das Potenzial haben heterogenere Gruppen zu mobilisieren (vgl. Marien et al. 2010: 189). Untersucht wurden Ungleichheiten in Bezug auf Bildung, Geschlecht und Alter (vgl. ebd.: 192). In den Studien von Schäfer (2010), Schäfer/Schoen (2013) und Bödeker (2012a/b) wurden stattdessen nur die Faktoren Einkommen

und Bildungsstand mit aufgenommen. Marien et al. kommen zu dem Ergebnis, dass nicht-institutionalisierte Formen die Ungleichheiten zum Teil ausgleichen können (vgl. ebd.: 200). Die Studie zeigt, dass sich bei nicht-institutionalisierten Partizipationsformen mehr Frauen beteiligen, was bei institutionalisierten Partizipationsformen das Gegenteil ist (vgl. ebd.). In Bezug auf das Alter zeigt sich, dass nicht-institutionalisierte Partizipationsformen von jüngeren Menschen genutzt werden und sich im Gegensatz dazu ältere Menschen eher an institutionalisierten Formen beteiligen (vgl. ebd.). Ungleichheiten, die aus einem unterschiedlichen Bildungsstand resultieren, verstärken sich allerdings bei nicht-institutionalisierten Formen politischer Partizipation (vgl. ebd.: 202), was mit den Ergebnissen von Schäfer und Bödeker übereinstimmt. Eine von Stolle und Hooghe (2009) durchgeführte Studie weist ähnliche Ergebnisse wie die von Marien et al. (2010) auf. In der Studie wurden ebenfalls Ungleichheiten im Partizipationsverhalten in Bezug auf Bildung, Geschlecht und Alter untersucht (vgl. Stolle/Hooghe 2009: 26). Besonders Boykotts und Petitionen werden demnach häufiger von Frauen genutzt als von Männern, wobei sich bei institutionalisierten Formen häufiger Männer beteiligen (vgl. ebd.). Auch beim Alter und Bildungsstand weist die Studie die gleichen Ergebnisse, wie die Studie von Marien et al. (2010) auf.

Der Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und den Variablen Geschlecht, Bildung, Alter und Einkommen wurde in vielen Studien untersucht. Zur politischen Partizipation von Menschen mit einem Migrationshintergrund liegen allerdings kaum Daten vor (vgl. Müssig/Worbs 2012: 5). Mit Daten aus dem European Social Survey (ESS) und der deutschen Wahlstudie (GLES) wurde der Zusammenhang von Müssig und Worbs (2012) untersucht. Es wurde festgestellt, dass Personen mit einem eigenen Migrationshintergrund ein geringeres Politikinteresse aufweisen als Personen ohne Migrationshintergrund oder Personen der zweiten Zuwanderergeneration (vgl. Müssig/Worbs 2012: 5). Beim politischen Kompetenzbewusstsein gibt es zwischen allen Gruppen kaum Unterschiede (vgl. ebd.). Wenn Personen aus einem Land mit ähnlichen politischen Strukturen einwandern, fällt es den Personen leichter sich politisch zu beteiligen (vgl. Müssig/Worbs 2012: 20). Personen aus einem nicht-demokratischen Staat beteiligen sich zu einem geringeren Anteil an Wahlen als Personen aus einem demokratischen Staat (vgl. ebd.). In Bezug auf unkonventionelle Formen politischer Partizipation zeigt sich, dass diese von Menschen mit einem eigenen Migrationshintergrund seltener genutzt werden (vgl. ebd.: 37). Positiv auf politische Partizipation wirken sich nach Müssig und Worbs formale Bildung und die Einbindung in soziale Netzwerke aus (vgl. ebd.: 42).

Selten wurde in Forschungen zum Thema politische Partizipation und soziale Ungleichheit allerdings das Stadt- oder Wohnviertel miteinbezogen. Zudem ist nicht viel bekannt über die Motive und Perspektiven von Personen, die sich nicht sozial oder politisch engagieren (vgl.

Klatt/Walter 2011: 43). Eine qualitative Studie von Klatt und Walter (2011) widmete sich erstmals der Frage, welche Bedeutung der unmittelbare Wohn- und Lebensmittelpunkt von Menschen für Engagement hat. Sie befragten Personen in vier städtischen Problemquartieren zum Thema bürgerschaftliches Engagement (vgl. Klatt/Walter 2011: 40). Das Forschungsziel war herauszufinden, warum sozial unterprivilegierte Bevölkerungsmilieus der Bürgergesellschaft fernbleiben und sich nicht aktiv engagieren (vgl. ebd.: 42). Sie fanden heraus, dass Bevölkerungsgruppen in sozial benachteiligten Stadtteilen kaum an den Arbeitsmarkt angebunden sind, über unzureichende soziale Netzwerke verfügen, sich wenig mit dem Stadtteil identifizieren und nicht an politischen Entscheidungen beteiligen (vgl. ebd.: 68). Für die Befragten ist die Politik oder die Vorstellung selbst etwas zu verändern weit entfernt (vgl. ebd.: 138). Die Politik im Allgemeinen wird als etwas Elitäres angesehen, worauf man persönlich keinen Einfluss nehmen kann (vgl. ebd.: 203). Zudem ergab die Studie, dass Politiker in den sozial unterprivilegierten Stadtteilen überwiegend unbekannt sind (vgl. ebd.). Deutlich wurde nach Klatt und Walter die Relevanz der direkten und persönlichen Ansprache zur Partizipation. Weiterhin besteht allerdings ein großer Forschungsbedarf, wie sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen zur politischen Beteiligung angeregt werden können (vgl. ebd.: 202f).

Mit Blick auf den Forschungsstand wird deutlich, dass es viele Studien gibt, die sich mit dem Thema beschäftigt haben. Die meisten der vorgestellten Studien greifen auf bestehende Daten des ISSP oder ALLBUS zurück. Es wurde keine quantitative Studie gefunden, die den Zusammenhang von politischer Partizipation und sozialer Ungleichheit in einem einzelnen Stadtteil untersucht. Die meisten Studien vergleichen den Zusammenhang von ausgewählten Merkmalen sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation von mehreren (insbesondere westeuropäischen) Ländern. Nur in der qualitativen Studie von Klatt und Walter (2011) wurden erstmals Personen aus vier Problemquartieren zum Thema bürgerschaftliches Engagement befragt. Insgesamt lässt sich auch feststellen, dass wenig erforscht ist, warum Personen sich nicht beteiligen und die persönlichen Gründe der Befragten selten ermittelt werden.

In der vorliegenden Studie wird der Zusammenhang von ausgewählten Aspekten sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation am Beispiel eines bestimmten Marburger Stadtviertels untersucht. Das Stadtviertel zeichnet sich durch besondere Faktoren aus, die im Kapitel 5.2 erläutert werden. In dieser Arbeit sollen so die bestehenden Theorien zum Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation, in einem speziellen Fall überprüft werden.

3. Erklärungsmodelle von politischer Partizipation

Im Folgenden werden zwei Erklärungsmodelle von politischer Partizipation erläutert, die für

diese Arbeit relevant sind und eine Grundlage für die Bildung der Hypothesen und der Entwicklung des Fragebogens abbilden.

3.1 Das sozioökonomische Standardmodell

Der sozioökonomische Status spielt im Zusammenhang mit politischer Partizipation eine große Rolle (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017: 75f). Die Indikatoren Bildung, Einkommen und Berufsstatus bilden den sozioökonomischen Status einer Person ab. Das sozioökonomische Standardmodell von Verba und Nie (1972) zeigt, dass der sozioökonomische Status sowohl auf die Wahlbeteiligung als auch auf andere Formen politischer Partizipation einen hohen Einfluss hat (vgl. ebd.). Nach Verba und Nie (1972) entwickeln Personen mit einem höheren sozialen Status eher ein Interesse für Politik, politisches Wissen, einen Sinn für gesellschaftlichen Beitrag und das Gefühl politischer Wirksamkeit (vgl. Verba/Nie 1972: 126).

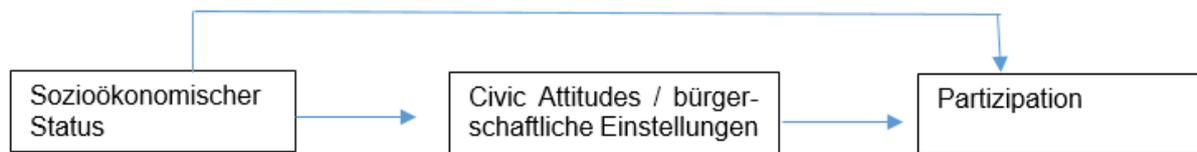


Abbildung 4: Erklärungsmodell (vgl. Verba/Nie 1972: 126)

Das Modell zeigt, dass insbesondere die Bürger*innen der unteren sozialen Schichten am wenigsten politisch partizipieren. „Je aufwendiger die Partizipationsform ist, desto mehr Ressourcen sind dafür notwendig und desto geringer ist ihre Verbreitung.“ (Vetter/Remer-Bollow 2017: 76). Die politische Partizipation wird positiv durch die jeweiligen Ressourcen beeinflusst (vgl. Hoecker 2006: 12). Je höher der sozioökonomische Status ist, desto höher ist auch die Chance für politische Teilhabe (vgl. ebd.). Bei dem sozioökonomischen Standardmodell handelt es sich nach Verba und Nie um ein Basismodell, wobei zugleich noch der Einfluss von sozialen, psychologischen und strukturellen Charakteristiken auf Partizipation erforscht werden muss (vgl. Verba und Nie 1972: 126). In dieser Studie wird der sozioökonomische Status mithilfe der Variablen „Höchster allgemeinbildender Schulabschluss“, „Höchster Berufsabschluss“ und „Aktuelle Berufstätigkeit“ erhoben.

3.2 Das Civic-Voluntarism Modell

Das Civic-Voluntarism Modell ist ein von Verba, Scholzman und Brady (1995) weiterentwickeltes Modell des sozioökonomischen Standardmodells. Bei dem Civic-Voluntarism-Modell handelt es sich um eines der bekanntesten Modelle, das zur Erklärung politischer Partizipation verwendet wird (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017: 82). Das sozioökonomische Standardmodell wurde in vielen Studien aufgegriffen und die These, dass Menschen mit einem höheren sozialen Status häufiger politisch partizipieren, wurde oft bestätigt (vgl. Verba et al. 1995: 19).

Durch das Civic-Voluntarism-Model wird in Detail aufgegriffen, wie der sozioökonomische Status mit politischer Partizipation verknüpft ist (vgl. ebd.).

In ihrer Studie untersuchten Verba, Scholzman und Brady die politische Partizipation von zwei ethnischen Minderheiten, den African-Americans und Latinos, in den Vereinigten Staaten (vgl. Verba et al. 1995: 229). Sie stellten fest, dass sich die African-Americans insgesamt ähnlich häufig, wie Weiße politisch beteiligten (vgl. ebd.: 233). Je nach Partizipationsform gab es kleinere Unterschiede. Die Latinos dagegen waren politisch weniger aktiv (vgl. ebd.). Davon ausgehend wollten die Autor*innen die Frage beantworten, warum es diese Unterschiede in der politischen Partizipation der verschiedenen Gruppen gibt (vgl. ebd.: 269). Sie kamen zu dem Ergebnis, dass Motive, Ressourcen und Netzwerke die drei Hauptfaktoren sind, die die politische Teilhabe beeinflussen (vgl. Verba et al. 1995: 3). Personen, die über Motive und Ressourcen verfügen, werden häufiger politisch aktiv, wenn sie auch in ein Netzwerk eingebunden sind (vgl. ebd.). Die Ursprünge für zukünftige politische Partizipation lassen sich in den frühen Lebensjahren, in der Sozialisation durch Schule und Familie finden (vgl. Verba et al. 1995: 3). In späteren Lebensjahren haben auch Beruf, nicht-politische Organisationen und religiöse Institutionen einen Einfluss auf die politische Teilhabe (vgl. ebd.: 3f).

Es wurden drei verschiedene Ressourcen identifiziert (Zeit, Geld und Fähigkeiten), die für politische Partizipation notwendig sind (vgl. ebd.). Politische Beteiligung benötigt Zeit und manche Formen sind auch mit Kosten verbunden (vgl. Verba et al. 1995: 271). Zudem brauchen die Personen Fähigkeiten, sowie Wissen über politische Strukturen und Organisations- und Kommunikationsfähigkeit (vgl. ebd.). Mit Motiven sind die Einstellungen und Wertorientierungen gemeint, die Personen zu Politik haben. Das Interesse an Politik und das Gefühl politisch etwas bewirken zu können (*political efficacy*) spielen hier eine wichtige Rolle (vgl. ebd.: 272). Der Begriff *political efficacy* wird unterteilt in *internal* und *external efficacy* (vgl. Jakobs 2021: 50) und meint das politische Kompetenzgefühl. Mit *internal efficacy* ist gemeint, inwieweit sich Personen in der Lage fühlen, politische Vorgänge zu verstehen. Der Begriff *external efficacy* bezeichnet die Vorstellung, dass mit den eigenen Handlungen politische Entscheidungen beeinflusst werden können (vgl. ebd.). Auch die Identifikation mit einer Partei kann ein Motiv für politische Partizipation sein (vgl. Verba et al. 1995: 272f). Mit Netzwerken ist die Einbindung der Bürger*innen in soziale Gruppen oder Organisationen gemeint (vgl. ebd.). Durch Organisationen, wie zum Beispiel die Kirche oder die Arbeitsstätte und insbesondere soziale Gruppen (z.B. Nachbarschaft, Freunde) können Individuen zur politischen Teilhabe motiviert werden (vgl. Verba et al. 1995: 272)

Civic-Voluntarism-Modell		
Bereiche	Variablen	Erläuterung
Ressourcen	Zeit	<ul style="list-style-type: none"> • Einige Beteiligungsformen (z.B. Mitarbeit in Initiativen) benötigen große zeitliche Ressourcen
	Fähigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Ausreichendes Wissen über politische Strukturen, Prozesse und Themen • Wissen über Möglichkeiten der Beteiligung
	Geld	<ul style="list-style-type: none"> • Manche Formen sind mit direkten oder indirekten Kosten verbunden • Bürger*innen müssen es sich leisten können, Zeit und Kraft aufzuwenden
Motive	Politisches Interesse	<ul style="list-style-type: none"> • Motiv für Partizipation, dass insbesondere während der Sozialisation erworben wird • Politisches Interesse hängt stark mit dem Bildungsweg zusammen
	Political Efficacy (politisches Kompetenzgefühl)	<ul style="list-style-type: none"> • Gefühl politische Entscheidungen beeinflussen zu können • Verständnis für politische Inhalte
	Parteiidentifikation	<ul style="list-style-type: none"> • Identifikation mit einer bestimmten Partei
	Allgemeine Wertvorstellungen	<ul style="list-style-type: none"> • Durch die Sozialisation erworbene Werte können Einfluss auf Politische Partizipation haben bzw. Einstellungen zu Demokratie
Netzwerke	Soziale Einbindung	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale Einbindung in Vereine, Nachbarschaften oder private Netzwerke hat einen Einfluss auf staatsbürgerliche Kompetenzen
	Bindung zu intermediären gesellschaftlichen Organisationen	<ul style="list-style-type: none"> • Rekrutierungsfunktion von intermediären Organisationen (vor allem Gewerkschaften und Kirchen) für die politische Partizipation von Bürger*innen

Abbildung 5: Civic-Voluntarism-Modell (vgl. Verba et al. 1995: 269ff); Eigene Darstellung

Um politische Partizipation zu ermöglichen, ist es nach dem Civic-Voluntarism-Modell nötig, dass sich Bürger*innen beteiligen wollen (politisches Interesse und political efficacy), beteiligen können (Zeit, Geld, Fähigkeiten) und zur Beteiligung angeregt werden (soziale Einbindung). In dieser Studie werden die meisten der genannten Faktoren als Variablen mit aufgenommen. Die Faktoren Zeit, Parteiidentifikation, soziale Einbindung und Bindung zu intermediären gesellschaftlichen Organisationen werden nicht erhoben.

4. Hypothesenbildung und Hypothesenbegründung

Der Zusammenhang von politischer Partizipation und sozialer Ungleichheit ist ein breites und gut untersuchtes Forschungsfeld. Im Folgenden werden auf Basis der vorgestellten Theorien Hypothesen formuliert und begründet. Unstrittig ist in der Forschung zu politischer Partizipation, dass der Bildungsstand einen hohen Einfluss auf die politische Beteiligung hat (vgl. Schäfer 2010; Bödeker 2012; Marien et al. 2010). Daraus resultiert die folgende Hypothese:

1. Hypothese: Ein höherer Bildungsstand geht mit mehr politischer Partizipation einher

Nach dem CVM sind Ressourcen, wie Geld, Zeit und Fähigkeiten für politische Beteiligung wichtig. Während Fähigkeiten, die zu mehr politischer Partizipation führen, insbesondere durch Bildung erlernt werden können, entscheidet der Berufsstand über die Verfügbarkeit von Geld. Da ein höherer Berufsabschluss meistens mit mehr Geld einhergeht, lässt sich daraus die nächste Hypothese formulieren:

2. Hypothese: Ein höherer Berufsabschluss geht mit mehr politischer Partizipation einher

Auch die Unterschiede zwischen unkonventionellen und konventionellen politischen Partizipationsformen im Zusammenhang mit Ungleichheiten werden in der vorliegenden Studie analysiert. Zu dem Einfluss des Geschlechts auf konventionelle im Vergleich zu unkonventionelle Partizipation liefern einige Studien Ergebnisse. Marien et al. (2010) und Stolle/Hooghe (2009) verweisen darauf, dass Frauen häufiger unkonventionelle Partizipationsformen nutzen als Männer, wobei gleichzeitig Männer eher konventionelle Beteiligungsformen, wie Wahlen, nutzen.

3. Hypothese: Frauen beteiligen sich häufiger an unkonventionellen Partizipationsformen als Männer
4. Hypothese: Männer beteiligen sich häufiger an konventionellen Partizipationsformen als Frauen

Wie sich Altersunterschiede auf unkonventionelle und konventionelle Partizipationsformen auswirken, wurde ebenfalls in den Studien von Marien et al. (2010) und Stolle/Hooghe (2009) untersucht. Beide kamen zu dem Ergebnis, dass sich an konventionellen Partizipationsformen eher ältere Menschen und an unkonventionellen Formen eher jüngere Menschen beteiligen.

5. Hypothese: Jüngere Menschen beteiligen sich häufiger an unkonventionellen Partizipationsformen als ältere

- Hypothese: Ältere Menschen beteiligen sich häufiger an konventionellen Partizipationsformen als jüngere

Der Einfluss des Migrationshintergrundes auf politische Partizipation wurde bisher in wenigen Studien untersucht (vgl. Müssig/Worbs 2012: 5). Allerdings zeigen Daten des European Social Survey und der Wahlstudie (GLES), dass es insbesondere Unterschiede im Partizipationsverhalten von Personen mit eigenem Migrationshintergrund und Personen ohne Migrationshintergrund gibt. Müssig und Worbs (2012) kamen zu dem Ergebnis, dass sich Personen mit eigenem Migrationshintergrund seltener politisch beteiligten.

- Hypothese: In Deutschland geborene Menschen beteiligen sich häufiger politisch als Personen mit einem eigenen Migrationshintergrund

Nach dem CVM von Verba et al. (1995) trägt ein hohes politisches Kompetenzgefühl und politisches Interesse zur politischen Partizipation bei. In der vorliegenden Studie soll die folgende Hypothese überprüft werden:

- Hypothese: Ein höheres politisches Kompetenzgefühl und höheres politisches Interesse geht mit mehr politischer Partizipation einher

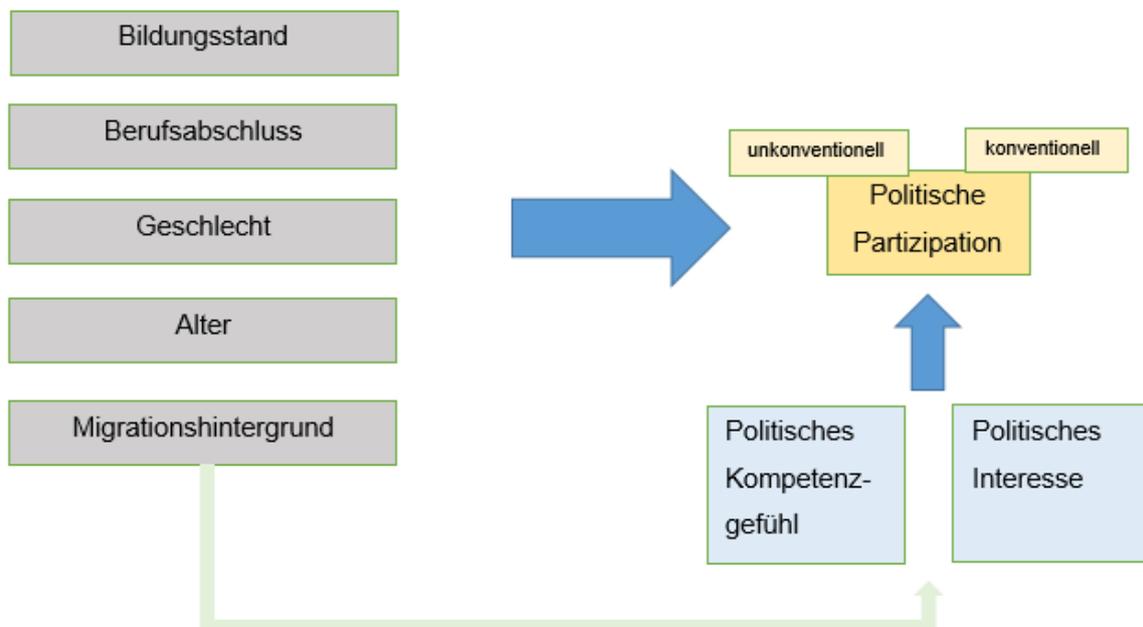


Abbildung 6: Untersuchungsmodell (eigene Darstellung)

5. Methode

Im Folgenden Kapitel wird ein Überblick über die Methodik der Studie gegeben. Hierfür wird zunächst die Methodenwahl beschrieben und begründet. Anschließend wird das Untersuchungsgebiet beschrieben und auf die Stichprobengewinnung eingegangen. Des Weiteren wird das Datenerhebungsinstrument beschrieben und die Vorbereitung der Feldphase erläutert. Zuletzt wird die Durchführung der Befragung skizziert und die Methode der Datenauswertung dargelegt.

Die Studie wurde von dem Fachdienst Bürger*innenbeteiligung der Stadt Marburg gefördert, sodass Ressourcen von der Stadt für die Durchführung genutzt werden konnten. Zum einen waren das finanzielle Ressourcen für die Bezahlung von Interviewer*innen und den Versand von Anschreiben sowie materielle Ressourcen, wie Klemmbretter, der Druck von Fragebögen und Namensschilder. Zum anderen wurde die Zufallsstichprobe vom Einwohnermeldeamt aus dem Einwohnermelderegister gezogen. Im Fragebogen wurden einige Fragen ergänzt, die für den Fachdienst Bürger*innenbeteiligung von Interesse sind. Zum Teil sind die Fragen nicht für die Prüfung der Hypothesen von Bedeutung und werden deshalb nicht in die Analyse miteinbezogen.

5.1 Beschreibung und Begründung der Methodenwahl

Die vorliegende Studie folgt dem quantitativen Wissenschaftsparadigma und dem Anspruch die Wirklichkeit zu erklären. Durch quantitative Methoden sollen Zusammenhänge aufgedeckt werden und statistisch messbar gemacht werden (vgl. Raithel 2008: 12). In dieser Studie geht es um den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation. Zudem wird deduktiv vorgegangen, da die genannten Hypothesen aus bestehenden Theorien gebildet wurden und überprüft werden (vgl. ebd.: 13). Die Studie weist das Forschungsdesign einer Querschnittstudie auf, da die Daten zu einem einmaligen Zeitpunkt erhoben wurden.

Die Studie wurde als Haustürbefragung durchgeführt. Diese Methode wurde gewählt, da bei einer persönlichen Befragung Verständnisschwierigkeiten geklärt werden können und Personen eher zum Mitmachen motiviert werden können. Persönliche Befragungen führen im Durchschnitt zu höheren Kooperationsraten (vgl. Stocké 2019: 747). Der Non-response-error kann dadurch reduziert werden (vgl. ebd.). Durch die aktive Rolle des Interviewers können Verständnisprobleme in der persönlichen Befragung geklärt werden, wodurch das Aufkommen fehlender Werte reduziert werden kann (vgl. ebd.: 749). Zudem sollten durch die Methode mehrsprachige Interviewer*innen eingesetzt werden, um Sprachbarrieren abzubauen.

Durch die persönliche Befragung können Fehler auftreten, wenn die Stichprobe die Grundgesamtheit nur mangelhaft abdeckt („Coverage Error“) oder nicht ausreichend relevante Befragte

in die Stichprobe mit einbezogen („Sampling Error“). Zudem kann die Befragung mit den Stichprobenmitgliedern manchmal nicht realisiert werden („Nonresponse Error“) (vgl. Stocké 2019: 746). Ein Nachteil der Methode ist außerdem die Neigung zu Antwortverzerrungen aufgrund sozialer Erwünschtheit (vgl. ebd.). In einem persönlichen Gespräch werden Befragte eher dazu verleitet bei sensiblen Fragen die Antwort zu geben, die sozial erwünscht ist und nicht die wahrheitsgemäße (vgl. ebd.: 750). Darüber hinaus ist der Kosten- und Zeitaufwand von persönlichen Befragungen höher als bei schriftlichen Befragungen. Problematisch ist außerdem, dass persönliche Befragungen, Anreize zur teilweisen oder vollständigen Fälschung von Interviews bieten (vgl. Stocké 2019: 752). Interviewer*innen könnten beispielsweise Personen nach deren Verfügbarkeit und Kooperationsbereitschaft auswählen, anstatt die Zielpersonen. Durch eine Interviewerschulungen kann das Risiko eines Fehlverhaltens der Interviewer*innen verringert werden.

5.2 Beschreibung des Untersuchungsgebiets

In der vorliegenden Studie sollte der Zusammenhang von politischer Partizipation und sozialer Ungleichheit im Marburger Stadtteil Richtsberg untersucht werden. Der Richtsberg gehört zur südlichen Kernstadt Marburgs und ist in den Oberen und Unteren Richtsberg unterteilt (vgl. Meier/Kaiser 2018: 10)

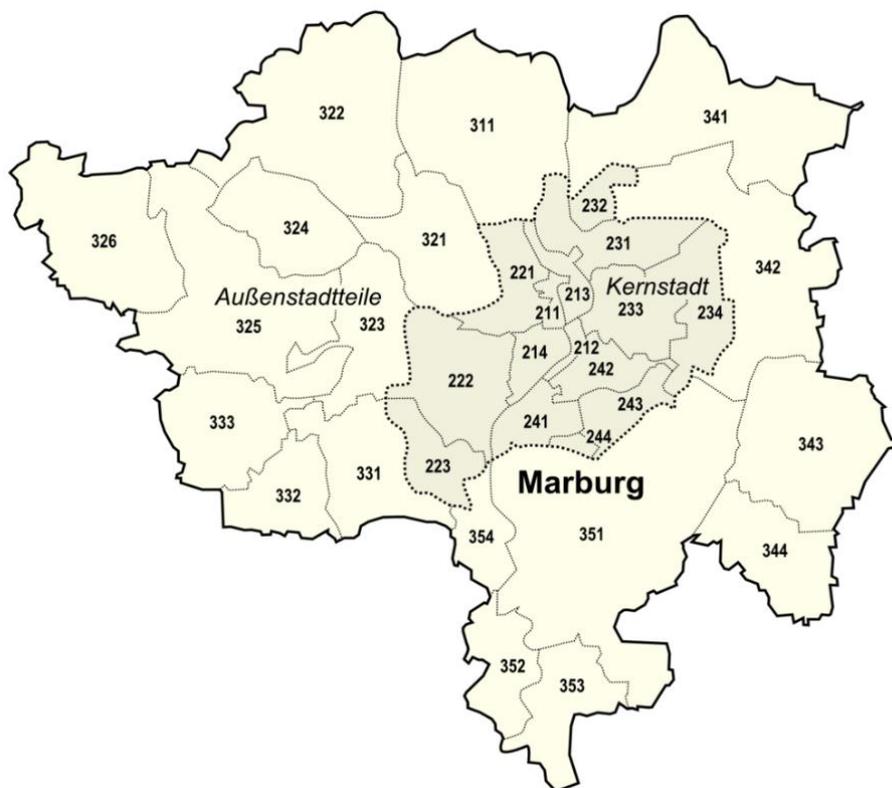


Abbildung 7: Statistische Stadtbezirke Marburgs (Wikipedia 2022)

243 = Oberer Richtsberg, 244 = Unterer Richtsberg

Im Jahr 2017 hatte der Richtsberg insgesamt 8.220 Einwohner*innen. 5.888 von Ihnen lebten am Oberen Richtsberg und 2.332 am Unteren Richtsberg. Der Stadtteil Richtsberg verfügt über einen hohen Anteil an Sozialwohnungen. Im Jahr 2018 gab es in Marburg insgesamt 2.247 Sozialwohnungen, wobei sich 864 davon am Oberen Richtsberg und 136 Sozialwohnungen am Unteren Richtsberg befanden (vgl. ebd.: 48). In den 1960er Jahren entstand durch den Bau von Mehrfamilienhäusern, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern ein Mischwohngebiet. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung am Oberen Richtsberg betrug im Jahr 2017 ca. 23,7 Prozent und am Unteren Richtsberg 27,3 Prozent (vgl. ebd.: 19). Im Vergleich zu dem übrigen Stadtgebiet sind am Richtsberg doppelt so viele nichtdeutsche Personen wohnhaft. Als nichtdeutsche Bevölkerungsgruppe werden Personen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, statistisch erfasst (vgl. ebd.: 23). Es gibt allerdings keine genauen Informationen wie viele Menschen mit Migrationshintergrund am Richtsberg wohnen (vgl. ebd.: 25). Es ist aber davon auszugehen, dass mehr als die Hälfte der Bewohner*innen am Richtsberg ausländische Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund sind (vgl. ebd.). Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund in Marburg kommen aus russischsprachigen Ländern. Etwa 13,3 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund in Marburg kommen aus Russland und 12,7 Prozent aus Kasachstan (vgl. ebd.: 22). Allerdings sind die Herkunftsländer von 42,5 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund in Marburg unbekannt (vgl. ebd.). Am Oberen Richtsberg wohnen rund 29 Prozent der Bewohner*innen und am Unteren Richtsberg rund 20,0 Prozent der Bewohner*innen in Bedarfsgemeinschaften (vgl. ebd.: 40). Im Jahr 2018 waren am Oberen Richtsberg zudem 5,45 Prozent der Bewohner*innen arbeitslos gemeldet. Am Unteren Richtsberg waren es 4,02 Prozent und in dem gesamten Marburger Stadtgebiet rund 2 Prozent (vgl. ebd.: 43). Sozialhilfe erhielten am Oberen Richtsberg im Jahr 2017 8,0 Prozent der Bevölkerung und am Unteren Richtsberg 7,8 Prozent. Im Vergleich dazu erhielten in anderen Stadtteilen nur 2,3 Prozent der Bewohner*innen Sozialhilfe (vgl. ebd.: 45).

Der Stadtteil zeichnet sich durch ein aktives Vereinsleben und viele soziale Projekte aus (vgl. ebd.: 76). Insbesondere durch das Projekt „Soziale Stadt“ wurden viele Vereine im Stadtteil gefördert, die das gesellschaftliche Leben im Stadtteil verbessern sollten (vgl. ebd.: 81). Das Projekt „Soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde entwickelt, um sozialstrukturell schwache Viertel zu fördern und bessere Lebensbedingungen zu schaffen (vgl. Klatt/Walter 2011: 67). Ziel des Programms war es auch die Bewohner*innenbeteiligung, die Zusammenarbeit und die soziale Vernetzung zu stärken (vgl. ebd.: 69). Der Richtsberg wurde von 1999-2014 in das Projekt mitaufgenommen, wodurch die finanziellen Mittel für eine grundlegende Stadteilerneuerung vorhanden waren (vgl. Meier/Kaiser 2018: 97).

Der Richtsberg wurde als Untersuchungsgebiet ausgewählt, da es sich um ein städtisches „Problemquartier“ handelt, wo Menschen mit verschiedenen sozioökonomischen Hintergründen wohnen. Auf Basis der Kenntnisse über den Anteil an Sozialwohnungen, an Empfänger*innen von Sozialleistungen und über den Anteil an von Arbeitslosigkeit Betroffenen, wird vermutet, dass am Richtsberg im überdurchschnittlichem Maße Menschen mit einem niedrigen sozialen Status wohnen. Da es neben Sozialwohnungen aber auch Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen gibt, können am Richtsberg ebenfalls Menschen mit einem höheren sozialen Status befragt werden. Für die Aussagekraft der Studie ist es wichtig, dass die Fragen sowohl an Menschen mit einem höheren als auch an Menschen mit einem niedrigeren sozialen Status gerichtet werden, damit der Zusammenhang von sozialen Ungleichheitsmerkmalen und politischer Partizipation untersucht werden kann. Zu berücksichtigen ist die Besonderheit, dass der Stadtteil über umfassende Engagement-Angebote verfügt und sehr viele soziale Projekte realisiert werden.

5.3 Beschreibung der Stichprobe

Die Grundgesamtheit der Studie waren alle über 16-jährigen Bewohner*innen des Stadtteils Richtsberg mit Erst- und Zweitwohnsitz. Diese Eingrenzung wurde gewählt, da Aussagen über verschiedene Altersstufen gemacht werden sollten, um den Effekt von Alter auf politische Partizipation untersuchen zu können. Zudem sollten auch Geschlechterunterschiede in der Studie in Bezug auf politische Partizipation analysiert werden. Die Grundgesamtheit bestand sowohl aus Personen mit Migrationshintergrund als auch Personen ohne Migrationshintergrund, damit mögliche Effekte in der Studie entdeckt werden konnten.

Es wurde eine Teilerhebung durchgeführt, wobei alle Merkmalsträger*innen die gleiche Wahrscheinlichkeit hatten in die Stichprobe zu kommen. Zudem handelt es sich um eine einstufige Stichprobe, da die Stichprobe nur einmal gezogen wurde. Eine einfache Zufallsstichprobe konnte ermöglicht werden, da die Personen zufällig aus den Einwohnermelderegister gezogen wurden (Stichtag: 20.05.2022). „Bei einer einfachen Zufallsstichprobe (simple random sample) hat jeder Merkmalsträger die gleiche Chance, in die Stichprobe – direkt in einen (einstufigen) Auswahlvorgang – einbezogen zu werden.“ (Raithel 2008: 58). Die Methode wurde gewählt, um mögliche Selektionseffekte aufgrund des sozioökonomischen Status zu vermeiden. Mit dem Verfahren wurden 420 Personen in die Stichprobe aufgenommen. Aus jedem der sieben Wahlbezirken am Richtsberg kamen gleich viele Personen in die Stichprobe. Die zufällig gezogenen Personen bekamen eine Zufallszahl von 1-60 zugelost und wurden der Reihe nach befragt.

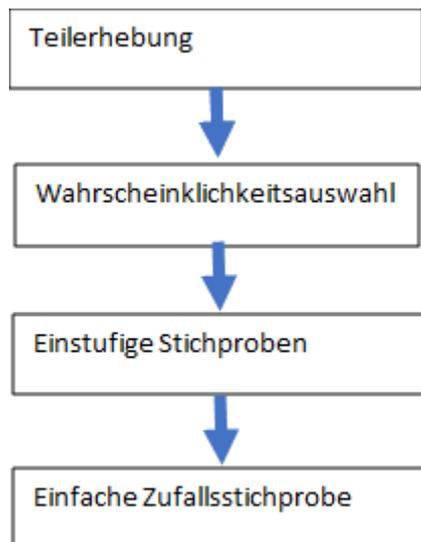


Abbildung 8: Von der Grundgesamtheit zur Stichprobe; Eigene Darstellung

5.4 Beschreibung des Datenerhebungsinstruments

Die Befragung erfolgt als Haustürbefragung mittels eines standardisierten Fragebogens (siehe Anhang 8). Der Fragebogen besteht aus 4 Seiten und 25 Items, mit denen die ausgewählten Merkmale sozialer Ungleichheit möglichst genau erfasst werden sollen. Entsprechende Merkmale waren Bildungsstand, Berufsabschluss, Erwerbsstatus, Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund. Zudem steht die politische Partizipation und Einstellungen zu Politik des/der Befragten im Vordergrund der Untersuchung. Für die Entwicklung der Fragen wurden vergleichbare Studien und insbesondere der Fragebogen aus dem ALLBUS 2008 herangezogen. Die Fragen sind größtenteils als geschlossene Fragen formuliert, sodass die Befragten in vorgegebenen Kategorien antworten müssen.

Der Fragebogen lässt sich in fünf Abschnitte unterteilen. Am Anfang werden von dem/der Interviewer*in Hinweise zu der Befragung und zu der Verwendung und Anonymisierung der Daten gegeben. Im ersten Abschnitt werden demographische Daten erhoben. In dem Kontext wird nach Alter, Migrationshintergrund, allgemeinbildenden Schulabschluss, beruflichen Ausbildungsabschluss und der Berufstätigkeit gefragt. Durch die Variablen Schulabschluss, beruflicher Ausbildungsabschluss und Berufstätigkeit soll der sozioökonomische Status der befragten Person erfasst werden. Diese Fragen wurden aus dem ALLBUS Fragebogen von 2008 übernommen. In der vorliegenden Studie wird nur der eigene Migrationshintergrund erhoben, da Daten aus dem GLES (Deutsche Wahlstudie) und ESS (European Social Survey) gezeigt haben, dass es kaum Unterschiede im Partizipationsverhalten zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Personen der zweiten Zuwanderergeneration gibt (vgl. Müssig/Worbs 2012: 5).

Anschließend folgen Fragen zur Lebensqualität in der Nachbarschaft. Durch diese Fragen kann erfasst werden, ob die Personen das Leben in der Nachbarschaft eher positiv oder negativ einschätzen. Der Themenblock besteht aus einer geschlossenen Frage zur subjektiven Einschätzung der Lebensqualität in der Nachbarschaft und zwei offenen Fragen. Danach folgt ein Themenblock, in dem nach Diskriminierungserfahrungen gefragt wird. Wenn die befragte Person Diskriminierungserfahrungen gemacht hat, sollen auch die Lebensbereiche und Gründe für Diskriminierung erfasst werden. Im nächsten Block werden sieben Aussagen vorgelesen, denen die Befragten auf einer vierstufigen Skala zustimmen oder ablehnen können. Es wurde eine vierstufige Skala mit den Kategorien „stimme völlig zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, ausgewählt. Es wurde keine Mittelkategorie aufgestellt, damit eine klare Tendenz erkennbar ist. Hier wurde auch auf den Allbus-Fragebogen von 2008 zurückgegriffen. Bei den ersten drei Aussagen geht es um das Leben am Richtsberg und bei den übrigen Aussagen um Einstellungen zur Politik. Die Aussagen „Die Politiker in DE/MR reden nur und lösen die Probleme nicht“ und „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht“ sollen das politische Kompetenzgefühl erfassen (siehe CVM). Die Aussagen „Ich halte es für sinnvoll sich politisch zu engagieren“ und „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen“ messen ebenfalls das politische Kompetenzgefühl bzw. das Gefühl politisch etwas bewirken zu können (siehe CVM).

Anschließend werden die Befragten nach ihrem persönlichen Interesse für Politik gefragt und müssen sich auf einer Skala von 1 (sehr starkes Interesse) bis 6 (gar kein Interesse) positionieren. Danach soll die politische Partizipation der Befragten erfasst werden. Die Befragten sollen auswählen welche politischen Partizipationsformen sie im Jahr 2021 genutzt haben. Gefragt wird nach: Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, Mitarbeit in einer Partei, Teilnahme an Demonstrationen, Teilnahme an Bildungs- oder Diskussionsveranstaltungen zu politischen Themen, Teilnahme an Veranstaltungen der Bürger*innenbeteiligung Marburg, Beteiligung an Unterschriftensammelaktionen, Beteiligung an Onlineprotestaktionen, Kontaktieren eines/einer Politiker/Politikerin, Wahlbeteiligung, Warenboykott und politischer Meinungsäußerung. Es wird sowohl nach unkonventionellen Partizipationsformen als auch nach konventionellen Partizipationsformen (Parteimitgliedschaft, Wahlbeteiligung) gefragt. Zuletzt wird mit einer Ja/Nein Frage nach dem Engagement in der Stadt oder im Stadtteil und dem Wunsch nach (mehr) Engagement im Stadtteil oder in der Stadt gefragt. Nach der Befragung wird durch den/der Interviewer/in das gelesene Geschlecht der befragten Person eingetragen.

Um den Fragebogen zu überprüfen, wurde ein Pretest am Richtsberg durchgeführt. Hierfür wurden fünf Personen befragt, denen zufällig auf der Straße oder an öffentlichen Plätzen begegnet wurde. Durch den Pretest konnte erkannt werden, ob alle Antwortmöglichkeiten im

Fragebogen erfasst wurden und die Personen sich passend einordnen konnten. Nach dem Interview wurden die Personen gezielt gefragt, ob sie Verständnisprobleme oder andere Schwierigkeiten bei der Befragung hatten. Im Anschluss an den Pretest wurde der Fragebogen nochmal angepasst und durch fehlende Antwortkategorien ergänzt.

5.5 Vorbereitung der Feldphase

Im Rahmen der Erhebungsvorbereitung mussten wichtige Schritte, wie die Rekrutierung von Interviewer*innen, die Schulung der Interviewer*innen, Ziehung der Zufallsstichprobe aus Einwohnermeldedaten und die Ankündigung der Befragung erfolgen.

Da Haustürbefragungen viel Zeit in Anspruch nehmen, war es notwendig für die Befragung weitere Interviewer*innen zu finden. Die Rekrutierung von Interviewer*innen erfolgte über Bekanntenkreise und unterschiedliche Fachbereiche der Universität. Bei der Suche nach Interviewer*innen wurde zudem darauf geachtet Personen zu finden, die Arabisch und/oder Russisch Sprachkenntnisse aufwiesen, da bei vorherigen Befragungen am Richtsberg Sprachbarrieren auftraten. Zudem wurden Personen kontaktiert, die im Jahr 2020 bei einem Projekt der Bürger*innenbeteiligung am Richtsberg Interviews geführt hatten. Über Bekanntenkreise kamen weitere Interviewer*innen zusammen, sodass die Befragung mit insgesamt acht Personen starten konnte. Unter den Interviewer*innen befand sich allerdings nur eine Person, die Russischkenntnisse aufwies und eine Person, die türkisch sprechen konnte, sodass Sprachbarrieren eine große Problematik darstellten.

Am 01. Juni fand im Vorfeld eine kurze Interviewerschulung statt, bei der mit den Interviewer*innen der Fragebogen durchgegangen wurde und Fragen geklärt werden konnten. Des Weiteren sollten den Personen wichtige Informationen zur Durchführung der Befragung mitgegeben werden.

Die Personen, die aus dem Einwohnermelderegister zufällig gezogen wurden, bekamen vor dem Beginn der Befragung eine Ankündigung per Post (siehe Anhang 7), um die Kooperationsbereitschaft zu erhöhen. Den Personen wurde mitgeteilt, dass sie zufällig für die Befragung gezogen wurden und wann die Befragung stattfinden würde. Außerdem bekamen Sie Kontaktadressen, um im Vorfeld einen Termin für die Befragung zu vereinbaren oder Fragen zu stellen

5.6 Durchführung der Befragung

Die Befragung wurde vom 15. Juni 2022 bis zum 06. Juli 2022 durchgeführt. Die Interviewer*innen bekamen Personen in sieben verschiedenen Wahlbezirken zugeteilt, zwei Wahlbezirke vom Unteren Richtsberg und fünf Wahlbezirke vom Oberen Richtsberg. Die Interviewer*innen erhielten eine Liste mit jeweils 60 Personen, die der Reihenfolge nach befragt werden sollten. Die Interviews wurden möglichst ohne Anwesenheit Dritter durchgeführt, damit auch bei sen-

siblen Fragestellungen die Privatsphäre gewahrt werden konnte Die Interviewer*innen bekamen die Anweisung die Personen jeweils zweimal zu verschiedenen Tageszeiten zu kontaktieren. Wenn auch beim zweiten Versuch kein Kontakt hergestellt werden konnte, wurden die Personen von der Liste gestrichen. Hierbei handelt es sich um stichprobenneutrale Ausfallgründe.

Zudem wollten manche Personen aus verschiedenen Gründen nicht an der Befragung teilnehmen. Systematische Ausfallgründe waren, dass Zielpersonen die Teilnahme an der Befragung unter Hinweis auf fehlendes Interesse verweigerten oder keine Zeit hatten. Einzelne der zu befragende Personen argumentierten, dass sie keine Lust haben über Politik zu sprechen. Des Weiteren gab es zum Teil unüberwindbare Sprachbarrieren, weshalb die Befragung nicht stattfinden konnte.

5.7 Methode der Datenauswertung

Für die Auswertung wurden alle Fragebögen berücksichtigt, die bis zum 11.07.2022 eintrafen. Insgesamt konnten von den 420 gezogenen Personen, 128 Personen (Rücklaufquote: 30,48 Prozent) befragt werden. Die übrigen Personen konnten entweder nicht erreicht werden, haben das Interview verweigert oder konnten aufgrund fehlender Deutschkenntnisse nicht befragt werden. Von den 128 Fragebögen konnten 125 gültige Fragebögen für die Datenauswertung berücksichtigt werden. Die drei übrigen Fragebögen wurden nicht in die Datenanalyse mit aufgenommen, da während der Befragung zu große Sprachbarrieren auftraten, weshalb das Interview nicht bis zum Ende durchgeführt werden konnte.

Für die statistische Auswertung wurde das Programm IBM SPSS verwendet. Zunächst wurde eine deskriptive Analyse durchgeführt, um die Häufigkeiten und die Zusammensetzung der Stichprobe darzustellen. Anschließend wurde eine induktive Analyse durchgeführt, um die Zusammenhangshypothesen zu überprüfen. Hierfür wurden bivariate Korrelationen berechnet und eine multiple Regressionsanalyse vorgenommen.

Fehlende Werte wurden folgendermaßen kodiert: -1= Feld nicht ausgefüllt, -2= Ungültiger Wert, -3= Nicht zutreffend.

Messung von Konstrukten

Es wurden zwei Skalen gebildet. Eine Skala zur Messung der Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft und eine Skala zur Messung des politischen Kompetenzgefühls. Hierfür mussten manche Aussagen umkodiert werden.

Messung der Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft				
Aussage 2 (umkodiert): Alles in allem machen Ein-	1	2	3	4
	Stimme gar	Stimme	Stimme	Stimme

wanderer meine Nachbarschaft bunter und vielfältiger	nicht zu	eher nicht zu	eher zu	völlig zu
Aussage 3: Es gibt zu viele Ausländer in meiner Nachbarschaft	1	2	3	4
	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Mittelwert	1	2	3	4
	Sehr negative Einstellung	Eher negative Einstellung	Eher positive Einstellung	Sehr positive Einstellung

Tabelle 2: Skala zu fremdenfeindlichen Einstellungen

Bei der Messung der Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft wurde aus den zwei Variablen der Mittelwert berechnet. Ein Mittelwert von eins weist auf eine sehr negative Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft hin und ein Mittelwert von vier auf eine sehr positive Einstellung.

Messung des politischen Kompetenzgefühls				
Aussage 4: Die Politiker in Deutschland reden nur und lösen die Probleme nicht	1	2	3	4
	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Aussage 5: Die Politiker in Marburg reden nur und lösen die Probleme nicht	1	2	3	4
	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Aussage 6 (umkodiert): Ich halte es für sinnvoll sich politisch zu engagieren	1	2	3	4
	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme völlig zu
Aussage 7 (umkodiert): In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen	1	2	3	4
	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme völlig zu
Aussage 8: Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht	1	2	3	4
	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Mittelwert des politischen Kompetenzgefühls	1	2	3	4
	Niedrig	Eher niedrig	Eher hoch	Hoch

Tabelle 3: Skala zum politischen Kompetenzgefühl

Bei der Messung des politischen Kompetenzgefühls wurde aus fünf Variablen ein Mittelwert berechnet. Ein Mittelwert von eins entspricht einem niedrigen politischen Kompetenzgefühl und ein Mittelwert von vier einem hohen politischen Kompetenzgefühl.

Messung der politischen Partizipation		
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	Nicht genannt	0
	Genannt	1
Mitarbeit in einer Partei	Nicht genannt	0
	Genannt	1
Teilnahme an Demonstrationen	Nicht genannt	0
	Genannt	1
...		
Skala für politische Partizipation (Wertebereich von 0-11)	keine Beteiligung	0
	Alle 11 Beteiligungsformen	11

Tabelle 4: Skala zu politischer Partizipation

Zur Messung der politischen Partizipation wurden die einzelnen Variablen zunächst dummy kodiert. Es wurde Skala gebildet, bei der alle 11 Items summiert wurden (alle 11 Partizipationsformen). Der Wertebereich der Skala geht von 0 (keine politische Beteiligung) bis 11 (alle 11 Beteiligungsformen). Für jeden Fall wurde aus allen Variablen eine Summe gebildet, die die politische Partizipation der einzelnen Person darstellt.

Dummy Kodierung

Für die Analyse wurden aus weiteren Variablen Dummy Variablen gebildet. Die kategorialen Variablen „Bildungsstand“, „Ausbildungsabschluss“, „aktueller Berufsstand“ und „Diskriminierungserfahrung“ wurden dummy kodiert, um die Variablen für eine Regressionsanalyse verwenden zu können. Zudem wurden die Variablen „Gesehenes Geschlecht“ (Männlich= 0; Weiblich= 1) und „Eigener Migrationshintergrund“ (Kein Migrationshintergrund= 0; Migrationshintergrund vorhanden= 1) dummy kodiert.

6. Resultate

6.1 Deskriptive Analyse

Mit der deskriptiven Analyse sollen die Daten übersichtlich dargestellt und deren Häufigkeiten, Streuungsmaße und Mittelwerte sichtbar gemacht werden. Die Stichprobe soll möglichst gut

beschrieben werden und auch in Bezug zum Untersuchungsgebiet gesetzt werden.

An der Haustürbefragung haben 49 Männer und 75 Frauen teilgenommen. Das entspricht einem prozentualen Verhältnis von 39,2 Prozent (gültige Prozent 39,5 %) zu 60 Prozent (gültige Prozent 60,5 %). Bei einem Fragebogen wurde das entsprechende Feld nicht ausgefüllt. Allerdings handelt es sich um das gesehene Geschlecht, da die Frage nur vom Interviewer*in beantwortet wurde und die Personen nicht selbst nach ihrem Geschlecht befragt wurden. In der Grundgesamtheit ist die Verteilung folgendermaßen: Am Unteren Richtsberg sind 52,7 Prozent der Bewohner*innen weiblich und 47,3 Prozent männlich. Am Oberen Richtsberg sind 52,2 Prozent der Bewohner*innen weiblich und 47,8 Prozent männlich. (Vgl. Meier/Kaiser 2018, 19ff). Es wird also deutlich, dass die Verteilung in der Stichprobe sich von der Geschlechterverteilung im gesamten Untersuchungsgebiet unterscheidet.



Abbildung 9: Verteilung des Geschlechts

Das Durchschnittsalter der befragten Personen beträgt 45 Jahre. Die jüngste Person, die befragt wurde, ist 16 Jahre und die älteste Person 89 Jahre. Der Median beträgt 46 und der am häufigsten vorkommende Wert (Modus) ist 48. Die Standardabweichung der Variable beträgt 18,299. Die Verteilung ist mit einer Schiefe von 0,376 rechtsschief (linkssteil) und einer Kurtosis von -0,793 abgeflacht.

Die Variable Alter wurde zudem in eine kategoriale Variable überführt und in vier Gruppen klassiert. In der ersten Gruppe sind alle Befragten bis 20 Jahre, in der zweiten 20-40 Jahre, der dritten 40-60 Jahre und in der vierten Gruppe alle die älter als 60 Jahre sind. Eine Vielzahl der Befragten ist zwischen 20 und 60 Jahre alt (71,2 Prozent). Nur 4,8 Prozent der Befragten sind jünger als 20 und 24 Prozent der Befragten sind älter als 60 Jahre.

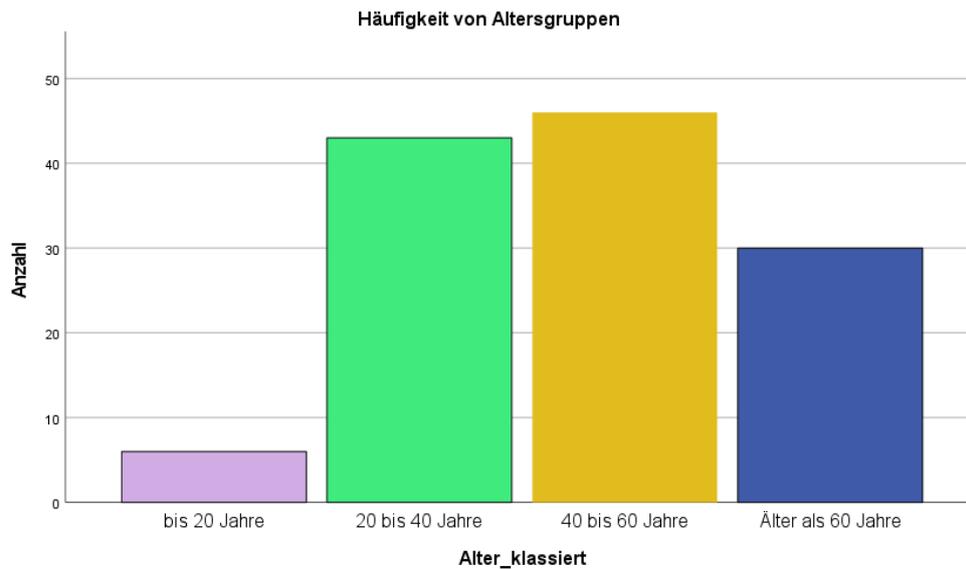


Abbildung 10: Balkendiagramm kategoriales Alter

Im Vergleich dazu, sind im Untersuchungsgebiet am Oberen Richtsberg 52,26 Prozent der Personen zwischen 20-60 Jahren alt. 26,4 Prozent der Personen sind unter 20 Jahre alt. Allerdings hatten auch nur Personen ab 16 Jahren die Chance in die Stichprobe zu kommen. 21,3 Prozent der Bewohner*innen des Oberen Richtsberg sind älter als 60 Jahre. Am Unteren Richtsberg sind 58,1 Prozent der Bewohner*innen zwischen 20 und 60 Jahre alt. (Vgl. Meier/Kaiser 2018, 16ff) Es wird somit deutlich, dass die Altersverteilung in der Stichprobe mit der Verteilung im gesamten Untersuchungsgebiet übereinstimmt.

Die meisten Befragten haben als höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss ein Abitur (29 Prozent). Außerdem haben 28,2 Prozent der Personen einen Volks-/Hauptschulabschluss und 28,2 Prozent eine Mittlere Reife/Realschulabschluss. 8,9 Prozent haben eine Fachhochschulreife/Fachabitur und 3,2 Prozent haben die Schule ohne Abschluss beendet. Zum Zeitpunkt der Befragung waren 2,4 Prozent der Befragten noch Schüler*innen. Es gibt einen fehlenden Wert, wo das Feld nicht ausgefüllt wurde.

Da keine Informationen zu der Verteilung in dem gesamten Untersuchungsgebiet gefunden wurden, kann hier kein Bezug hergestellt werden.

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Noch Schüler	3	2,4	2,4	2,4
	Schule beendet ohne Abschluss	4	3,2	3,2	5,6
	Volks- /Hauptschulabschluss	35	28,0	28,2	33,9
	Mittlere Reife/Realschulabschluss	35	28,0	28,2	62,1
	Fachhochschulreife/Fachabitur	11	8,8	8,9	71,0
	Abitur	36	28,8	29,0	100,0
	Gesamt	124	99,2	100,0	
Fehlend	-1 (Fehlend)	1	,8		
Gesamt		125	100,0		

Abbildung 11: Häufigkeitstabelle Bildungsabschluss

24,8 Prozent der Befragten nannten als höchsten (angestrebten) beruflichen Ausbildungsabschluss den Berufsfachschulabschluss. 20,0 Prozent der Befragten nannten den Hochschulabschluss und 17,6 Prozent haben keinen beruflichen Ausbildungsabschluss. Zudem haben 8,0 Prozent eine abgeschlossene kaufmännische Lehre und 6,4 Prozent der Befragten einen Fachschulabschluss und einen Meister, Techniker oder gleichwertigen Fachschulabschluss. Außerdem sind 6,4 Prozent der Befragten noch Schüler*innen. 5,6 Prozent nannten eine abgeschlossene gewerbliche/landwirtschaftliche Lehre und 3,2 Prozent eine beruflich-betriebliche Anlernzeit.

Die meisten Befragten (24,0 Prozent) sind zum Zeitpunkt der Befragung Vollzeit berufstätig gewesen. 17,6 Prozent waren Teilzeit berufstätig und 17,6 Prozent der Personen waren in Rente. Nicht berufstätig waren 15,2 Prozent der Befragten und noch in Ausbildung 14,4 Prozent. Zudem waren 7,2 Prozent der Personen stundenweise berufstätig und 4,0 Prozent in Beurlaubung.

Von den befragten Personen haben 54,4 Prozent keinen eigenen Migrationshintergrund und 45,6 Prozent haben einen eigenen Migrationshintergrund. Die Personen sind also nicht in Deutschland geboren, sondern in einem anderen Land.

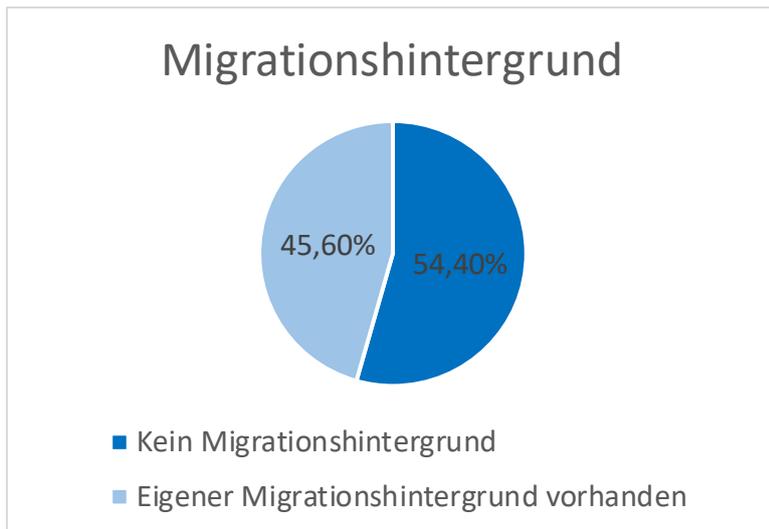


Abbildung 12: Verteilung Migrationshintergrund

Es liegen keine Daten zum Migrationshintergrund der gesamten Bevölkerung am Richtsberg vor. In der gesamten Stadt haben 22,7 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund (vgl. Meier/Kaiser 2018, 21f). Im Stadtteilbericht der Universitätsstadt Marburg wird allerdings angegeben, dass davon auszugehen ist, dass am Richtsberg mehr als die Hälfte der Bewohner*innen einen Migrationshintergrund hat (vgl. ebd.).

Die Lebensqualität in der Nachbarschaft schätzen die meisten Befragten sehr positiv ein. Auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 6 (sehr gut) wählen 52,0 Prozent der Befragten die höchsten zwei Werte (5 und 6) aus. 28,0 Prozent ordnen sich auf der Skala beim Wert 4 ein und 11,2 Prozent wählen eine 3. Nur 8,0 Prozent der Befragte schätzen die Lebensqualität in der Nachbarschaft schlecht oder sehr schlecht ein.

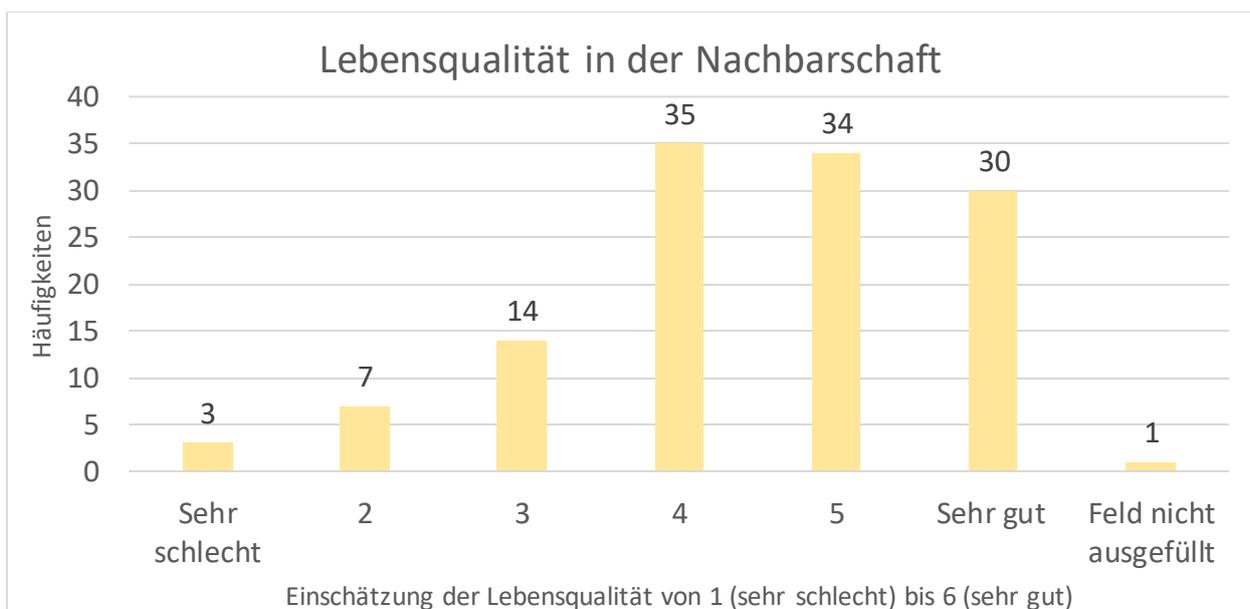


Abbildung 13: Lebensqualität in der Nachbarschaft

Die meisten Befragten (84,8 Prozent) haben keine Diskriminierungserfahrungen gemacht. 15,2 Prozent der Befragten haben in verschiedenen Lebensbereichen Diskriminierung erlebt.

Von den Personen mit eigenem Migrationshintergrund haben 17,5 Prozent Diskriminierungserfahrungen gemacht. 13,2 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund haben ebenfalls Diskriminierungen erlebt. Außerdem sind 57,9 Prozent der Personen, die Diskriminierungserfahrungen gemacht haben männlich und 42,1 Prozent weiblich.

Mit den Aussagen „Alles in allem machen Einwanderer meine Nachbarschaft bunter und vielfältiger“ und „Es gibt zu viele Ausländer in meiner Nachbarschaft“ wurde die Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft gemessen. Die Befragten konnten auswählen, ob sie den Aussagen völlig zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen. Aus den Werten wurde ein Mittelwert berechnet. Ein Wert von 4 entspricht einer sehr positiven Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft und ein Wert von 1 einer sehr negativen Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft. Der Mittelwert beträgt 3,2 und weist somit insgesamt auf eine eher positive Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft hin. 40,8 Prozent der Befragten haben einen Wert von 4, der auf eine sehr positive Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft, hinweist. Nur 1,6 Prozent der Befragten haben den niedrigsten Wert von 1, der einer sehr negativen Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft entspricht.

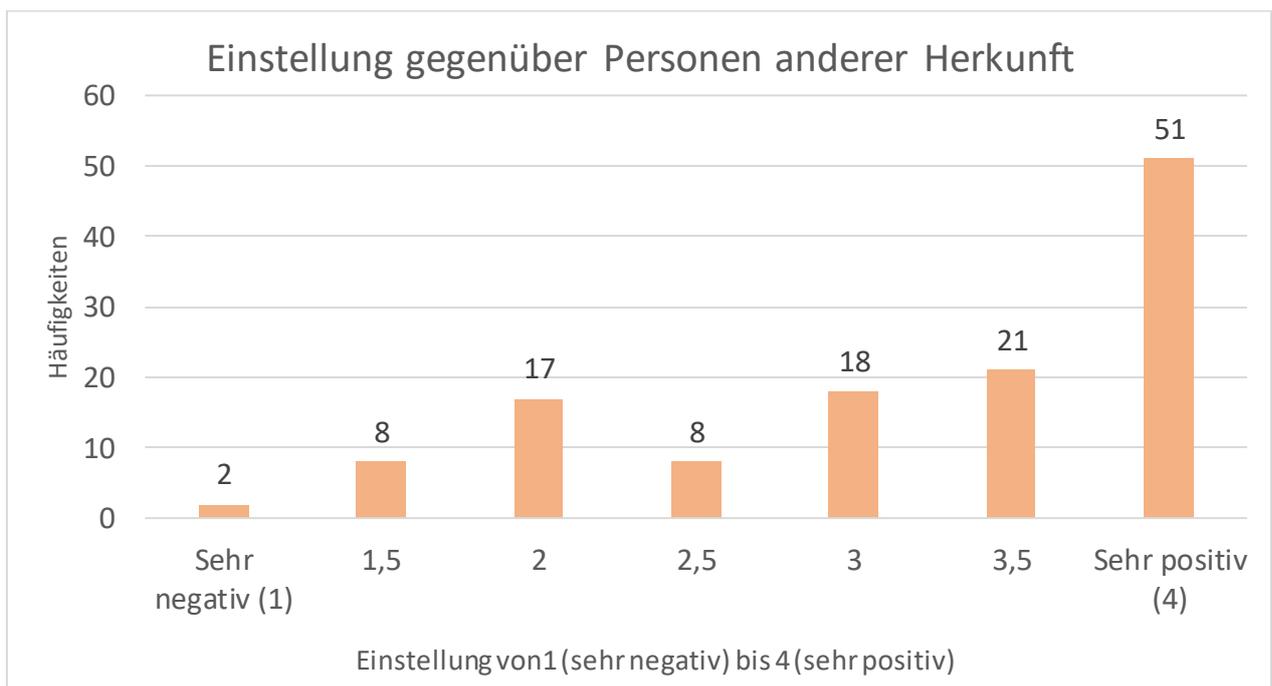


Abbildung 14: Diagramm zu fremdenfeindlichen Einstellungen

Das politische Kompetenzgefühl sollte mit den Aussagen 4,5,6,7 und 8 gemessen werden. Der Wert von genau 4 entspricht einem hohen politischen Kompetenzgefühl und ein Wert von 1 einem niedrigen politischen Kompetenzgefühl. Der Mittelwert beträgt 2,54 und weist auf ein eher mittleres politisches Kompetenzgefühl hin. Sowohl die zwei höchsten Werte 4,0 und 3,8 als auch die zwei niedrigsten Werte von 1,0 und 1,2 werden nur jeweils einmal erzielt. Die zwei Modi sind der Wert 2,25 und der Wert 3,00.

Die Mehrheit der Befragten interessiert sich für Politik. Auf einer Skala von 1 (gar kein Interesse) bis 6 (sehr starkes Interesse) wählen 47,2 Prozent den Wert 5 oder 6. Bei 20,8 Prozent der Befragten spiegelt der Wert von 4 ebenfalls Interesse an Politik wider. 32,0 Prozent der Befragten haben eher wenig bis gar kein Interesse an Politik.

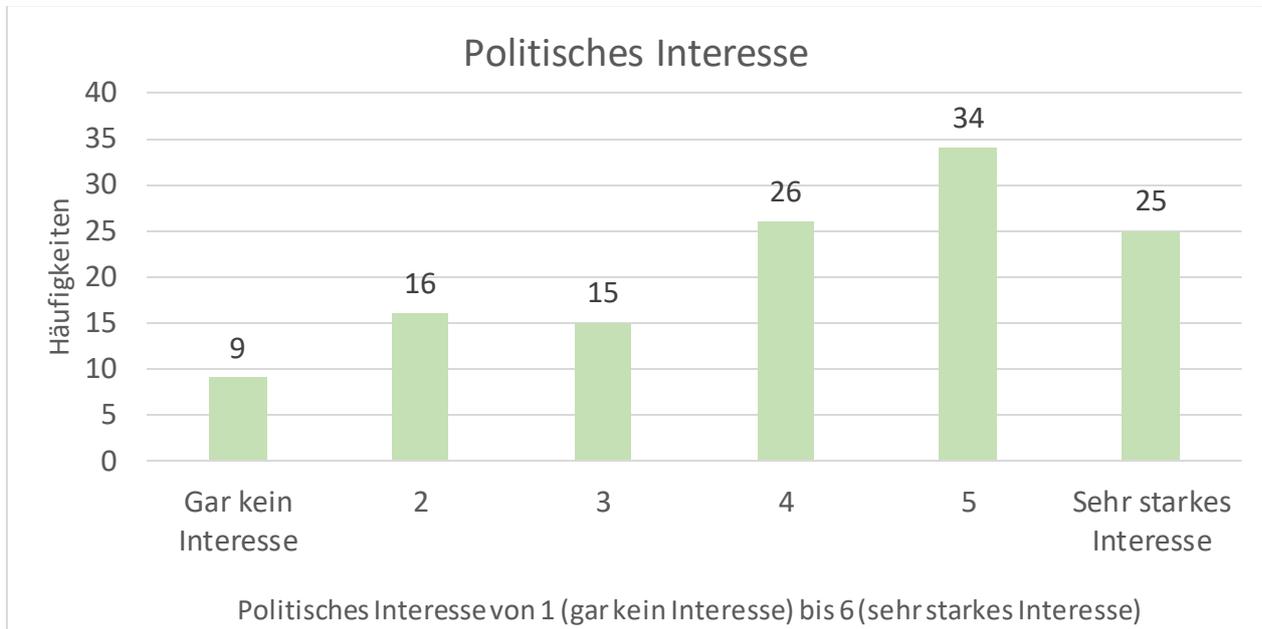


Abbildung 15: Diagramm von politischem Interesse

Die am häufigsten genutzten Partizipationsformen der Befragten war im letztem Jahr die Beteiligung an Wahlen mit (53,6 Prozent), dann die politische Meinungsäußerung (48,0 Prozent) und kritischer Konsum (26,4 Prozent). Zudem haben 15,2 Prozent an Bildungs-/Diskussionsveranstaltungen zu politischen Themen mitgemacht und 14,4 Prozent der Befragten an Demonstrationen teilgenommen. 13,6 Prozent der Personen haben sich an Unterschriftenaktionen beteiligt und 10,4 Prozent bei Online-Protestaktionen mitgemacht (vgl. Schäfer 2010: 137).



Abbildung 16: Politische Partizipation im Jahr 2021

Aus den Variablen zur politischen Partizipation wurde für jede befragte Person eine Gesamtsumme berechnet. Der Mittelwert beträgt 1,95, also haben die Befragten im Durchschnitt 1,95 Partizipationsformen genutzt. Die meisten Befragten (28,0 Prozent) haben sich im letzten Jahr gar nicht politisch beteiligt. 27,2 Prozent haben sich einmal politisch beteiligt. Der höchste Wert ist 9 und wird von einer befragten Person erzielt.

Die Verteilung ist mit einem Wert von 1,064 rechtsschief (linkssteil) und einer Kurtosis von 0,544 schmalgipflig. Die Verteilung zeigt, dass es viele niedrige Werte gibt, aber nur wenig hohe Werte.

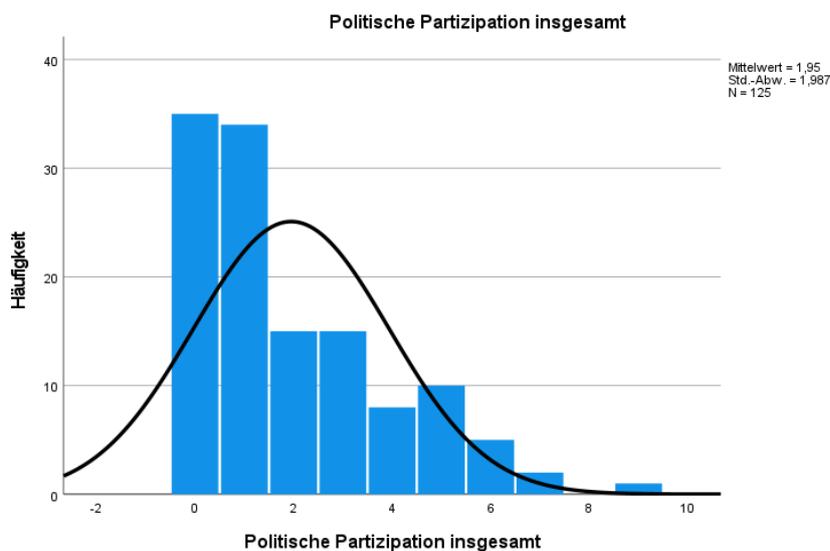


Abbildung 17: Histogramm politische Partizipation insgesamt

Die meisten Befragten (69,6 Prozent) engagieren sich nicht im Stadtteil oder in der Stadt. Nur 30,4 Prozent engagieren sich. Einen Wunsch nach (mehr) Engagement in der Stadt oder im Stadtteil verspüren 31,7 Prozent der Befragten.

6.2 Korrelationen

In dieser Arbeit sollen verschiedene Hypothesen über den Zusammenhang von bestimmten Merkmalen sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation überprüft werden. Zur Prüfung der Hypothesen sollen zunächst Korrelationen zwischen jeweils zwei Merkmalen berechnet werden (bivariate Analyse).

Politisches Kompetenzgefühl, Interesse und Partizipation

Neben der politischen Partizipation wurde auf Basis des CVM in dieser Studie auch das politische Interesse und das politische Kompetenzgefühl erhoben. Beide Faktoren sind stark mit der politischen Partizipation verbunden ($p = ,552^{**}$; $p = ,408^{**}$). Ein hohes politisches Kompetenzgefühl geht demnach auch mit mehr politischer Partizipation einher. Ebenso beteiligen sich Personen, die sich mehr für Politik interessieren auch mehr politisch. Die Zusammenhänge sind statistisch auf dem 0,01 Niveau signifikant. Die Nullhypothese wird verworfen und die Alternativhypothese, dass ein höheres politisches Kompetenzgefühl und politisches Interesse mit mehr politischer Partizipation einhergeht, wird angenommen.

		Korrelationen		
		Politische Partizipation insgesamt	Politisches Kompetenzgefühl (1=niedrig, 4=hoch)	Interesse_Inverse
Politische Partizipation insgesamt	Pearson-Korrelation	1	,552**	,408**
	Sig. (2-seitig)		<,001	<,001
	N	125	125	125
Politisches Kompetenzgefühl (1=niedrig, 4=hoch)	Pearson-Korrelation	,552**	1	,336**
	Sig. (2-seitig)	<,001		<,001
	N	125	125	125
Interesse_Inverse	Pearson-Korrelation	,408**	,336**	1
	Sig. (2-seitig)	<,001	<,001	
	N	125	125	125

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.

Abbildung 18: Politisches Kompetenzgefühl, Interesse und Partizipation

Bildungsstand und politische Partizipation

Um die Hypothese „Ein höherer Bildungsstand geht mit mehr politischer Partizipation einher“ zu überprüfen, wird zunächst eine Korrelationsanalyse durchgeführt. Die Variablen „Höchster allgemeinbildender Schulabschluss“, „Politische Partizipation insgesamt“, „Politisches Kompe-

tenzgefühl“ und politischem Interesse werden für die Berechnung der Korrelationen herangezogen. Der Rangkorrelationskoeffizient Spearman-Rho wird berechnet, da es sich um ordinal und metrisch skalierte Variablen handelt.

Zwischen den Variablen „Höchster allgemeinbildender Schulabschluss“ und „Politische Partizipation insgesamt“ besteht ein mittlerer positiver Zusammenhang ($p = ,401^{**}$). Der Zusammenhang ist auf dem 0,01 Niveau signifikant. Aus diesem Grund kann die Alternativhypothese 1 „Ein höherer Bildungsstand geht mit mehr politischer Partizipation einher“ angenommen werden.

Es wurde ebenfalls eine Korrelation zwischen dem Bildungsstand und dem Politischen Kompetenzgefühl berechnet. Zwischen beiden Variablen besteht ein mittlerer positiver Zusammenhang ($p = ,496^{**}$). Der Zusammenhang ist auch auf dem 0,01 Niveau signifikant. Zwischen dem Bildungsstand und dem Interesse an Politik besteht ein geringer positiver Zusammenhang ($p = ,183^*$), welcher auf dem 0,05 Niveau signifikant ist.

Korrelationen						
			Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Politische Partizipation insgesamt	Politisches Kompetenzgefühl (1=niedrig, 4=hoch)	Interesse_Inverse
Spearman-Rho	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Korrelationskoeffizient	1,000	,401**	,496**	,183*
		Sig. (2-seitig)	.	<,001	<,001	,042
		N	124	124	124	124

Abbildung 19: Bildungsstand und politische Partizipation

Beruf und politische Partizipation

Um die Hypothese 2 „Ein höherer Berufsabschluss geht mit mehr politischer Partizipation einher“ zu überprüfen wurden Korrelationen zwischen den Variablen „Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss“ und „Politische Partizipation insgesamt“, „Politisches Kompetenzgefühl“ und politischem Interesse berechnet.

Zwischen dem Berufsabschluss und der politischen Partizipation besteht ein mittlerer positiver Zusammenhang ($p = ,393^{**}$). Der Zusammenhang ist auf dem 0,01 Niveau signifikant, weshalb die Alternativhypothese angenommen werden kann.

Ein mittlerer positiver Zusammenhang ($p = ,302^{**}$) besteht auch zwischen dem Berufsabschluss und dem politischen Kompetenzgefühl. Dieser Zusammenhang ist ebenfalls auf dem 0,01 Niveau signifikant. Das politische Interesse und der Berufsabschluss korrelieren miteinander. Es handelt sich um einen mittleren positiven Zusammenhang ($p = ,351^{**}$), der ebenfalls auf dem 0,01 Niveau signifikant ist.

Korrelationen						
		Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss		Politische Partizipation insgesamt	Politisches Kompetenzgefühl (1=niedrig, 4=hoch)	Interesse_Investorse
Spearman-Rho	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss	Korrelationskoeffizient	1,000	,393**	,302**	,351**
		Sig. (2-seitig)	.	<,001	<,001	<,001
		N	116	116	116	116

Abbildung 20: Berufsabschluss und politische Partizipation

Bildung, Beruf und (un)konventionelle Partizipation

Wie in dem Forschungsstand erläutert, wurden in vielen Studien Zusammenhänge zwischen dem Bildungsstand, Berufsabschluss und der unkonventionellen Partizipation entdeckt. Viele Autor*innen wiesen darauf hin, dass Bildungsstand und Berufsabschluss einen höheren Einfluss auf unkonventionelle Partizipation als auf konventionelle Partizipation haben (vgl. Schäfer/Schoen 2013: 95; vgl. Bödeker 2012b: 36; vgl. Marien et al. 2010; vgl. Stolle/Hooghe 2009: 26). Beim Vergleich der Korrelationen zeigt sich, dass es sowohl zwischen Bildung/Beruf und unkonventioneller Politischer Partizipation als auch zwischen Bildung/Beruf und konventioneller Politischer Partizipation einen mäßigen positiven Zusammenhang gibt. Die Unterschiede sind bei den Modellen nur geringfügig.

Korrelationen					
		Unkonventionelle Politische Partizipation insgesamt		Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss
Spearman-Rho	Unkonventionelle Politische Partizipation insgesamt	Korrelationskoeffizient	1,000	,368**	,373**
		Sig. (2-seitig)	.	<,001	<,001

Korrelationen					
		Konventionelle Politische Partizipation insgesamt		Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss
Spearman-Rho	Konventionelle Politische Partizipation insgesamt	Korrelationskoeffizient	1,000	,318**	,248**
		Sig. (2-seitig)	.	<,001	,007

Abbildung 21: Bildung, Beruf und Partizipation

Geschlecht und (un)konventionelle Partizipation

Zur Prüfung der Hypothese 3 „Frauen beteiligen sich häufiger an unkonventionellen Partizipationsformen als Männer“ und die Hypothese 4 „Männer beteiligen sich häufiger an konventionellen Partizipationsformen als Frauen“ wurden ebenfalls Korrelationen berechnet. Für die Berechnung wurde eine Korrelationsanalyse nach Pearson durchgeführt. Zwischen den Variablen „gesehenes Geschlecht“ und der Summe an unkonventionellen Partizipationsformen konnte kein statistisch signifikanter Zusammenhang ($p = ,019$) gefunden werden. Aus diesem

Grund muss die Nullhypothese „Frauen beteiligen sich nicht häufiger als Männer an unkonventionellen Partizipationsformen“ angenommen werden. Zudem konnte auch zwischen dem Geschlecht und der konventionellen politischen Partizipation kein statistisch signifikanter Zusammenhang ($p = ,020$) gefunden werden.

Alter und (un)konventionelle Partizipation

Zur Überprüfung, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Alter und der (un)konventionellen Politischen Partizipation gibt, wurden Korrelationen nach Pearson berechnet. Für die Überprüfung der Hypothese 5 „Jüngere Menschen beteiligen sich häufiger an unkonventionellen Partizipationsformen als ältere“ wurde eine Korrelation zwischen dem Alter und der Summe an unkonventionellen Partizipationsformen berechnet. Es konnte kein statistisch signifikanter Zusammenhang ($p = ,081$) gefunden werden. Deshalb muss die Nullhypothese angenommen werden und die Alternativhypothese wird verworfen. Zwischen dem Alter und der Summe an konventionellen Partizipationsformen ($p = ,125$) besteht ein geringer positiver Zusammenhang. Der Zusammenhang ist statistisch nicht signifikant, weshalb die Alternativhypothese verworfen werden muss.

Migrationshintergrund und politische Partizipation

Die 7. Hypothese „In Deutschland geborene Menschen beteiligen sich häufiger politisch als Personen mit einem eigenen Migrationshintergrund“ wird mithilfe einer Korrelation nach Pearson überprüft. Die berechnete Korrelation zwischen der Variable „eigener Migrationshintergrund“ und politischen Partizipation insgesamt zeigt einen mittleren negativen Zusammenhang ($p = -,432^{**}$) auf. Da die Variable Migrationshintergrund dummy kodiert wurde mit 0= Kein Migrationshintergrund und 1= Migrationshintergrund vorhanden, zeigt der negative Zusammenhang, dass ein Migrationshintergrund mit weniger politischer Partizipation einhergeht. Der Zusammenhang ist auf dem 0,01 Niveau statistisch signifikant, weshalb die Alternativhypothese angenommen werden kann. Zwischen der Variablen „eigener Migrationshintergrund“ und dem politischen Kompetenzgefühl wurde auch eine Korrelation berechnet. Hier gibt es ebenfalls einen mittleren negativen Zusammenhang ($p = -,320^{**}$). Ein Migrationshintergrund geht also mit einem niedrigeren politischen Kompetenzgefühl einher. Der Zusammenhang ist auf dem 0,01 statistisch signifikant. Anhand der Berechnung der Korrelation zwischen dem politischen Interesse und dem Migrationshintergrund zeigt sich, dass ein eigener Migrationshintergrund mit einem geringeren Interesse an Politik einhergeht. Der Zusammenhang ist allerdings nur gering ($p = -,132$) und statistisch nicht signifikant.

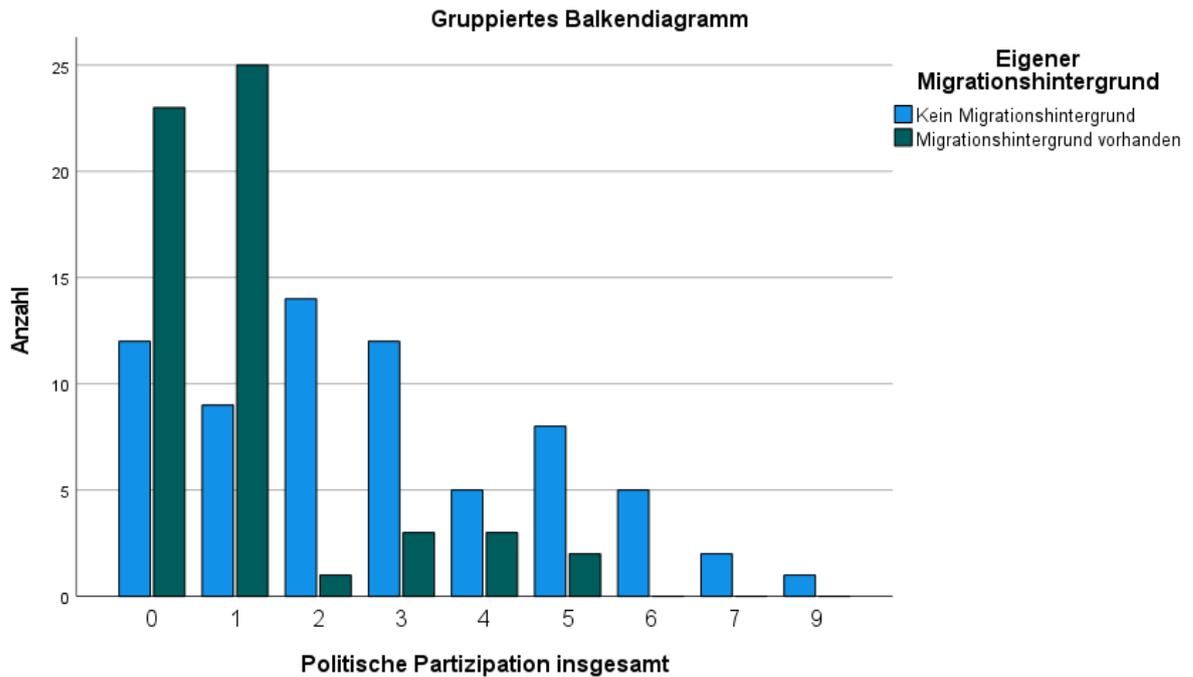


Abbildung 22: Migration und Partizipation

Lebensqualität im Stadtteil und Engagement

Um zu schauen, ob es einen Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Lebensqualität in der Nachbarschaft und dem Engagement im Stadtteil oder in der Stadt gibt, wurde eine weitere Korrelation nach Spearman berechnet. Hier zeigt sich ein geringer positiver Zusammenhang ($p = ,200^*$). Eine bessere Einschätzung der Lebensqualität geht mit mehr Engagement im Stadtteil oder in der Stadt einher. Die Korrelation ist auf dem 0,05 Niveau statistisch signifikant.

Korrelationen

	Lebensqualität in der Nachbarschaft rekodiert	Engagement im Stadtteil oder in der Stadt
Spearman-Rho	Korrelationskoeffizient	1,000
	Sig. (2-seitig)	,200*
	N	124

Abbildung 23: Lebensqualität und Engagement

Fremdenfeindlichkeit und politische Partizipation

Zwischen der Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft und politischen Einstellungen konnten Zusammenhänge gefunden werden. Es gibt einen geringen positiven Zusammenhang ($p = ,189^*$) zwischen der Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft und der politischen Partizipation. Dementsprechend geht eine positive Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft auch mit mehr politischer Partizipation einher. Der Zusammenhang ist auf dem 0,05

Niveau signifikant. Zudem gibt es einen geringen positiven Zusammenhang ($p = ,215^*$) zwischen der Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft und dem politischen Kompetenzgefühl. Der Zusammenhang ist ebenfalls auf dem 0,05 Niveau signifikant.

		Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft	Politische Partizipation insgesamt	Politisches Kompetenzgefühl (1=niedrig, 4=hoch)	Interesse_Inverse
Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft	Pearson-Korrelation	1	,189*	,215*	,083
	Sig. (2-seitig)		,034	,016	,355
	N	125	125	125	125

Abbildung 24: Fremdenfeindlichkeit und Partizipation

6.3 Multiple Regression

Bei der Berechnung der Korrelationen zeigte sich ein positiver Zusammenhang zwischen den Variablen „Bildungsstand“ und „Politische Partizipation“. Außerdem gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen den Variablen „Berufsabschluss“ und „Politische Partizipation“ und „Migrationshintergrund“ und „Politische Partizipation“. Um die Zusammenhänge näher zu untersuchen, soll nun eine multiple Regression berechnet werden. Dadurch kann der Einfluss der drei unabhängigen Variablen auf die politische Partizipation genauer untersucht werden.

6.3.1 Voraussetzungen

Skalenniveau

Für die Berechnung einer multiplen Regression müssen die abhängigen und unabhängigen Variablen metrisch skaliert sein. Die abhängige Variable „Politische Partizipation“ liegt als metrisch skalierte Variable vor. Die unabhängigen Variablen „Bildungsstand“, „Berufsabschluss“ und „Migrationshintergrund“ wurden dummy kodiert. Bei der Variablen „Bildungsabschluss“ ist die Referenzkategorie „Kein Bildungsabschluss“. Die Referenzkategorie bei der Variablen „Berufsabschluss“ bildet der Wert „Kein beruflicher Ausbildungsabschluss“. Die Variable „Migrationshintergrund“ ist folgendermaßen kodiert: 0=Kein Migrationshintergrund; 1=Migrationshintergrund vorhanden.

Multikollinearität

Voraussetzung einer multiplen Regression ist, dass keine Multikollinearität der unabhängigen Variablen vorliegt. Um zu schauen, ob zwei oder mehrere unabhängige Variablen miteinander korrelieren, wurde eine Korrelationsmatrix aller unabhängigen Variablen, die verwendet werden sollen, erstellt. Wenn bei der Korrelationsanalyse nach Pearson ein Wert größer als .7 ist,

dann ist Multikollinearität gegeben und eine Variable müsste aus dem Modell entfernt werden. In der Korrelationsmatrix kommen keine Werte über 7 vor, weshalb die Variablen für die multiple Regression verwendet werden können. Außerdem konnten keine Werte der Toleranz unter 0,1 und kein Varianzinflationsfaktor (VIF) über 10 gefunden werden, sodass mit großer Sicherheit keine Multikollinearität zwischen den Prädiktoren vorliegt.

Unabhängigkeit der Residuen

Die Durbin-Watson-Statistik hatte einen Wert von 1.738, wonach keine Autokorrelation in den Residuen vorlag.

Homoskedastizität

Eine weitere Voraussetzung für multiple Regressionen ist, dass die Varianzen verschiedener Gruppen gleich sind. In diesem Modell ist Homoskedastizität gegeben, da die Varianzen gleichmäßig über die horizontale Achse verteilt sind.

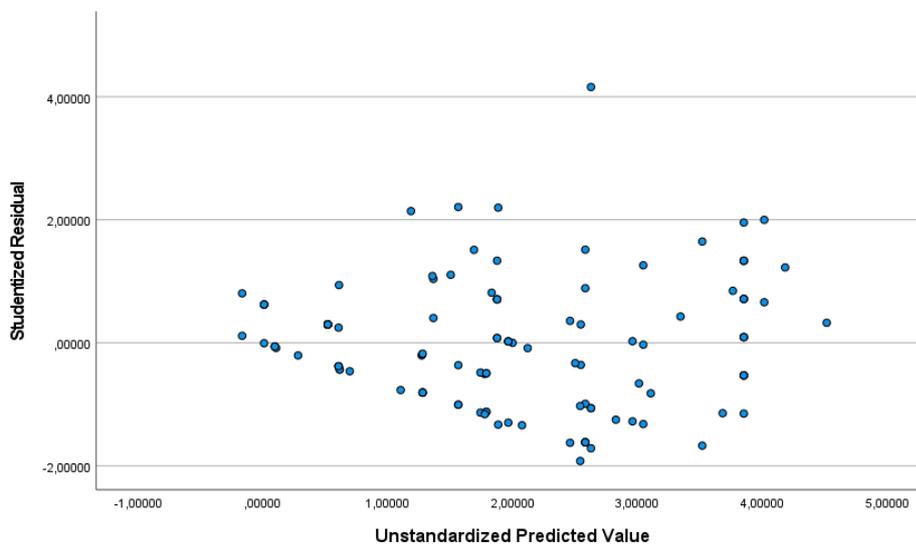


Abbildung 25: Homoskedastizität der Varianzen

Normalverteilung der Residuen

Für eine multiple Regression sollen die Residuen normalverteilt sein. Das Histogramm der standardisierten Residuen zeigt, dass die meisten Werte in der Normalverteilungskurve liegen. Zudem liegt der Mittelwert etwa bei 0 und die Standardabweichung etwa bei 1. Aus diesem Grund kann von normalverteilten Residuen ausgegangen werden.

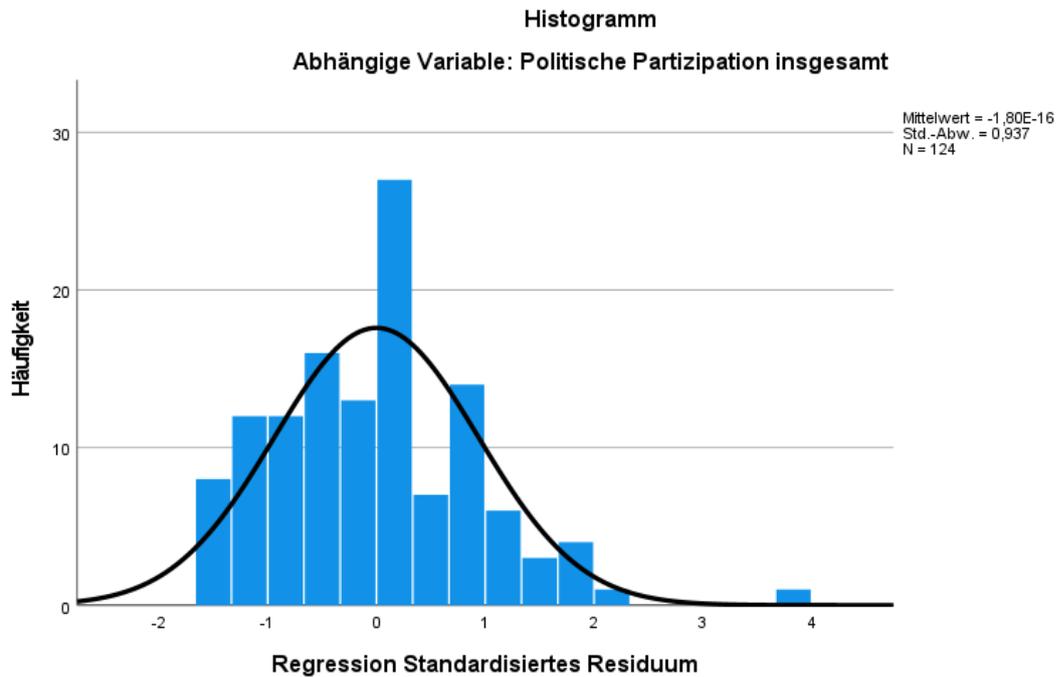


Abbildung 26: Normalverteilung der Residuen

6.3.2 Durchführung multiple Regression

Die multiple Regression wurde in Blöcken durchgeführt. Dadurch kann in jedem Modell erkannt werden, welcher zusätzliche Varianzteil (Änderung im R^2) durch den neuen Prädiktor hinzukommt. Zunächst wird nur die unabhängige Variable „Migrationshintergrund“ mit aufgenommen (Modell 1). In dem Modell nimmt der Korrelationskoeffizient R den Wert $R = ,427$ ein, der eine mäßige Korrelation zwischen den vorhergesagten und den tatsächlichen Werten widerspiegelt. Mit einem R^2 von 0,183 (korrigiertes $R^2 = ,176$) hat das Modell eine mittlere Varianzaufklärung. Im nächsten Block wird die unabhängige Variable „Höchster allgemeinbildender Schulabschluss“ in das Modell mit aufgenommen. Der Korrelationskoeffizient R steigt mit diesem Modell auf $R = ,582$ an (starke Korrelation). Das R^2 nimmt nun den Wert 0,338 (korrigiertes $R^2 = ,304$) sodass nun eine starke Varianzaufklärung ermöglicht wird. Die Änderung im R^2 , durch die Hinzunahme der Variable „Höchster allgemeinbildender Schulabschluss“ beträgt 0,156.

Multiple Regression in Blöcken (blockweise Regression)	Nicht-Standardisierte Regressionskoeffizienten		
	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Abhängige Variable: Politische Partizipation insgesamt			
Einfluss des Migrationshintergrunds			
Kein Migrationshintergrund	Ref	Ref	Ref
Migrationshintergrund vorhanden	-1,700**	-1,477**	-1.269**

Einfluss des allgemeinbildenden Schulabschlusses			
<i>Kein Bildungsabschluss</i>		<i>Ref</i>	<i>Ref</i>
Noch Schüler*in		,502	,509
Volks/Hochschulabschluss		,457	,176
Mittlere Reife		,777	,262
Fachhochschulreife		1,869*	1,398
Abitur		2,255*	1,731*
Einfluss des beruflichen Ausbildungsabschlusses			
<i>Kein beruflicher Ausbildungsabschluss</i>			<i>Ref</i>
Noch Schüler*in			,272
Beruflich-betriebliche Anlernzeit			1,176
Abgeschlossene gewerbliche/landwirtschaftliche Lehre			,600
Abgeschlossene kaufmännische Lehre			1,681*
Berufsfachschulabschluss			,510
Fachschulabschluss			1,181
Meister/Techniker oder gleichwertiger Fachschulabschluss			1,262
Fachhochschulabschluss			-,834
Hochschulabschluss			1,017
R	,427	,582	,630
R ²	,183	,338	,397
Korrigiertes R ²	,176	,304	,313
Änderung in R ²	,183	,156	,059

Tabelle 5: Multiple Regression (eigene Darstellung)

Für das Modell 3 wird auch die unabhängige Variable „Beruflicher Ausbildungsabschluss“ mit aufgenommen. Der Korrelationskoeffizient $R = ,630$ im Modell 3 zeigt, dass es eine starke Korrelation zwischen den vorhergesagten und den tatsächlichen Werten gibt.

Zudem hat das Modell mit einem R^2 von ,397 (korrigiertes $R^2 = ,313$) nach Cohen (1988) eine hohe Varianzaufklärung. Durch die Hinzunahme der Variable Berufsabschluss steigt das R^2 um 0,059 an. Die Prädiktoren Bildungsstand, Berufsabschluss und Migrationshintergrund sagen statistisch signifikant das Kriterium politische Partizipation voraus ($p < 0,001$).

Mit Blick auf die einzelnen Koeffizienten zeigt sich, dass der Prädiktor „Eigener Migrationshintergrund“ signifikant ist ($p < 0,001$). Das weist daraufhin, dass ein eigener Migrationshintergrund einen Einfluss auf die politische Partizipation hat und sich somit für die Vorhersage eignet. Die Summe der genutzten politischen Partizipationsformen sinkt bei Personen mit einem Migrationshintergrund um 1,269 (Modell 3). Bei dem Prädiktor „Bildungsabschluss“ ist nur die dummy Variable „Abitur“ ($p < 0,05$) statistisch signifikant. Mit dem Bildungsabschluss „Abitur“ steigt somit die Summe der genutzten politischen Partizipationsformen um 1,731 an. Die Variable „Abgeschlossene kaufmännische Lehre“ beim Berufsabschluss ist ebenfalls statistisch signifikant ($p < 0,05$). Ansonsten sind alle Koeffizienten nicht signifikant, obwohl das gesamte

Modell signifikant ist.

		ANOVA ^a				
Modell		Quadratsumme	df	Mittel der Quadrate	F	Sig.
1	Regression	88,707	1	88,707	27,249	<,001 ^b
	Nicht standardisierte Residuen	397,164	122	3,255		
	Gesamt	485,871	123			
2	Regression	164,359	6	27,393	9,968	<,001 ^c
	Nicht standardisierte Residuen	321,512	117	2,748		
	Gesamt	485,871	123			
3	Regression	192,807	15	12,854	4,737	<,001 ^d
	Nicht standardisierte Residuen	293,064	108	2,714		
	Gesamt	485,871	123			

Abbildung 27: ANOVA der multiplen Regression

7. Diskussion

Die statistische Analyse der Daten zeigt viele Übereinstimmungen mit bestehenden Theorien zum Zusammenhang von verschiedenen Dimensionen sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie werden nun mit Rückblick auf den bisherigen Forschungsstand diskutiert.

Das höher gebildete Menschen häufiger politisch partizipieren wurde in vielen Studien belegt (vgl. Verba/Nie 1972, vgl. Stolle/Hooghe 2009, Schäfer 2010, vgl. Bödeker 2012a). In dieser Studie zeigt sich ebenfalls, dass Personen am Richtsberg, die einen höheren Bildungsstand haben auch mehr Formen politischer Partizipation nutzen bzw. überhaupt politisch partizipieren. Sowohl in der bivariaten Korrelation wird ein mäßiger positiver Zusammenhang deutlich als auch in der Regressionsanalyse (Hypothese 1).

Ähnliche Übereinstimmungen mit den bisherigen Forschungen, zeigen sich in Bezug auf den Zusammenhang vom Berufsabschluss und politischer Partizipation. Nach den vorgestellten Studien gibt es einen Zusammenhang zwischen Einkommen und politischer Partizipation (vgl. Verba/Nie 1972, vgl. Stolle/Hooghe 2009; Schäfer 2010, vgl. Bödeker 2012a). In dieser Studie wurde statt dem Einkommen die Variable „Höchster Berufsabschluss“ verwendet, welche allerdings stark mit dem Einkommen verknüpft ist. Bei der Datenauswertung zeigt sich, dass es auch einen mäßigen positiven Zusammenhang zwischen dem Berufsabschluss und der politischen Partizipation gibt. Ein höherer Berufsabschluss der Personen am Richtsberg geht auch mit mehr politischer Partizipation einher (Hypothese 2). Hier ist anzumerken, dass es auch einen starken positiven Zusammenhang zwischen dem Bildungsabschluss und Berufsabschluss gibt. Ein höherer Bildungsabschluss folgt somit auch häufig ein höherer Berufsabschluss. Im Regressionsmodell zeigt sich aus diesem Grund, dass die Erklärungskraft bei Hinzunahme der Variable „Höchster Berufsabschluss“ nur geringfügig ansteigt (Änderung im $R^2 = ,059$).

Die nächste Hypothese „In Deutschland geborene Menschen am Richtsberg beteiligen sich häufiger politisch, als Personen, die in einem anderen Land geboren wurden“ sollte in dieser Arbeit ebenfalls überprüft werden. Bei der Korrelationsanalyse zeigt sich, dass es einen mäßigen negativen Zusammenhang gibt. Demnach geht ein eigener Migrationshintergrund mit weniger politischer Partizipation einher. In der Regressionsanalyse wird deutlich, dass die Summe der genutzten politischen Partizipationsformen bei Personen mit einem Migrationshintergrund um 1,269 sinkt (Modell 3). Die Ergebnisse stimmen mit der Studie von Müssig und Worbs (2012) überein. Müssig und Worbs (2012) untersuchten in ihrer Studie allerdings auch die Bedeutung des Herkunftslandes für die politische Partizipation. Sie fanden heraus, dass Personen, die aus einem Land mit ähnlichen politischen Strukturen stammten, häufiger partizipierten als Personen, die aus einem Land mit ganz anderen Strukturen kamen (vgl. Müssig/Worbs 2012: 20). Zudem betonen Müssig und Worbs, dass sich formale Bildung und die Einbindung in soziale Netzwerke positiv auf die politische Partizipation auswirkt (vgl. ebd.: 42). In einer weiteren Studie am Richtsberg könnte untersucht werden, welchen Einfluss das Herkunftsland auf die politische Partizipation hat. Außerdem könnte auch die Einbindung in soziale Netzwerke mit einbezogen werden. Insbesondere für den Stadtteil Richtsberg ist diese Erkenntnis von großer Bedeutung, da am Richtsberg viele Menschen mit Migrationshintergrund leben. Wie die Studie zeigt, partizipieren Menschen mit einem Migrationshintergrund allerdings weniger in der Politik. Dadurch entsteht der Handlungsbedarf, insbesondere die Menschen mit Migrationshintergrund am Richtsberg stärker politisch mit einzubeziehen. Klatt und Walter (2011) betonen in dem Zusammenhang die Bedeutung niedrigschwelliger Partizipationsangebote durch direkte und persönliche Ansprache in sozial schwächeren Stadtteilen (vgl. Klatt/Walter 2011: 202f.). Das Zitat „Als Ausländer fühle ich mich nicht genug an Politik beteiligt, bin aber sehr interessiert“ (siehe Anhang 3) einer befragten Person unterstreicht diese Problematik.

In einigen Studien (vgl. Stolle/Hooghe 2009; Marien et al. 2010; Barnes/Kaase 1979) wurden Unterschiede im Partizipationsverhalten nach Alter und Geschlecht entdeckt. Nach den Autor*innen beteiligen sich ältere Menschen und Männer häufiger an konventionellen Partizipationsformen und jüngere Menschen und Frauen häufiger an unkonventionellen Partizipationsformen. In dieser Studie konnten hier allerdings keine Zusammenhänge gefunden werden (Hypothese 3,4,5,6). Allerdings betonen mehrere Befragte, dass sie sich aufgrund des Alters weniger politisch beteiligen: „Ich bin zu alt, um mich noch für Politik zu engagieren“ (Siehe Anhang 3). In einer weiteren Forschung könnte der Frage nach dem Zusammenhang von Alter, Geschlecht und Formen politischer Partizipation erneut nachgegangen werden. Die deskriptive Analyse zeigt, dass insgesamt wenig unkonventionelle Partizipationsformen genutzt werden. Die am meist genutzte unkonventionelle Partizipationsform sind Bildung/Diskussionsveran-

staltungen, die von 15 Prozent der Befragten genutzt wurde. Die am häufigsten genutzte Partizipationsform ist die Beteiligung an Wahlen (53,6%). Die Ergebnisse stimmen mit bestehenden Theorien zusammen, wonach die unkonventionellen Partizipationsformen zwar bekannter werden, aber die Wahlbeteiligung immer noch die, am häufigsten genutzte Form, darstellt (vgl. Schäfer 2010: 137).

Klatt und Walter (2011) fanden in ihrer qualitativen Studie heraus, dass der Wohn- und Lebensmittelpunkt der Menschen eine hohe Bedeutung für das (politische) Engagement hat. Gründe für wenig Engagement der unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen sehen sie in einer geringen Einbindung in soziale Netzwerke, wenig Identifikation mit dem Stadtteil und einer geringen Anbindung an den Arbeitsmarkt (vgl. Klatt/Walter 2011: 68). Die Politik wird für Personen in Problemquartieren als etwas Elitäres angesehen, worauf man persönlich keinen Einfluss haben kann (vgl. ebd.: 203). Ähnliche Erkenntnisse lassen sich aus dieser Studie entnehmen. 55,2 Prozent der befragten Personen am Richtsberg stimmen der Aussage „Die Politiker in Deutschland reden nur und lösen die Probleme nicht“ zu oder eher zu. Ähnliche Werte zeigen sich bei der Aussage „Die Politiker in Marburg reden nur und lösen die Probleme nicht“.

Die Politiker in Deutschland reden nur und lösen die Probleme nicht		
Grad der Zustimmung	Häufigkeit	Prozent
Stimme völlig zu	38	30,4 %
Stimme eher zu	31	24,8 %
Stimme eher nicht zu	36	28,8 %
Stimme gar nicht zu	10	8 %
Fehlend	10	8 %

Abbildung 28: Aussage zu politischem Kompetenzgefühl

Darüber hinaus hat die Hälfte der Personen, die am Richtsberg leben das Gefühl, dass die Politik so kompliziert ist, dass sie gar nicht verstehen was vorgeht.

Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht		
Grad der Zustimmung	Häufigkeit	Prozent
Stimme völlig zu	38	30,4 %
Stimme eher zu	25	20 %
Stimme eher nicht zu	31	24,8 %
Stimme gar nicht zu	30	24 %
Fehlend	1	0,8 %

Abbildung 29: Aussage zu politischem Kompetenzgefühl

Des Weiteren zeigt sich, dass sich nur 53,6 Prozent der Befragten im letzten Jahr an Wahlen beteiligt haben (2021 fand die Kommunalwahl und Bundestagswahl statt). Die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl in der gesamten Bevölkerung lag im Jahr 2021 bei 76,6 Prozent. Hier zeigt sich eine große Diskrepanz. Darüber hinaus haben sich die meisten Befragten (28%) im

letzten Jahr gar nicht politisch beteiligt. In Hinblick auf diese Ergebnisse lässt sich vermuten, dass der Stadtteil wenig politisch integriert ist, obwohl viele soziale Projekte initiiert wurden, um das gesellschaftliche Leben zu verbessern (siehe Kapitel 5.2).

Mit Blick auf die Einschätzung der Lebensqualität in der Nachbarschaft wird deutlich, dass die Personen am Richtsberg mit der Lebensqualität zum größten Teil sehr zufrieden sind. In der statistischen Analyse wurde in dem Kontext ein geringer signifikanter Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Lebensqualität und dem Engagement im Stadtteil gefunden. Somit geht eine positivere Einschätzung der Lebensqualität auch mit mehr Engagement einher. In Bezug auf politische Partizipation wurden diese Zusammenhänge allerdings nicht gefunden.

Zuletzt wurde in der Studie auch ein Zusammenhang zwischen fremdenfeindlichen Einstellungen und politischer Partizipation gefunden. Demnach haben Personen, die Menschen anderer Herkunft gegenüber positiver eingestellt sind, auch ein höheres politisches Kompetenzgefühl und beteiligen sich häufiger politisch. Menschen, die Menschen anderer Herkunft im Stadtteil gegenüber eher negativ eingestellt sind, beteiligen sich auch weniger politisch und haben ein geringeres politisches Kompetenzgefühl. Zu diesem Thema konnten keine weiteren Forschungsarbeiten gefunden werden.

In der Studie wurde neben der politischen Partizipation im vergangenen Jahr auch das politische Kompetenzgefühl und das politische Interesse erhoben. Alle drei Faktoren hängen stark miteinander zusammen. Ein höheres politisches Kompetenzgefühl und politisches Interesse geht auch mit mehr politischer Partizipation einher. Die politische Partizipation kann somit gesteigert werden, wenn das politische Kompetenzgefühl und Interesse steigt (Hypothese 8). Die Ergebnisse stimmen mit dem CVM von Verba et al. (1995) überein, wonach die Faktoren politische Interesse und political efficacy einen hohen Einfluss auf die politische Partizipation haben. In weiteren Forschungsarbeiten könnte der Frage nachgegangen werden, wie das politische Kompetenzgefühl und Interesse erhöht werden könnte.

Limitationen der Studie

Im Rahmen der Forschung sind einige Limitationen aufgetreten, die bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden müssen. Mit Rückblick auf die Methodik der Studie lässt sich zunächst anmerken, dass die Stichprobe mit (n= 125) relativ klein war. Zudem kam es zu systematischen Ausfällen bei der Durchführung der Befragung, weshalb die Studie nur eingeschränkt repräsentativ ist. Insbesondere das Auftreten zu großer Sprachbarrieren hat zu systematischen Ausfällen geführt. In dieser Studie wurden nur Personen befragt, die ausreichend Deutsch sprechen konnten. Es wurden dennoch viele Personen mit Migrationshintergrund befragt, sodass auch Aussagen über den Zusammenhang von Migrationshintergrund und politischer Partizipation gemacht werden konnten. Gleichwohl ist hier anzumerken, dass Personen

mit Migrationshintergrund, die nicht ausreichend Deutschkenntnisse hatten, um an der Befragung teilzunehmen, vermutlich auch noch weniger politisch partizipieren. Da am Richtsberg besonders viele Personen mit Migrationshintergrund wohnen, sollte bei zukünftigen Studien in diesem Untersuchungsgebiet, Lösungen gefunden werden, um dieser Problematik entgegenzuwirken. Des Weiteren gab es Ausfälle, da einige Personen an der Studie nicht teilgenommen haben, weil sie keine Lust hatten über Politik zu reden. In dieser Studie wurden die Ausfallgründe nicht mit analysiert, was allerdings von Bedeutung sein könnte. Des Weiteren liefert diese Studie interessante Ergebnisse über den Zusammenhang von ausgewählten Aspekten sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation am Richtsberg. In weiteren Studien könnten die Gründe für die geringe Partizipation ein Erkenntnisinteresse darstellen. Zudem wurden in dieser Studie einzelne Variablen, die auch einen Einfluss auf die politische Partizipation haben könnten, nicht erhoben. Hier ist beispielsweise der Zeitfaktor, die Einbindung in soziale Netzwerke und die Parteiidentifikation zu nennen (vgl. Verba et al. 1995: 269ff.). Der Zeitfaktor wurde als zusätzlicher Kommentar von manchen Befragten angesprochen: „Arbeite viel und habe keine Zeit für Politik, interessiere mich aber an sich sehr“ (siehe Anhang 3). In zukünftigen Forschungen könnten diese Variablen mit aufgegriffen werden, um zu untersuchen, wie und ob sie sich auf die politische Partizipation auswirken. Des Weiteren wurde wenig auf die Unterschiede zwischen unkonventioneller Partizipation und konventioneller Partizipation eingegangen, da keine signifikanten Ergebnisse entdeckt wurden. In zukünftigen Studien könnte das spezifischer untersucht werden.

Die Bedeutung des Wohnorts für die politische Partizipation konnte in dieser Studie nicht ausreichend aufgearbeitet werden. Es wurde ein Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Lebensqualität in der Nachbarschaft und dem Engagement gefunden, aber es bleibt offen, wie und ob der Wohnort und die politische Partizipation zusammenhängen. In weiteren Arbeiten zu dem Thema, könnte der Frage nachgegangen werden, was für niedrigschwellige Partizipationsangebote in sozial schwächeren Stadtteilen aufgebaut werden könnten, um die Bewohner*innen mehr zu beteiligen. Darüber hinaus ergibt sich ein weiterer Forschungsbedarf, wie im Stadtteil Richtsberg Sprachbarrieren, die der politischen Beteiligung im Weg stehen, abgebaut werden können. Eine befragte Person weist in dem Kontext auf fehlende Sprachangebote hin: „Es fehlen zugängliche Sprachangebote für Ältere. Mir begegnen viele die kein Deutsch können, obwohl sie schon lange hier leben.“ (siehe Anhang 3).

8. Fazit und Schlussbetrachtung

In der Studie sollte untersucht werden, welchen Zusammenhang es zwischen verschiedenen Dimensionen sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation am Beispiel des Marburger Stadtteils Richtsberg gibt.

Als grundlegende theoretische Basis dienten insbesondere die Forschungsarbeiten von Barnes/Kaase (1979), Stolle/Hooghe (2009), Schäfer (2010), Marien et al. (2010), Klatt/Walter (2011) Bödeker (2012a/b), Müssig/Worbs (2012) und Schäfer/Schoen (2013). In den Forschungsarbeiten wurden Zusammenhänge von politischer Partizipation und verschiedenen Merkmalen sozialer Ungleichheit festgestellt. Das ein hoher Bildungsstand, Berufsabschluss und ein höheres Einkommen, politische Partizipation begünstigen, ist eine Erkenntnis der meisten Autor*innen (vgl. Barnes/Kaase 1979, Schäfer 2010, Schäfer/Schoen 2013, Bödeker 2012a/b). Des Weiteren wurden die Erklärungsmodelle zur politischen Partizipation von Verba/Nie (1972) und Verba et al. (1995) für die Bildung der Hypothesen herangezogen. Die Erklärungsmodelle (CVM und sozioökonomische Standardmodell) stellen die Einflussfaktoren auf die politische Partizipation dar. Das erste Modell von Verba/Nie (1972) erklärt politische Partizipation insbesondere durch den sozioökonomischen Status. In dem weiterentwickelten Modell von Verba et al. (1995) werden Ressourcen, Motive und Netzwerke für die Erklärung herangezogen.

In dieser Arbeit konnten wichtige Erkenntnisse über den Zusammenhang von verschiedenen Dimensionen sozialer Ungleichheit und politische Partizipation am Marburger Stadtteil Richtsberg gewonnen werden. Zum einen wurden in der statistischen Analyse starke positive Zusammenhänge zwischen Bildungsstand und politischer Partizipation am Richtsberg gefunden. Zum anderen wurde festgestellt, dass ein höherer Berufsabschluss mit mehr politischer Partizipation einhergeht. Des Weiteren zeigen die Ergebnisse, dass sich Menschen mit einem eigenen Migrationshintergrund am Richtsberg weniger politisch beteiligen. Hierzu gibt es bislang noch wenig Forschung, sodass diese Studie weitere Fragen aufwirft. Zum Beispiel die Frage, inwieweit sich das Herkunftsland der immigrierten Personen auf die politische Partizipation auswirkt.

Eine neue Erkenntnis zeigt sich auch in Bezug auf die Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft. In der vorliegenden Studie wurde ein Zusammenhang zwischen den Einstellungen gegenüber Personen anderer Herkunft und der politischen Partizipation gefunden. Wenn Personen Menschen anderer Herkunft gegenüber eher negativ eingestellt sind, partizipieren sie weniger politisch und haben ein niedrigeres politisches Kompetenzgefühl. Da die Variable nicht in die multiple Regressionsanalyse aufgenommen wurde, kann nicht ausgeschlossen werden, dass es einen unabhängigen Effekt gibt. In künftigen Studien könnte das überprüft werden. Außerdem zeigt sich in der Studie, dass eine positivere Einschätzung der Lebensqualität im Stadtteil mit freiwilligem Engagement einhergeht. Dieser Erkenntnis sollte ebenfalls in weiteren Studien nachgegangen werden. Neben der politischen Partizipation wurde in der Studie auch das politische Kompetenzgefühl und das politische Interesse erhoben. Beide Faktoren hängen nach dem CVM und den Ergebnissen der statistischen Analyse stark mit der

politischen Partizipation zusammen. Diese Faktoren könnten demnach auch eine Rolle spielen, um die politische Partizipation der Menschen im Stadtteil zu erhöhen.

Mit einer multiplen Regressionsanalyse wurde festgestellt, dass politische Partizipation zum großen Teil durch die Variablen Migrationshintergrund, Bildungsstand und Berufsabschluss erklärt werden kann. Durch die Variablen können rund 40 Prozent der Varianz der Variable politische Partizipation erklärt werden. In zukünftigen Forschungen kann der Einfluss weiterer Variablen untersucht werden (z.B. Parteiidentifikation, Zeit, Einbindung in soziale Netzwerke). Hierfür wäre eine größere Stichprobe von Nöten.

Aus den vorgestellten Ergebnissen lassen sich konkrete sozialpolitische Handlungsbedarfe ableiten, um der ungleichen politischen Partizipation entgegenzuwirken. Durch ungleiche politische Partizipation, wird das Ideal politischer Gleichheit, wonach Interessen der gesamten Bevölkerung berücksichtigt werden sollen, verhindert (vgl. Bödeker 2012b: 6). Insbesondere die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund müsste verbessert werden. In Deutschland leben immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund, weshalb die Legitimität der Demokratie gefährdet ist, wenn diese nicht politisch partizipieren (vgl. Jacobsen 2022). Hierfür muss erarbeitet werden, welche Voraussetzungen notwendig sind, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund mehr beteiligen. Am Richtsberg hat sich gezeigt, dass insbesondere Sprachbarrieren in dem Kontext eine große Rolle spielen. Allerdings haben auch Bildungsstand und Berufsabschluss einen Einfluss auf die politische Partizipation. Um die politische Partizipation zu erhöhen und das politische Kompetenzgefühl und Interesse zu steigern, könnten Förderungen der politischen Bildung eine Maßnahme sein. Zudem könnten niedrigschwellige Partizipationsangebote in sozial schwächeren Stadtteilen ermöglicht werden. Klatt und Walter (2011) betonen in dem Zusammenhang die Relevanz einer persönlichen und direkten Ansprache.

Abschließend lässt sich sagen, dass durch diese Forschungsarbeit wichtige Erkenntnisse zum Zusammenhang von politischer Partizipation und sozialer Ungleichheit gewonnen werden konnten. Es sind allerdings auch offene Fragen entstanden, denen in zukünftigen Arbeiten zum Thema nachgegangen werden sollte.

9. Literaturverzeichnis

Barnes, Samuel H.; Kaase, Max (Hg.) (1979): Political Action. Mass Participation in five western democracies. Beverly Hills, California: Sage.

Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (1997) (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch. Opladen: Leske + Budrich.

Bätge, Frank; Effing, Klaus; Möltgen-Sicking, Katrin; Winter, Thorben (Hg.) (2022): Politische Partizipation. Wiesbaden: Springer VS (Kommunale Politik und Verwaltung).

Bätge, Frank; Effing, Klaus; Möltgen-Sicking, Katrin; Winter, Thorben (2022): Politische Partizipation (Einführung, Begriffserklärung, Einordnung). In: Frank Bätge, Klaus Effing, Katrin Möltgen-Sicking und Thorben Winter (Hg.): Politische Partizipation. Wiesbaden: Springer VS (Kommunale Politik und Verwaltung), S. 3–29.

Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hg.) (2019): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 2nd ed. Wiesbaden: Springer VS.

Bödeker, Sebastian (2012a): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.

Bödeker, Sebastian (2012b): WZBrief Zivil-Engagement. Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Bürgerrat (2019): Umfrage zur Demokratieentwicklung. Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie und Lobbyismus.

Diehl, Elke (Hg.) (2017): Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Hoecker, Beate (Hg.) (2006): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Hoecker, Beate (2006): Politische Partizipation: systematische Einführung. In: Beate Hoecker (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 3–21.

Jacobsen, Lenz (2022): Wahlbeteiligung in NRW. Stellt Wahlurnen in die Fußgängerzonen. In: *ZEIT*, 17.05.2022. Online verfügbar unter https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-05/wahlbeteiligung-nordrhein-westfalen-landtagswahl-demokratie-legitimitaet?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, zuletzt geprüft am 17.05.2022.

Jakobs, Simon: Die Neumitgliederwerbung von SPD und CDU im Vergleich. Strategielose Mitgliederpartei oder überfordertes Ehrenamt?: Verlag Barbara Budrich.

Kaase, Max (1997): Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch. Opladen: Leske + Budrich, S. 159–174.

Klatt, Johanna; Walter, Franz (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: transcript Verlag (3).

Marien, Sofie; Hooghe, Marc; Quintelier, Ellen (2010): Inequalities in Non-institutionalised Forms of Political Participation: A Multi-level Analysis of 25 countries. In: *Political Studies* (VOL 58), S. 187–213.

Meier, Monique; Kaiser, Jürgen (2018): Bericht zur Stadtteilentwicklung am Richtsberg. Sozialplanung der Universitätsstadt Marburg: Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen. Online verfügbar unter <https://www.marburg.de/Sozialplanung>.

Müssig, Stephanie; Worbs, Susanne (2012): Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Integrationsreport, T.10.

Schäfer, Armin; Schoen, Harald (2013): Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. In: *Leviathan* 41 (1), S. 94–120.

Schlenzka, Nathalie (2017): Diskriminierung als Teilhabebehinderung. Erkenntnisse der Studie "Diskriminierungserfahrungen in Deutschland". In: Elke Diehl (Hg.): Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 258–268.

Schöttle, Sabrina (2019): Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit. Eine empirische Studie mit Gender-Fokus. Wiesbaden: Springer VS.

Solga, Heike; Dombrowski, Rosine: Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung. Stand der Forschung und Forschungsbedarf. Arbeitspapier 171. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung.

Stocké, Volker (2019): Persönlich-mündliche Befragung. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 2nd ed. Wiesbaden: Springer VS.

Stolle, Dietling; Hooghe, Marc (2009): Shifting Inequalities? Patterns of exclusion and inclusion in emerging forms of political participation. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

van Deth, Jan (2014): Conceptualizing political participation. In: *Acta Politica* 49 (3), S. 349–367.

Verba, Sidney; Nie, Norman H. (1972): Participation in America. Political democracy and social equality. Chicago: University of Chicago Press.

Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman; Brady, Henry E. (1995): Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.

Vetter, Angelika; Remer-Bollow, Uwe (2017): Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Voigtländer, Leiv Eirik (2015): Armut und Engagement. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen. Bielefeld: transcript Verlag (26).

Wiesendahl, Elmar (2017): Das Verhältnis von Parteien und sozialer Ungleichheit. In: Elmar Wiesendahl (Hg.): Parteien und soziale Ungleichheit. Wiesbaden: Springer VS, S. 3–39.

Wiesendahl, Elmar (Hg.) (2017): Parteien und soziale Ungleichheit. Wiesbaden: Springer VS.

Anhang

1. Reliabilitätsanalyse	54
1.1 Skala: Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft	54
1.2 Skala: Politisches Kompetenzgefühl	54
1.3 Skala: Politische Partizipation	56
2. Outputs der deskriptiven Analyse	58
3. Zusätzliche Kommentare	67
4. Inferenzstatistische Ergebnisse	68
4.1 Bildungsstand und politische Partizipation	68
4.2 Berufsstand und politische Partizipation	69
4.3 Bildung, Beruf und (un)konventionelle Partizipation	69
4.4 Migrationshintergrund und politische Partizipation	70
4.5 Geschlecht und (un)konventionelle Partizipation	71
4.6 Alter und (un)konventionelle Partizipation	71
4.7 Lebensqualität und Engagement	72
5. Multiple Regression	72
5.1 Voraussetzungen	72
5.2 Multiple Regression	75
6. Aushang: Interviewer*in gesucht	77
7. Anschreiben	78
8. Fragebogen	79

1. Reliabilitätsanalyse

1.1 Skala: Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft

Zusammenfassung der Fallverarbeitung

		N	%
Fälle	Gültig	104	83,2
	Ausgeschlossen ^a	21	16,8
	Gesamt	125	100,0

a. Listenweise Löschung auf der Grundlage aller Variablen in der Prozedur.

Reliabilitätsstatistiken

Cronbachs Alpha	Cronbachs Alpha für standardisierte Items	Anzahl der Items
,720	,734	2

Itemstatistiken

	Mittelwert	Std.-Abweichung	N
Alles in allem machen Einwanderer meine Nachbarschaft bunter und vielfältiger	3,18	,845	104
Es gibt zu viele Ausländer in meiner Nachbarschaft	3,17	1,083	104

Item-Skala-Statistiken

	Skalenmittelwert, wenn Item weggelassen	Skalenvarianz, wenn Item weggelassen	Korrigierte Item-Skala-Korrelation	Quadrierte multiple Korrelation	Cronbachs Alpha, wenn Item weggelassen
Alles in allem machen Einwanderer meine Nachbarschaft bunter und vielfältiger	3,17	1,174	,580	,337	.
Es gibt zu viele Ausländer in meiner Nachbarschaft	3,18	,714	,580	,337	.

1.2 Skala: Politisches Kompetenzgefühl

Zusammenfassung der Fallverarbeitung

		N	%
Fälle	Gültig	79	63,2
	Ausgeschlossen ^a	46	36,8
	Gesamt	125	100,0

a. Listenweise Löschung auf der Grundlage aller Variablen in der Prozedur.

Reliabilitätsstatistiken

Cronbachs Alpha	Cronbachs Alpha für standardisierte Items	Anzahl der Items
,649	,649	5

Itemstatistiken

	Mittelwert	Std.- Abweichung	N
Die Politiker in Deutschland reden nur und lösen die Probleme nicht	2,06	1,004	79
Die Politiker in Marburg reden nur und lösen die Probleme nicht	2,20	,911	79
Ich halte es für sinnvoll sich politisch zu engagieren	2,75	1,103	79
In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen	3,11	1,121	79
Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht	2,80	1,042	79

Inter-Item-Korrelationsmatrix

	Die Politiker in Deutschland reden nur und lösen die Probleme nicht	Die Politiker in Marburg reden nur und lösen die Probleme nicht	Ich halte es für sinnvoll sich politisch zu engagieren	In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen	Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht
Die Politiker in Deutschland reden nur und lösen die Probleme nicht	1,000	,728	,281	,164	,074
Die Politiker in Marburg reden nur und lösen die Probleme nicht	,728	1,000	,179	,128	,030
Ich halte es für sinnvoll sich politisch zu engagieren	,281	,179	1,000	,521	,401
In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen	,164	,128	,521	1,000	,196
Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht	,074	,030	,401	,196	1,000

Item-Skala-Statistiken

	Skalenmittelwert, wenn Item weggelassen	Skalenvarianz, wenn Item weggelassen	Korrigierte Item-Skala-Korrelation	Quadrierte multiple Korrelation	Cronbachs Alpha, wenn Item weggelassen
Die Politiker in Deutschland reden nur und lösen die Probleme nicht	10,86	7,737	,444	,554	,577
Die Politiker in Marburg reden nur und lösen die Probleme nicht	10,72	8,383	,381	,532	,607
Ich halte es für sinnvoll sich politisch zu engagieren	10,18	6,814	,554	,400	,515
In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen	9,81	7,592	,385	,273	,606
Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht	10,13	8,548	,261	,163	,661

1.3 Skala: Politische Partizipation

Zusammenfassung der Fallverarbeitung

		N	%
Fälle	Gültig	124	99,2
	Ausgeschlossen ^a	1	,8
	Gesamt	125	100,0

a. Listenweise Löschung auf der Grundlage aller Variablen in der Prozedur.

Reliabilitätsstatistiken

Cronbachs Alpha	Cronbachs Alpha für standardisierte Items	Anzahl der Items
,740	,737	11

Itemstatistiken

	Mittelwert	Std.- Abweichung	N
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	,03	,177	124
Mitarbeit in einer Partei	,03	,177	124
Teilnahme an Demonstrationen	,15	,354	124
Teilnahme an Bildungs-/Diskussionsveranstaltungen zu politischen Themen	,15	,362	124
Teilnahme an Veranstaltungen der Bürger*innenbeteiligung Marburg	,02	,126	124
Beteiligung an Unterschriftenaktionen	,14	,345	124
Beteiligung an Online-Protestaktionen	,10	,308	124
Eine*n Politiker*in kontaktiert	,06	,232	124
An Wahlen beteiligt (z.B Bundestagswahl oder Kommunalwahl)	,53	,501	124
Waren aus Umweltgründen/politischen Gründen boykottiert oder gekauft	,27	,444	124
Politisch in Bekanntenkreisen/in der Nachbarschaft die Meinung gesagt	,48	,502	124

Inter-Item-Korrelationsmatrix

	Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	Mitarbeit in einer Partei	Teilnahme an Demonstrationen	Teilnahme an Bildungs-/Diskussionsveranstaltungen zu politischen Themen	Teilnahme an Veranstaltungen der Bürger*innenbeteiligung Marburg	Beteiligung an Unterschriftenaktionen	Beteiligung an Online-Protestaktionen	Eine*n Politiker*in kontaktiert	An Wahlen beteiligt (z.B Bundestagswahl oder Kommunalwahl)	Waren aus Umweltgründen/politischen Gründen boykottiert oder gekauft	Politisch in Bekanntenkreisen/in der Nachbarschaft die Meinung gesagt
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	1,000	,225	,184	,302	-,023	,060	,236	,351	,171	,097	,006
Mitarbeit in einer Partei	,225	1,000	,184	,176	-,023	,060	-,062	,153	,171	,097	,006
Teilnahme an Demonstrationen	,184	,184	1,000	,270	,129	,368	,382	,296	,157	,218	,059
Teilnahme an Bildungs-/Diskussionsveranstaltungen zu politischen Themen	,302	,176	,270	1,000	,123	,351	,439	,284	,354	,453	,126
Teilnahme an Veranstaltungen der Bürger*innenbeteiligung Marburg	-,023	-,023	,129	,123	1,000	,135	,165	,246	-,008	,213	,004
Beteiligung an Unterschriftenaktionen	,060	,060	,368	,351	,135	1,000	,399	,207	,233	,291	,271
Beteiligung an Online-Protestaktionen	,236	-,062	,382	,439	,165	,399	1,000	,030	,268	,390	,301
Eine*n Politiker*in kontaktiert	,351	,153	,296	,284	,246	,207	,030	1,000	,159	,248	,043
An Wahlen beteiligt (z.B Bundestagswahl oder Kommunalwahl)	,171	,171	,157	,354	-,008	,233	,268	,159	1,000	,528	,293
Waren aus Umweltgründen/politischen Gründen boykottiert oder gekauft	,097	,097	,218	,453	,213	,291	,390	,248	,528	1,000	,366
Politisch in Bekanntenkreisen/in der Nachbarschaft die Meinung gesagt	,006	,006	,059	,126	,004	,271	,301	,043	,293	,366	1,000

2. Outputs der deskriptiven Analyse

Häufigkeitstabelle Geschlecht

Gesehenes Geschlecht

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Männlich	49	39,2	39,5	39,5
	Weiblich	75	60,0	60,5	100,0
	Gesamt	124	99,2	100,0	
Fehlend	Feld nicht ausgefüllt	1	,8		
Gesamt		125	100,0		

Häufigkeitstabelle Alter

Statistiken

Alter der befragten Person

N	Gültig	125
	Fehlend	0
Mittelwert		45,66
Standardfehler des Mittelwerts		1,637
Median		46,00
Modus		48
Std.-Abweichung		18,299
Varianz		334,857
Schiefe		,376
Standardfehler der Schiefe		,217
Kurtosis		-,793
Standardfehler der Kurtosis		,430
Spannweite		73
Minimum		16
Maximum		89
Perzentile	25	29,00
	50	46,00
	75	59,00

Alter_klassiert

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	bis 20 Jahre	6	4,8	4,8	4,8
	20 bis 40 Jahre	43	34,4	34,4	39,2
	40 bis 60 Jahre	46	36,8	36,8	76,0
	Älter als 60 Jahre	30	24,0	24,0	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Häufigkeitstabelle Bildungsabschlüsse

Statistiken

Höchster allgemeinbildender Sch

N	Gültig	124
	Fehlend	1
Median		4,00
Modus		6
Std.-Abweichung		1,353
Varianz		1,831
Minimum		1
Maximum		6

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Noch Schüler	3	2,4	2,4	2,4
	Schule beendet ohne Abschluss	4	3,2	3,2	5,6
	Volks- /Hauptschulabschluss	35	28,0	28,2	33,9
	Mittlere Reife/Realschulabschluss	35	28,0	28,2	62,1
	Fachhochschulreife/Facha bitur	11	8,8	8,9	71,0
	Abitur	36	28,8	29,0	100,0
	Gesamt		124	99,2	100,0
Fehlend	-1 (Fehlend)	1	,8		
Gesamt		125	100,0		

Häufigkeitstabelle Berufsabschlüsse

Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Keinen beruflichen Ausbildungsabschluss	22	17,6	17,7	17,7
	Beruflich-betriebliche Anlernzeit	4	3,2	3,2	21,0
	Abgeschlossene gewerbliche/landwirtschaftl iche Lehre	7	5,6	5,6	26,6
	Abgeschlossene kaufmännische Lehre	10	8,0	8,1	34,7
	Berufsfachschulabschluss	31	24,8	25,0	59,7
	Fachschulabschluss	8	6,4	6,5	66,1
	Meister- Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss	8	6,4	6,5	72,6
	Fachhochschulabschluss	1	,8	,8	73,4
	Hochschulabschluss	25	20,0	20,2	93,5
	Noch SchülerIn	8	6,4	6,5	100,0
Gesamt		124	99,2	100,0	
Fehlend	Feld nicht ausgefüllt	1	,8		
Gesamt		125	100,0		

Häufigkeitstabelle aktueller Berufstätigkeit

Aktuelle Berufstätigkeit

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nicht berufstätig	19	15,2	15,2	15,2
	Zurzeit in Beurlaubung	5	4,0	4,0	19,2
	Rentner*in	22	17,6	17,6	36,8
	Auszubildende, Lehrling, Student*in	18	14,4	14,4	51,2
	Stundenweise berufstätig	9	7,2	7,2	58,4
	Teilzeit berufstätig	22	17,6	17,6	76,0
	Vollzeit berufstätig	30	24,0	24,0	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Häufigkeitstabelle Migrationshintergrund

Eigener Migrationshintergrund

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Kein Migrationshintergrund	68	54,4	54,4	54,4
	Migrationshintergrund vorhanden	57	45,6	45,6	100,0
Gesamt		125	100,0	100,0	

Häufigkeitstabelle Einschätzung der Lebensqualität

Lebensqualität in der Nachbarschaft rekodiert

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Sehr schlecht	3	2,4	2,4	2,4
	2	7	5,6	5,6	8,1
	3	14	11,2	11,3	19,4
	4	35	28,0	28,2	47,6
	5	34	27,2	27,4	75,0
	Sehr gut	31	24,8	25,0	100,0
	Gesamt	124	99,2	100,0	
Fehlend	Feld nicht ausgefüllt	1	,8		
Gesamt		125	100,0		

Häufigkeitstabelle Diskriminierungserfahrungen

Diskriminierungserfahrungen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Keine Diskriminierungserfahrungen	106	84,8	84,8	84,8
	Diskriminierungserfahrungen gemacht	19	15,2	15,2	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Diskriminierungserfahrungen * Gesehenes Geschlecht Kreuztabelle

			Gesehenes Geschlecht		Gesamt	
			Männlich	Weiblich		
Diskriminierungserfahrungen	Keine Diskriminierungserfahrungen	Anzahl	38	67	105	
		% von Diskriminierungserfahrungen	36,2%	63,8%	100,0%	
		% von Gesehenes Geschlecht	77,6%	89,3%	84,7%	
		% der Gesamtzahl	30,6%	54,0%	84,7%	
		Diskriminierungserfahrungen gemacht	Anzahl	11	8	19
			% von Diskriminierungserfahrungen	57,9%	42,1%	100,0%
	% von Gesehenes Geschlecht		22,4%	10,7%	15,3%	
	Gesamt	Anzahl		49	75	124
		% von Diskriminierungserfahrungen		39,5%	60,5%	100,0%
% von Gesehenes Geschlecht		100,0%	100,0%	100,0%		
% der Gesamtzahl		39,5%	60,5%	100,0%		

Diskriminierungserfahrungen * Eigener Migrationshintergrund Kreuztabelle

			Eigener Migrationshintergrund		Gesamt	
			Kein Migrationshintergrund	Migrationshintergrund vorhanden		
Diskriminierungserfahrungen	Keine Diskriminierungserfahrungen	Anzahl	59	47	106	
		% von Diskriminierungserfahrungen	55,7%	44,3%	100,0%	
		% von Eigener Migrationshintergrund	86,8%	82,5%	84,8%	
		% der Gesamtzahl	47,2%	37,6%	84,8%	
		Diskriminierungserfahrungen gemacht	Anzahl	9	10	19
			% von Diskriminierungserfahrungen	47,4%	52,6%	100,0%
	% von Eigener Migrationshintergrund		13,2%	17,5%	15,2%	
	Gesamt	Anzahl		68	57	125
		% von Diskriminierungserfahrungen		54,4%	45,6%	100,0%
% von Eigener Migrationshintergrund		100,0%	100,0%	100,0%		
% der Gesamtzahl		54,4%	45,6%	100,0%		

Häufigkeitstabelle: Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft

Einstellung gegenüber Personen anderer Herkunft

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	1,00	2	1,6	1,6
	1,50	8	6,4	8,0
	2,00	17	13,6	21,6
	2,50	8	6,4	28,0
	3,00	18	14,4	42,4
	3,50	21	16,8	59,2
	4,00	51	40,8	100,0
Gesamt	125	100,0	100,0	

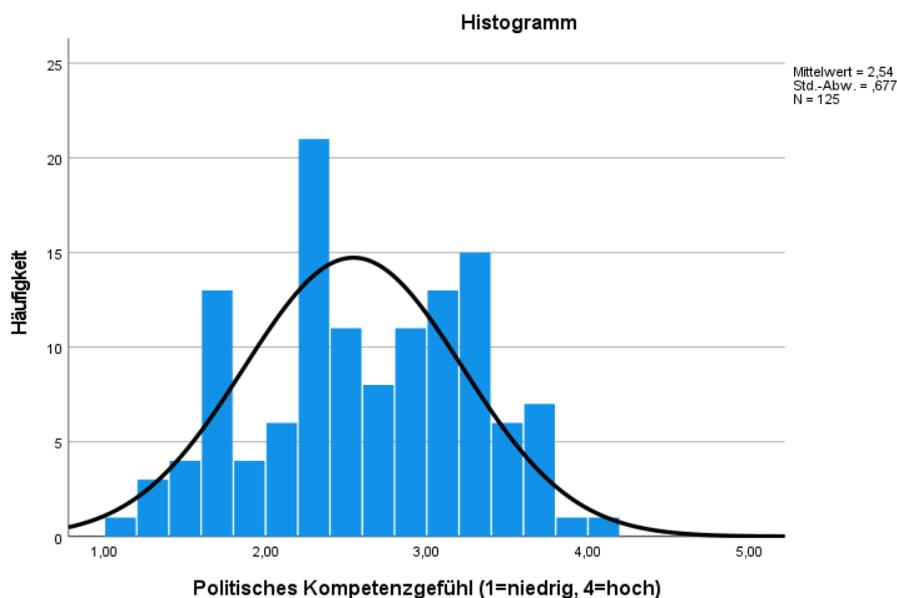
Häufigkeitstabelle Politisches Kompetenzgefühl

Statistiken

Politisches Kompetenzgefühl (1=niedrig, 4=hoch)

N	Gültig	125
	Fehlend	0
Standardfehler des Mittelwerts		,06057
Median		2,5000
Modus		2,25 ^a
Std.-Abweichung		,67715
Varianz		,459
Schiefe		-,115
Standardfehler der Schiefe		,217
Kurtosis		-,771
Standardfehler der Kurtosis		,430
Minimum		1,00
Maximum		4,00

a. Mehrere Modi vorhanden. Der kleinste Wert wird angezeigt.



Die Politiker in Deutschland reden nur und lösen die Probleme nicht

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Stimme völlig zu	38	30,4	33,0	33,0
	Stimme eher zu	31	24,8	27,0	60,0
	Stimme eher nicht zu	36	28,8	31,3	91,3
	Stimme gar nicht zu	10	8,0	8,7	100,0
	Gesamt	115	92,0	100,0	
Fehlend	Feld nicht ausgefüllt	10	8,0		
Gesamt		125	100,0		

Die Politiker in Marburg reden nur und lösen die Probleme nicht

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Stimme völlig zu	32	25,6	33,3	33,3
	Stimme eher zu	34	27,2	35,4	68,8
	Stimme eher nicht zu	22	17,6	22,9	91,7
	Stimme gar nicht zu	8	6,4	8,3	100,0
	Gesamt	96	76,8	100,0	
Fehlend	Feld nicht ausgefüllt	29	23,2		
Gesamt		125	100,0		

Ich halte es für sinnvoll sich politisch zu engagieren

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Stimme gar nicht zu	22	17,6	18,0	18,0
	Stimme eher nicht zu	18	14,4	14,8	32,8
	Stimme eher zu	34	27,2	27,9	60,7
	Stimme völlig zu	48	38,4	39,3	100,0
	Gesamt	122	97,6	100,0	
Fehlend	Feld nicht ausgefüllt	3	2,4		
Gesamt		125	100,0		

Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Stimme völlig zu	38	30,4	30,6	30,6
	Stimme eher zu	25	20,0	20,2	50,8
	Stimme eher nicht zu	31	24,8	25,0	75,8
	Stimme gar nicht zu	30	24,0	24,2	100,0
	Gesamt	124	99,2	100,0	
Fehlend	Ungültiger Wert	1	,8		
Gesamt		125	100,0		

In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Stimme gar nicht zu	14	11,2	12,6	12,6
	Stimme eher nicht zu	18	14,4	16,2	28,8
	Stimme eher zu	16	12,8	14,4	43,2
	Stimme völlig zu	63	50,4	56,8	100,0
	Gesamt	111	88,8	100,0	
Fehlend	Feld nicht ausgefüllt	2	1,6		
	System	12	9,6		
	Gesamt	14	11,2		
Gesamt		125	100,0		

Häufigkeitstabelle Interesse an Politik

Statistiken

Interesse_Inverse

N	Gültig	125
	Fehlend	0
Standardfehler des Mittelwerts		,138
Median		4,00
Modus		5
Std.-Abweichung		1,538
Varianz		2,365
Schiefe		-,501
Standardfehler der Schiefe		,217
Kurtosis		-,812
Standardfehler der Kurtosis		,430
Minimum		1
Maximum		6

Häufigkeitstabellen Politische Partizipation

Mitarbeit in einer Bürgerinitiative

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nicht genannt	121	96,8	96,8	96,8
	Genannt	4	3,2	3,2	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Mitarbeit in einer Partei

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nicht genannt	121	96,8	96,8	96,8
	Genannt	4	3,2	3,2	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Teilnahme an Bildungs-/Diskussionsveranstaltungen zu politischen Themen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nicht genannt	105	84,0	84,7	84,7
	Genannt	19	15,2	15,3	100,0
	Gesamt	124	99,2	100,0	
Fehlend	System	1	,8		
Gesamt		125	100,0		

Teilnahme an Veranstaltungen der Bürger*innenbeteiligung Marburg

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nicht genannt	123	98,4	98,4	98,4
	Genannt	2	1,6	1,6	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Beteiligung an Unterschriftenaktionen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nicht genannt	108	86,4	86,4	86,4
	Genannt	17	13,6	13,6	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Beteiligung an Online-Protestaktionen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nicht genannt	112	89,6	89,6	89,6
	Genannt	13	10,4	10,4	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Eine*n Politiker*in kontaktiert

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nicht genannt	118	94,4	94,4	94,4
	Genannt	7	5,6	5,6	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

An Wahlen beteiligt (z.B Bundestagswahl oder Kommunalwahl)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nicht genannt	58	46,4	46,4	46,4
	Genannt	67	53,6	53,6	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Waren aus Umweltgründen/politischen Gründen boykottiert oder gekauft

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nicht genannt	92	73,6	73,6	73,6
	Genannt	33	26,4	26,4	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Politisch in Bekanntenkreisen/in der Nachbarschaft die Meinung gesagt

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nicht genannt	65	52,0	52,0	52,0
	Genannt	60	48,0	48,0	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Häufigkeitstabelle Engagement

Engagement im Stadtteil oder in der Stadt

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nein	87	69,6	69,6	69,6
	Ja	38	30,4	30,4	100,0
	Gesamt	125	100,0	100,0	

Wunsch nach (mehr) Engagement in der Stadt oder im Stadtteil

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nein	84	67,2	68,3	68,3
	Ja	39	31,2	31,7	100,0
	Gesamt	123	98,4	100,0	
Fehlend	Feld nicht ausgefüllt	2	1,6		
Gesamt		125	100,0		

3. Zusätzliche Kommentare

Zusätzliche Kommentare
Der obere Richtsberg hat große Probleme (gerade Migranten und Arme)
Mangel an Kindergärten
Es gibt zu viele Studenten
Lebenswerter Stadtteil, kaum vom Umfeld akzeptiert
Es wird so getan als würden Sammelpunkte geschaffen, aber eigentlich passiert nichts
Wir stellen uns Multi-Kulti da, so ist es in Deutschland in der Realität aber nicht
Zum Thema Ausländer: Mir ist Hautfarbe egal, ich interessiere mich nur fürs Menschliche und habe noch nie was Negatives von Ausländern erfahren, sondern im Gegenteil Hilfsbereitschaft & Höflichkeit
Früher politisch aktiv (auch in Partei und bei Demos), jetzt wegen Corona nicht mehr
Befragte Person ist Politisch engagiert, aber hat als Ausländerin ihrer Meinung nach nicht genug Zugang zur Politik
Polizei ist ungerecht
Ich bin zu alt um mich politisch zu engagieren
Sehr motiviert, politisch aktiv, aber wegen Alter inzwischen weniger
Arbeite viel, keine Zeit für Politik
Als Ausländer fühle ich mich nicht genug an Politik beteiligt, bin aber sehr interessiert
Arbeite viel und habe keine Zeit für Politik, interessiere mich aber an sich sehr
Glaube an Politik, aber der Richtsberg ist so schlecht, dass nichts hier etwas ändern kann
30 km/h Geschwindigkeitsbegrenzung und die Einführung von rechts vor links → die Umgeöhnung fällt vielen schwer (Unfälle/Streit); Deutlicher darstellen (mehr Schilder); Notwendigkeit von solchen Veränderungen sollten von Politikern besser diskutiert und nicht über Bürger hinweg entschieden werden
Behindertengerechte Angebote/Wohnungen und Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. politisch) fehlen
Höhere Polizeipräsenz notwendig
„Ich habe Schwierigkeiten bei dem vielen Papierkram in Deutschland durchzublicken. Ich würde mir hierfür mehr Unterstützung für Ausländer*innen wünschen.“
„Es fehlen zugängliche Sprachangebote für Ältere. Mir begegnen viele die kein Deutsch können, obwohl sie schon lange hier leben.“
„Ich hoffe der Stadtteil wird nicht weiter zugebaut.“
„Ich finde es schade, dass manche Läden am Wochenende zu sind.“
„Ich bin zu alt, um mich noch für Politik zu engagieren.“

„In der Nachbarschaft sollte mehr auf Ordnung geachtet werden (Straßen kehren usw.).“

Politiker sind auch nur Menschen; Auch in Deutschland gibt es Probleme mit Korruption in der Politik.

4. Inferenzstatistische Ergebnisse

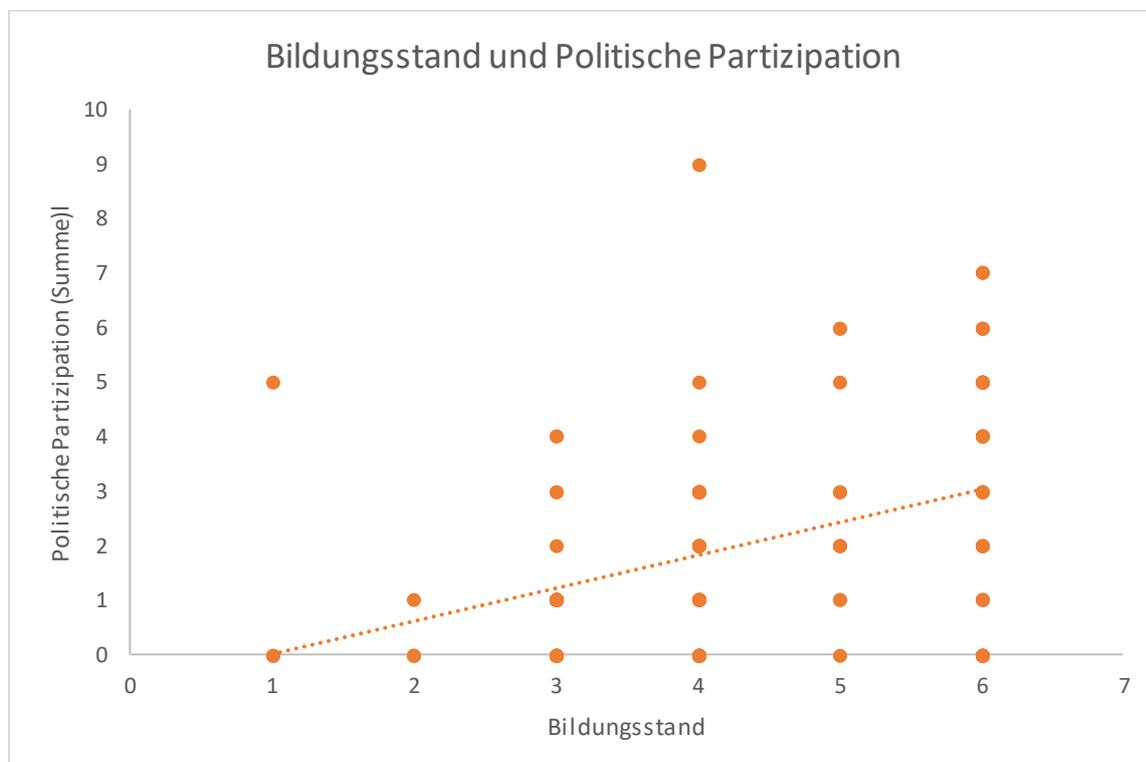
4.1 Bildungsstand und politische Partizipation

Korrelationen

			Höchster allgemeinbil- dender Schulabschlus- s	Politische Partizipation insgesamt	Politisches Kompetenzgef- ühl (1=niedrig, 4=hoch)	Interesse_Inve- rse
Spearman-Rho	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Korrelationskoeffizient	1,000	,401**	,496**	,183*
		Sig. (2-seitig)	.	<,001	<,001	,042
		N	124	124	124	124
	Politische Partizipation insgesamt	Korrelationskoeffizient	,401**	1,000	,573**	,436**
		Sig. (2-seitig)	<,001	.	<,001	<,001
		N	124	125	125	125
	Politisches Kompetenzgefühl (1=niedrig, 4=hoch)	Korrelationskoeffizient	,496**	,573**	1,000	,291**
		Sig. (2-seitig)	<,001	<,001	.	<,001
		N	124	125	125	125
	Interesse_Inverse	Korrelationskoeffizient	,183*	,436**	,291**	1,000
		Sig. (2-seitig)	,042	<,001	<,001	.
		N	124	125	125	125

** Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

* Die Korrelation ist auf dem 0,05 Niveau signifikant (zweiseitig).



4.2 Berufsstand und politische Partizipation

Korrelationen

			Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsab- schluss	Politische Partizipation insgesamt	Politisches Kompetenzgef- ühl (1=niedrig, 4=hoch)	Interesse_Inve- rse
Spearman-Rho	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss	Korrelationskoeffizient	1,000	,393**	,302**	,351**
		Sig. (2-seitig)	.	<,001	<,001	<,001
		N	116	116	116	116
	Politische Partizipation insgesamt	Korrelationskoeffizient	,393**	1,000	,573**	,436**
		Sig. (2-seitig)	<,001	.	<,001	<,001
		N	116	125	125	125
	Politisches Kompetenzgefühl (1=niedrig, 4=hoch)	Korrelationskoeffizient	,302**	,573**	1,000	,291**
		Sig. (2-seitig)	<,001	<,001	.	<,001
		N	116	125	125	125
	Interesse_Inverse	Korrelationskoeffizient	,351**	,436**	,291**	1,000
		Sig. (2-seitig)	<,001	<,001	<,001	.
		N	116	125	125	125

** Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

Korrelationen

			Höchster allgemeinbilde- nder Schulabschlu- s	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsab- schluss
Spearman-Rho	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Korrelationskoeffizient	1,000	,580**
		Sig. (2-seitig)	.	<,001
		N	124	115
	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss	Korrelationskoeffizient	,580**	1,000
		Sig. (2-seitig)	<,001	.
		N	115	116

** Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

4.3 Bildung, Beruf und (un)konventionelle Partizipation

Korrelationen

			Unkonventio- nelle Politische Partizipation insgesamt	Höchster allgemeinbilde- nder Schulabschlu- s	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsab- schluss
Spearman-Rho	Unkonventionelle Politische Partizipation insgesamt	Korrelationskoeffizient	1,000	,368**	,373**
		Sig. (2-seitig)	.	<,001	<,001
		N	125	124	116
	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Korrelationskoeffizient	,368**	1,000	,580**
		Sig. (2-seitig)	<,001	.	<,001
		N	124	124	115
	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss	Korrelationskoeffizient	,373**	,580**	1,000
		Sig. (2-seitig)	<,001	<,001	.
		N	116	115	116

** Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

Korrelationen

			Konventionelle Politische Partizipation insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss
Spearman-Rho	Konventionelle Politische Partizipation insgesamt	Korrelationskoeffizient	1,000	,318**	,248**
		Sig. (2-seitig)	.	<,001	,007
		N	125	124	116
	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Korrelationskoeffizient	,318**	1,000	,580**
		Sig. (2-seitig)	<,001	.	<,001
		N	124	124	115
	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss	Korrelationskoeffizient	,248**	,580**	1,000
		Sig. (2-seitig)	,007	<,001	.
		N	116	115	116

** Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

4.4 Migrationshintergrund und politische Partizipation

Korrelationen

		Eigener Migrationshintergrund	Politisches Kompetenzgefühl (1=niedrig, 4=hoch)	Interesse_Inverse	Politische Partizipation insgesamt
Eigener Migrationshintergrund	Pearson-Korrelation	1	-,320**	-,132	-,432**
	Sig. (2-seitig)		<,001	,143	<,001
	N	125	125	125	125
Politisches Kompetenzgefühl (1=niedrig, 4=hoch)	Pearson-Korrelation	-,320**	1	,336**	,552**
	Sig. (2-seitig)	<,001		<,001	<,001
	N	125	125	125	125
Interesse_Inverse	Pearson-Korrelation	-,132	,336**	1	,408**
	Sig. (2-seitig)	,143	<,001		<,001
	N	125	125	125	125
Politische Partizipation insgesamt	Pearson-Korrelation	-,432**	,552**	,408**	1
	Sig. (2-seitig)	<,001	<,001	<,001	
	N	125	125	125	125

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.

Korrelationen

		Eigener Migrationshintergrund	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	
Spearman-Rho	Eigener Migrationshintergrund	Korrelationskoeffizient	1,000	-,240**	
		Sig. (2-seitig)	.	,009	
		N	125	116	
	Höchster (angestrebter) beruflicher Ausbildungsabschluss	Korrelationskoeffizient	-,240**	1,000	,580**
		Sig. (2-seitig)	,009	.	<,001
		N	116	116	115
	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Korrelationskoeffizient	-,166	,580**	1,000
		Sig. (2-seitig)	,065	<,001	.
		N	124	115	124

** Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

4.5 Geschlecht und (un)konventionelle Partizipation

Korrelationen

		Gesehenes Geschlecht	Unkonventionelle Politische Partizipation insgesamt
Gesehenes Geschlecht	Pearson-Korrelation	1	-,019
	Sig. (2-seitig)		,833
	N	124	124
Unkonventionelle Politische Partizipation insgesamt	Pearson-Korrelation	-,019	1
	Sig. (2-seitig)	,833	
	N	124	125

Korrelationen

		Gesehenes Geschlecht	Konventionelle Politische Partizipation insgesamt
Gesehenes Geschlecht	Pearson-Korrelation	1	,020
	Sig. (2-seitig)		,829
	N	124	124
Konventionelle Politische Partizipation insgesamt	Pearson-Korrelation	,020	1
	Sig. (2-seitig)	,829	
	N	124	125

Korrelationen

		Gesehenes Geschlecht	Politische Partizipation insgesamt
Gesehenes Geschlecht	Pearson-Korrelation	1	-,010
	Sig. (2-seitig)		,913
	N	124	124
Politische Partizipation insgesamt	Pearson-Korrelation	-,010	1
	Sig. (2-seitig)	,913	
	N	124	125

4.6 Alter und (un)konventionelle Partizipation

Korrelationen

		Alter der befragten Person	Unkonventionelle Politische Partizipation insgesamt
Alter der befragten Person	Pearson-Korrelation	1	,081
	Sig. (2-seitig)		,368
	N	125	125
Unkonventionelle Politische Partizipation insgesamt	Pearson-Korrelation	,081	1
	Sig. (2-seitig)	,368	
	N	125	125

Korrelationen

		Alter der befragten Person	Konventionelle Politische Partizipation insgesamt
Alter der befragten Person	Pearson-Korrelation	1	,125
	Sig. (2-seitig)		,165
	N	125	125
Konventionelle Politische Partizipation insgesamt	Pearson-Korrelation	,125	1
	Sig. (2-seitig)	,165	
	N	125	125

Korrelationen

		Alter der befragten Person	Politische Partizipation insgesamt
Alter der befragten Person	Pearson-Korrelation	1	,103
	Sig. (2-seitig)		,253
	N	125	125
Politische Partizipation insgesamt	Pearson-Korrelation	,103	1
	Sig. (2-seitig)	,253	
	N	125	125

4.7 Lebensqualität und Engagement

Korrelationen

			Lebensqualität in der Nachbarschaft rekodiert	Engagement im Stadtteil oder in der Stadt
Spearman-Rho	Lebensqualität in der Nachbarschaft rekodiert	Korrelationskoeffizient	1,000	,200*
		Sig. (2-seitig)	.	,026
		N	124	124
	Engagement im Stadtteil oder in der Stadt	Korrelationskoeffizient	,200*	1,000
		Sig. (2-seitig)	,026	.
		N	124	125

*. Die Korrelation ist auf dem 0,05 Niveau signifikant (zweiseitig).

5. Multiple Regression

5.1 Voraussetzungen

Multikollinearität

Ausreißer

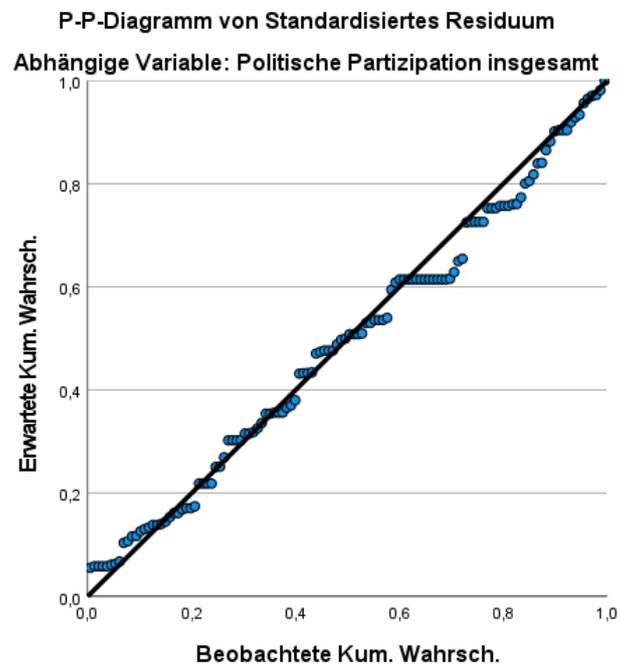
Fallweise Diagnose^a

Fallnummer	Standardisierte Residuen	Politische Partizipation insgesamt	Nicht standardisierter vorhergesagter Wert	Nicht standardisierte Residuen
73	3,869	9	2,63	6,373

a. Abhängige Variable: Politische Partizipation insgesamt

Residualanalyse

P-P-Plot



5.2 Multiple Regression

Aufgenommene/Entfernte Variablen ^a			
Modell	Aufgenommene Variablen	Entfernte Variablen	Methode
1	Eigener Migrationshintergrund ^b	.	Einschluß
2	Dummy für Variable Noch Schüler, Dummy für Variable Fachhochschulreife, Dummy für Variable Abitur, Dummy für Variable Volks-/Hauptschulabschluss, Dummy für Variable Mittlere Reife ^b	.	Einschluß
3	Dummy für Variable Fachschulabschluss, Dummy für Variable Beruflich-betriebliche Anlernzeit mit Abschlusszeugnis, Dummy für Variable Fachschulabschluss, Dummy für Variable abgeschlossene kaufmännische Lehre, Dummy für Variable Meister-, Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Dummy für Variable abgeschlossene gewerbliche oder landwirtschaftliche Lehre, Dummy für Variable Berufsfachschulabschluss, Dummy für Variable Noch Schüler*in, Dummy für Variable Hochschulabschluss ^b	.	Einschluß

a. Abhängige Variable: Politische Partizipation insgesamt

b. Alle gewünschten Variablen wurden eingegeben.

ANOVA ^a						
Modell		Quadratsumme	df	Mittel der Quadrate	F	Sig.
1	Regression	88,707	1	88,707	27,249	<,001 ^b
	Nicht standardisierte Residuen	397,164	122	3,255		
	Gesamt	485,871	123			
2	Regression	164,359	6	27,393	9,968	<,001 ^c
	Nicht standardisierte Residuen	321,512	117	2,748		
	Gesamt	485,871	123			
3	Regression	192,807	15	12,854	4,737	<,001 ^d
	Nicht standardisierte Residuen	293,064	108	2,714		
	Gesamt	485,871	123			

a. Abhängige Variable: Politische Partizipation insgesamt

b. Einflußvariablen : (Konstante), Eigener Migrationshintergrund

c. Einflußvariablen : (Konstante), Eigener Migrationshintergrund, Dummy für Variable Noch Schüler, Dummy für Variable Fachhochschulreife, Dummy für Variable Abitur, Dummy für Variable Volks-/Hauptschulabschluss, Dummy für Variable Mittlere Reife

d. Einflußvariablen : (Konstante), Eigener Migrationshintergrund, Dummy für Variable Noch Schüler, Dummy für Variable Fachhochschulreife, Dummy für Variable Abitur, Dummy für Variable Volks-/Hauptschulabschluss, Dummy für Variable Mittlere Reife, Dummy für Variable Fachschulabschluss, Dummy für Variable Beruflich-betriebliche Anlernzeit mit Abschlusszeugnis, Dummy für Variable abgeschlossene kaufmännische Lehre, Dummy für Variable Meister-, Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Dummy für Variable abgeschlossene gewerbliche oder landwirtschaftliche Lehre, Dummy für Variable Berufsfachschulabschluss, Dummy für Variable Noch Schüler*in, Dummy für Variable Hochschulabschluss

Modell		Koeffizienten ^a												
		Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten		Sig.	95,0% Konfidenzintervalle für B		Korrelationen			Kollinearitätsstatistik		
		Regressionskoeffizient B	Std.-Fehler	Beta	T		Untergrenze	Obergrenze	Nullter Ordnung	Partiell	Teil	Toleranz	VIF	
1	(Konstante)	2,735	,219		12,501	<,001	2,302	3,168						
	Eigener Migrationshintergrund	-1,700	,326	-,427	-5,220	<,001	-2,344	-1,055	-,427	-,427	-,427	1,000	1,000	
2	(Konstante)	1,486	,764		1,946	,054	-,026	2,999						
	Eigener Migrationshintergrund	-1,477	,306	-,371	-4,828	<,001	-2,083	-,871	-,427	-,408	-,363	,956	1,046	
	Dummy für Variable Noch Schüler	,502	1,112	,045	,452	,652	-1,701	2,705	-,066	,042	,034	,574	1,743	
	Dummy für Variable Volks-/Hauptschulabschluss	,457	,793	,104	,577	,565	-1,112	2,027	-,288	,053	,043	,174	5,742	
	Dummy für Variable Mittlere Reife	,777	,796	,177	,976	,331	-,799	2,352	-,080	,090	,073	,173	5,787	
	Dummy für Variable Fachhochschulreife	1,869	,897	,268	2,084	,039	,093	3,646	,134	,189	,157	,341	2,935	
	Dummy für Variable Abitur	2,255	,797	,508	2,830	,005	,677	3,833	,375	,253	,213	,175	5,701	
3	(Konstante)	1,104	,804		1,372	,173	-,491	2,698						
	Eigener Migrationshintergrund	-1,269	,324	-,319	-3,916	<,001	-1,912	-,627	-,427	-,353	-,293	,841	1,189	
	Dummy für Variable Noch Schüler	,509	1,314	,045	,387	,699	-2,096	3,114	-,066	,037	,029	,406	2,464	
	Dummy für Variable Volks-/Hauptschulabschluss	,176	,838	,040	,210	,834	-1,486	1,837	-,288	,020	,016	,154	6,504	
	Dummy für Variable Mittlere Reife	,262	,865	,060	,303	,763	-1,452	1,976	-,080	,029	,023	,144	6,921	
	Dummy für Variable Fachhochschulreife	1,398	,927	,201	1,508	,134	-,439	3,235	,134	,144	,113	,315	3,173	
	Dummy für Variable Abitur	1,731	,850	,390	2,035	,044	,045	3,416	,375	,192	,152	,152	6,576	
	Dummy für Variable Noch Schüler*in	,272	,911	,034	,299	,766	-1,534	2,078	-,095	,029	,022	,437	2,290	
	Dummy für Variable Beruflich-betriebliche Anlernzeit mit Abschlusszeugnis	1,176	1,033	,091	1,139	,257	-,871	3,224	-,024	,109	,085	,869	1,151	
	Dummy für Variable abgeschlossene gewerbliche oder landwirtschaftliche Lehre	,600	,748	,070	,802	,424	-,883	2,083	-,049	,077	,060	,734	1,362	
	Dummy für Variable abgeschlossene kaufmännische Lehre	1,681	,648	,231	2,595	,011	,397	2,964	,139	,242	,194	,704	1,421	
	Dummy für Variable Berufsfachschulabschluss	,510	,472	,112	1,081	,282	-,425	1,446	-,207	,104	,081	,524	1,908	
	Dummy für Variable Fachschulabschluss	1,181	,705	,147	1,675	,097	-,217	2,578	,120	,159	,125	,729	1,371	
	Dummy für Variable Meister-, Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss	1,262	,710	,157	1,778	,078	-,145	2,669	,087	,169	,133	,720	1,389	
	Dummy für Variable Fachhochschulabschluss	-,834	1,746	-,038	-,478	,634	-4,295	2,626	,001	-,046	-,036	,897	1,114	
	Dummy für Variable Hochschulabschluss	1,017	,610	,206	1,666	,099	-,193	2,227	,364	,158	,125	,365	2,741	

a. Abhängige Variable: Politische Partizipation insgesamt

6. Aushang: Interviewer*in gesucht



MARBURGMACHTMIT

Interviewer*in gesucht

Im Rahmen meiner Bachelorarbeit im Fach Soziologie zu Politischer Partizipation und sozialer Ungleichheit suche ich Interviewer*innen für eine Haustürbefragung am Richtsberg. In Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Bürger*innenbeteiligung der Universitätsstadt Marburg sollen von Anfang Juni bis Anfang Juli am Richtsberg ca. 150 Personen befragt werden.

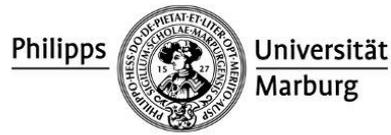
Du möchtest dein im Studium angeeignetes Wissen im Bereich empirische Sozialforschung anwenden, Haustürbefragungen trainieren oder hast schon erste Erfahrungen mit der Durchführung von Interviews sammeln können? Du hast vielleicht auch Arabisch und/oder Russisch Kenntnisse? Dann bist du genau richtig für uns.

Die Bezahlung richtet sich nach den universitätsüblichen Stundensätzen. (ohne Abschluss: 10,00 EUR, Bachelor-Abschluss: 11,50 EUR, Master-Abschluss: 15,30 EUR) Vor Durchführung der Erhebung erhalten alle Interviewer*innen eine kostenlose Schulung.

Bei Interesse und für weitere Informationen wende dich bitte an:
Mareike Heitmüller

E-Mail: mareike.heit@gmx.de

7. Anschreiben



Philipps-Universität - 35032 Marburg

"[Adresse eingeben max. 8 Zeilen]"

Fachbereich Gesellschafts-
wissenschaften und Philosophie
Institut für Soziologie

Prof. Dr. Martin Schröder

Mobil: 0177 2810942

E-Mail: martin.schroeder@uni-marburg.de

Web: www.martin-schroeder.de

Anschrift: Ketzerbach 11
35032 Marburg

Marburg, 03.08.2022

Wir möchten Sie zum Leben in Ihrem Stadtteil und Ihrer Meinung zu politischem Engagement befragen. Bitte nehmen Sie teil und machen Sie mit!

Liebe Marburgerinnen und Marburger, sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen einer Bachelorarbeit im Fach Soziologie an der Philipps-Universität Marburg möchten wir Sie zum Leben in Ihrem Stadtteil und Ihrer Meinung zu politischem Engagement befragen.

Die Befragung findet in den nächsten Wochen als Tür-zu-Tür-Befragung in Ihrem Wohnviertel statt. In diesem Zeitraum wird eine Interviewerin oder ein Interviewer Sie ansprechen und Ihnen ein paar Fragen stellen.

Sie wurden nach Zufall für diese Befragung ausgewählt. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich deshalb kurz Zeit nehmen, um die Fragen zu beantworten. Die Befragung ist besonders aussagekräftig, wenn die zufällig gezogenen Personen tatsächlich mitmachen.

Selbstverständlich ist die Teilnahme freiwillig. Ob Sie teilnehmen oder nicht ist mit keinen Nachteilen verbunden. Die Befragung ist anonym und Ihre Antworten können nicht auf Sie als Person zurückgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

Prof. Dr. Martin Schröder

Falls Sie Rückfragen haben oder Kontakt aufnehmen möchten, wenden Sie sich gerne per E-Mail oder Telefon an:

Mareike Heitmüller

E-Mail: Heitmuel@students.uni-marburg.de

Tel.: +4915789112480

8. Fragebogen

Haustürbefragung Richtsberg: Fragebogen

Bitte die Befragung an der Wohnungstür durchführen. Die Fragen und Antwortmöglichkeiten vorlesen und die Antworten im Fragebogen festhalten. Wenn keine Antwort gegeben wird oder die Befragten keine Antwort wissen, KA (Keine Angabe) ankreuzen, aber die Möglichkeit, eine Antwort nicht geben zu können, nicht den Befragten vorlesen.

Guten Tag, mein Name ist [.....],
für eine Bachelorarbeit im Fach Soziologie an der Philipps-Universität führen wir eine Befragung mit Bewohner*innen am Richtsberg durch.
Die Personen, die wir befragen, haben wir nach Zufall ausgewählt. Die Zufallsauswahl hat ergeben, dass [Herr/Frau Name] gebeten wird, an der Befragung teilzunehmen. Sind Sie Name? [Bei Antwort „nein“] Kann ich [Herr/Frau Name] sprechen?
[Wenn die Person nicht erreichbar ist oder der Zeitpunkt nicht passt] **Neuen Termin ausmachen und im Laufplan festhalten**
Darf ich Ihnen einige Fragen stellen? Die Befragung ist anonym, d.h. wir notieren Ihren Namen auf dem Fragebogen nicht und niemand wird erfahren, wer die Antworten gegeben hat. Die Befragung dauert etwa 15 Minuten.

1. Zu Beginn möchte ich Ihnen gerne ein paar Fragen zu Ihrer Person stellen. Zunächst würde ich gerne wissen, seit wie viel Jahren Sie am Richtsberg leben?
Seit ca. _____ Jahren.
 Kürzer als ein Jahr KA
O

2. Wie alt sind Sie?
Alter angeben: _____ KA
O

3. Welchen allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?
 Noch Schüler*in
 Schule beendet ohne Abschluss
 Volks-/Hauptschulabschluss
 Mittlere Reife, Realschulabschluss
 Fachhochschulreife/Fachabitur
 Abitur
 Anderen Abschluss, und zwar: _____ KA
O

4. Welchen beruflichen Ausbildungsabschluss haben Sie? [Wenn noch in beruflicher Ausbildung] Welchen beruflichen Ausbildungsabschluss streben Sie derzeit an?
 Keinen beruflichen Ausbildungsabschluss
 Beruflich-betriebliche Anlernzeit mit Abschlusszeugnis, aber keine Lehre
 Teilfacharbeiterabschluss
 Abgeschlossene gewerbliche oder landwirtschaftliche Lehre
 Abgeschlossene kaufmännische Lehre
 Berufliches Praktikum, Volontariat
 Berufsfachschulabschluss
 Fachschulabschluss
 Meister-, Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss
 Fachhochschulabschluss (auch Abschluss einer Ingenieurschule)
 Hochschulabschluss
 Anderen beruflichen Ausbildungsabschluss, und zwar: _____ KA
O

10. Nun geht es um das Thema Diskriminierung. Fühlen Sie sich persönlich manchmal von anderen ausgegrenzt, abgewertet oder diskriminiert?

Ja (Weiter mit Frage 11) Nein (Weiter mit Frage 13)

KA
O

11. Wo erleben Sie diese Diskriminierung? Erleben Sie diese Diskriminierung...

In Bildungsstätten
 In der Nachbarschaft
 Am Arbeitsplatz
 In der Freizeit/Öffentlichkeit
 Im Geschäfts-/ Dienstleistungsbereich
 bei Ämtern oder Behörden
 Im Gesundheits- und Pflegebereich
 Im Internet
 Auf dem Wohnungsmarkt
 Im privaten Bereich
 Andere Bereiche: _____

KA
O

12. Weshalb wurden Sie aus Ihrer Sicht diskriminiert? Aufgrund ihrer....

(ethnischen) Herkunft
 Geschlecht / Geschlechtsidentität
 Behinderung / Beeinträchtigung
 Sexuelle Orientierung
 Religion / Weltanschauung
 Lebensalter
 Sozioökonomische Lage
 Anderes Merkmal: _____

KA
O

Ich werde Ihnen nun einige Aussagen vorlesen, die manche Menschen so sagen. Wie ist das mit Ihnen? Inwieweit stimmen Sie diesen Aussagen zu? [Antwortmöglichkeiten immer vorlesen]					
	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Ka
13. Die Leute in meiner Nachbarschaft helfen sich gegenseitig					
14. Alles in allem machen Einwanderer meine Nachbarschaft bunter und vielfältiger					
15. Es gibt zu viele Ausländer in meiner Nachbarschaft					
16. Die Politiker in Deutschland reden nur und lösen die Probleme nicht					
17. Die Politiker in Marburg reden nur und lösen die Probleme nicht					
18. Ich halte es für sinnvoll sich politisch zu engagieren					
19. In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen					
20. Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht					

21. Jetzt folgen nochmal ein paar Fragen an Sie persönlich zum Thema Politik. Wie sehr interessieren Sie sich persönlich für Politik?

Sehr viel Gar nicht

1 2 3 4 5 6

KA
○

22. Wie haben Sie sich im letzten Jahr (2021) politisch beteiligt? (Bitte Alles zutreffende ankreuzen)

Mitarbeit in einer Bürgerinitiative

Mitarbeit in einer Partei

Teilnahme an Demonstrationen

Teilnahme an Bildungs- oder Diskussionsveranstaltungen zu politischen Themen

Teilnahme an Veranstaltungen der Bürger*innenbeteiligung Marburg

Beteiligung an Unterschriftensammelaktionen

Beteiligung an Onlineprotestaktionen

Eine*n Politiker*in kontaktiert

An Wahlen beteiligt (z.B Bundestagswahl, Kommunalwahl, Europawahl)

Aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottiert oder gekauft

Politisch in Bekanntenkreisen/in der Nachbarschaft etc. die Meinung gesagt

Etwas anderes, und zwar: _____

Nichts davon

KA
○

23. Engagieren Sie sich in der Stadt oder in Ihrem Stadtteil? (Zum Beispiel in einer Initiative oder einem Verein)

Ja Nein

KA
○

24. Würden Sie sich gerne (mehr) in die Stadtpolitik oder die Politik in ihrem Stadtteil einbringen?

Ja Nein

KA
○

Zusätzliche Kommentare: Wir sind nun mit der Befragung am Ende angekommen. Wenn Sie noch Themen haben, die Sie ansprechen möchten, können Sie das jetzt gerne machen.

25. Geschlecht der befragten Person [Nach der Befragung vom Interviewer*in auszufüllen]

- Weiblich Männlich Unklar

Eidesstattlichen Erklärung

Ich versichere hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Abschlussarbeit zur Erlangung des Grades Bachelor of Arts (B.A.) / Master of Arts (M.A.) selbstständig verfasst, ganz oder in Teilen noch nicht als Prüfungsleistung vorgelegt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Sämtliche Stellen der Arbeit, die benutzten Werken im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, habe ich durch Quellenangaben kenntlich gemacht. Dies gilt auch für Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen und dergleichen sowie für Quellen aus dem Internet. Mir ist bewusst, dass es sich bei Plagiarismus um akademisches Fehlverhalten handelt, das sanktioniert werden kann.

Ort, Datum

Unterschrift der Kandidatin/des Kandidaten